

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Donnerstag, den 27. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Konservative und Zentrumsblätter verschweigen nach wie vor ihren Lesern den Inhalt der Reichsversicherungsordnung. Desto dringlicher ist ihr Zammern danach, die Reichsversicherungsordnung möge im Reichstage nicht sachlich behandelt, sondern durchgepeitscht werden. Das böse Gewissen spricht aus diesem Verhalten.

In einer Reihe von Artikeln haben wir den wesentlichsten Inhalt der umfangreichen Vorlage zusammengestellt. Wer nicht absichtlich der Wahrheit ins Gesicht schlagen will, wird zugeben, daß der Inhalt der Reichsversicherungsordnung keine Sozialpolitik, sondern die schmachvollste Verkürzung des Glanzes der Arbeiter, eine schamlose Verkürzung ihrer heute schon so schmalen Rechte und eine völlige Entrechtung auf dem Gebiete der Verwaltung der den Arbeitern abgeprehten Millionen enthält. Würde die Versicherungsgefeßgebung in der Art, wie es die Sozialdemokraten von je gefordert haben, durchgeführt, so würde dem Volkwohl ein außerordentlicher Vorteil zugefügt werden. Sozialpolitik würde dann in der Weise getrieben werden können, daß die Störungen, die sich aus der Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Einzelnen ergeben, wenn ihnen nicht vorgebeugt werden kann, wenigstens in der Hauptsache ausgeglichen werden. Weit von diesem Ziele geht die heutige Gesetzgebung. Sie leistet noch nicht einmal das, was im wesentlichen der alte Genossenschaft, was die alten Zünfte, die alten Bruderverbände, im Mittelalter auch die Fürsorge der christlichen Kirche und Gemeindefürsorge für ihre Angehörigen wenigstens teilweise geleistet haben. Immerhin bietet aber die Versicherungsgefeßgebung trotz aller ihrer Mängel eine Grundlage, von der aus es möglich wäre, für die Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit oder dauernder Erwerbsunfähigkeit, mögen dieselben auf Unfällen oder Invalidität oder Alter beruhen, die wirtschaftlichen Nachteile einigermaßen auszugleichen. Sie bietet die Möglichkeit im weiteren Ausbau zur vollen Anerkennung zu bringen, daß der Arbeiter ein Glied der Gesamtheit ist und daß die Gesamtheit, in deren Dienst er seine Arbeit verwendet hat, auch für die Fälle seiner Erwerbsunfähigkeit einzutreten hat.

Von diesem Weg drängen die Vorschläge der Reichsversicherungsordnung ab. Sie wollen nicht den Arbeiter als gleichberechtigten Menschen anerkannt wissen. Sie betrachten den Arbeiter nur als Ding für die Profite der Junker und sonstigen Unternehmer. Ist des Arbeiters Arbeitskraft verbraucht, dann soll er nach Ansicht dieser Vorschläge nur gerade notdürftig begliedert werden und das auch nur auf Grund der Mittel, die er und seine Klassen-genossen selbst geleistet hatten. Völliglich von diesem Standpunkt des absolutesten brutalsten Klassenegoismus der herrschenden Klasse gegenüber den Arbeitern sind die empörenden Vorschläge der Scharfmachermehrheit erklärlich.

Die wirksamste Sozialpolitik ist die vorbeugende. Wie Unendliches kann geschaffen werden auf dem Gebiete der Fürsorge gegen Erkrankung und gegen Verlust der Erwerbsfähigkeit durch vorbeugende Mittel. Auf diesem Gebiet haben die Krankenkassen und die Versicherungsanstalten im Rahmen des Gesetzes vorgezogen versucht. Durch Zentralisierung von Krankenkassen, die der Selbstverwaltung der Arbeiter unterstellt sind, könnte viel auf diesem Gebiete erreicht werden. Was auf ihm erreicht ist, ist im wesentlichen der Anregung sozialdemokratischer Arbeitervertreter zu danken. Die herrschende Klasse will derartige Erfolge aber nicht. Darum hat sie sich der Zentralisierung der Kassen entgegenstemmt, darum für neue Zersplitterung der Kassenorganisationen gesorgt und darum sucht sie die Selbstverwaltung der Arbeiter aus den Händen zu ringen. Das vorwärtstdrängende Element in der Arbeiterklasse, konnte leider erst seit Anfang der neunziger Jahre zum Besten der arbeitenden Bevölkerung seine Kraft im Klassenwesen einbringen. Es war mit großem Erfolg bestrbt, ohne Rücksicht auf Parteinteressen die Leistungen an die Versicherten immer mehr auszubauen. Unter oft wie schweren Kämpfen haben Versicherte — häufig Arm in Arm mit verständigen Arbeitgeberern — Erhöhungen der Leistungen an die Kranken, Einführung von Familienunterstützungen, Errichtung von Genesungsheimen und Heilanstalten, Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Trunksucht durch Wort und Schrift in die Hand genommen! Auf dem Gebiete der Gewerbekrankheiten, der Ritterschaftsversicherung, der Wohnungsfrage, haben sie

gegen den Widerstand einer engherzigen Unternehmerklasse und einer zähen Bürokratie gekämpft. Gerade dieser erfolgreiche Kampf genügt aber der herrschenden Klasse, um die Zersplitterung der Krankenkassen und die Erzeugung von Angelegten, die zum Wohle der Klasse und der Kranken und vom Vertrauen der Klassenmitglieder getragen, arbeiten, durch eine Bürokratie zu verlangen, die im ergebensten Dienste der Unternehmerklasse steht und dem Arbeiter selbst die Minimalleistungen nur mit herablassender Gebärde gewähren will.

Die reichen Mittel der Versicherungsanstalten könnten noch in größerem Maße in den Dienst sozialer Hygiene gestellt werden. Die Versicherungsanstalten und die zugelassenen Kassenanstalten hatten bis zum Schluß des Jahres 1909 ein Vermögen von 1580 1/2 Millionen Mark angesammelt. Einige der Versicherungsanstalten, und zwar wesentlich diejenigen, an deren Verwaltung sozialdemokratische Arbeiter mitbeteiligt waren, haben erhebliche, leider durchaus nicht zureichende Mittel für vorbeugende Heilverfahren ausgegeben. Ohne jede Uebertreibung läßt sich behaupten: das wirksamste, was überhaupt zur Bekämpfung der Tuberkulose geschehen ist, ist durch sozial geleitete Versicherungsanstalten erreicht. Nun verlangt die Mehrheit, die den heutigen Reichstag noch beherrscht: hinaus mit den Leuten, die für soziale Hygiene eintreten wollen! Ja, sie schiebt gleich einige Kiesel vor, damit nur ja nicht etwa aus Arbeitergrößen gesammeltes Kapital zugunsten der Gefundung von Arbeitern durch Vorbeugungsmittel gegen Krankheit benutzt werden könne. Das Geld der Versicherungsanstalten soll fortan zu einem Viertel in Anleihen des Reiches angelegt werden, damit Militärschulden erleichtert und die behägigen Weitzer von Konfols höhere Prozente haben können. Verwehrt soll es aber den Heilanstalten werden können, überhaupt Geld für Heilzwecke auszugeben. Nicht nur hat man also die Versicherungsgefeßgebung dazu mißbraucht, um die Armenlasten von den Schultern der Wohlhabenden auf die der Arbeiter zu legen, sondern man verlangt nun gar auch, daß die durch die Arbeiter zusammengeparten Versicherungsgelder dem Ruhm des Militärs und der Konfolsbesitzer ausantwortet werden.

Neue Belastungen schiebt aber die Reichsversicherungsordnung gegen den Arbeiter vor. Die Beitrags-erhöhung bedeutet eine Last von jährlich über 56 Millionen Mark zugunsten der Arbeiter. Zehn Millionen jährlich sollen ihm ferner dadurch geraubt werden, daß in Zukunft eine Beitragszurückstattung an junge Ehefrauen, Unfallverletzte usw. nicht mehr stattfindet. Beinahe restlos sind die Kosten der gesamten Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung den Arbeitern aufgedeckt. Freilich heißt es, das Reich zahle einen Zuschuß von 50 M. für jede Rente. Das ist richtig. Aber wieviel macht denn diese Summe — ganz abgesehen davon, daß die Reichsmittel wiederum fast restlos durch indirekte Steuern der Arbeiterklasse aufgebildet sind — aus? Die gesamte Reichs-last für die Invalidenversicherung beträgt jährlich rund 50 Millionen. Geht die famose Verhöhung der Witwen und Waisen mit Renten von 20 Pf. für die Witwe und 10 Pf. für das Kind durch, so mag sich die Reichslast auf vielleicht 55 Millionen jährlich erhöhen. Das Reich trägt also einen sehr geringfügigen Teil. Wie ganz anders in England! Nach dem englischen Altersgesetz vom 1. August 1908 wird die Altersrente lediglich aus Staatsmitteln gezahlt. Die Staatsmittel werden aber in England im wesentlichen durch die besitzende Klasse aufgebracht. Sind doch dort die Einkommen bis 3200 M. steuerfrei und kennt doch England die Besteuerung der notwendigen Lebens- und Bedarfsmittel durch indirekte Steuern nicht. In England betrug der Staatszuschuß für die Altersrenten im Jahre 1909: 160 Millionen, im Jahre 1910: über 170 Millionen. In England fällt es keinem Menschen ein, die farge Alterspension als eine große sozialpolitische Tat auszufahren. Die herrschende Klasse in Deutschland aber hat die Stirn, dem Arbeiter die Lasten aufzupacken, ihm winzige almosenartige Beträge unter dem Namen „Rente“ zu geben, den Rechtsweg zur Erlangung der Rente beinahe ungangbar zu machen und dann von Sozialpolitik „großzügiger Sozialpolitik“ zu reden. Eine erbärmlichere Heuchelei finde sich in keinem Lande.

Unverhüllt zeigt die Reichsversicherungsordnung, daß die herrschende Klasse auf Recht und Gesetz pfeift, wenn es sich darum handelt, den Arbeiter zu prellen und zu knebeln. Die bürokratische Behördenorganisation der Reichsversicherungsordnung nimmt dem Arbeiter

beinahe jede Möglichkeit, künftighin noch Recht zu finden. In Unfallsachen wird der Verletzte durch den Entwurf dem Verliehen der Berufsgenossenschaft geknebelt überantwortet. Gegen Uebergriffe der Behörden in den Rest einer Selbstverwaltung bei Krankenkassen gibt es keinerlei Rechtsbehelf. Eine einzige Sachinstanz soll in den meisten Unfallsachen über die schwerwiegenden Rechte der Unfallverletzten künftighin entscheiden. Das nennt die Mehrheit Recht. Denn sie hat die Macht.

Sie nennt es Recht, wenn sie entgegen dem Gesetz, entgegen der Rechtsordnung, die sie selbst geschaffen, entgegen rechtsgültig abgeschlossenen Verträgen, durch ein neues Gesetz erklärt: wohlerworbene Rechte zerbreche ich. Die Angestellten, die im Interesse der Arbeiterklasse und der Gesamtheit in den Krankenkassen gewirkt haben, sollen durch dem Unternehmertum genehme Kreaturen ersetzt werden. Kraft Gesetzes soll ihnen gegenüber Recht und Gesetz gebrochen werden. Einen Knoten ins Schnupstuch wird die Arbeiterklasse bei diesem brutalen Bruch von Gesetz und Recht nicht vergessen!

Empörend ist das Ausnahmegesetz, weil es unter dem heuchlerischen Vorgeben, Not und Sorgen entgegenzutreten, Not und Sorgen schafft. Empörend, weil es die Arbeiterklasse, ihre Witwen und Waisen, all jene verhöhnt, die ein Anrecht darauf haben, daß nach Möglichkeit Schäden, die die Wechselfälle des Lebens und des Berufs nach sich gezogen haben, ausgeglichen werden.

Gegen dies Ausnahmegesetz gilt es für die Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung gemeinsam Front zu machen. Noch ist es Zeit, die schamlosen Vorschläge der Kommission abzuwehren und die schon heute möglichen und nötigen Änderungen auf dem Gebiete der Versicherungsgefeßgebung durchzuführen. Damit das erreicht wird, tut aber ausgedehnte Aufklärung um so mehr not, je mehr die Kartellmehrheit diese fürchtet.

Der Entwurf eines Zweckverbandes in der Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Entwurfs eines Zweckverbandsgesetzes ist am Dienstag wieder zusammengetreten, um in einer einzigen Sitzung die zweite Lesung vorzunehmen. Wesentliche Änderungen gegenüber der Fassung erster Lesung sind nicht getroffen, alle Verbesserungsanträge wurden rundweg abgelehnt.

Von nationalliberaler Seite war eine Resolution eingebracht, die Regierung zu ersuchen, die Oberpräsidenten anzuschreiben, von der ihnen durch den § 1 gegebenen Befugnis, Kommunalverbände auch ohne ihr Einverständnis zu Zweckverbänden zu vereinigen, dann keinen Gebrauch zu machen, a) wenn einer der beteiligten Kommunalverbände nicht leistungsfähig genug ist, um seinen Anteil an den Kosten eines Zweckverbandes zu tragen und die gemeinsamen kommunalen Aufgaben durch eine Eingemeindung erfüllt werden können; b) wenn die beteiligten Kommunalverbände mit der Eingemeindung einverstanden sind; wenn und soweit aus der Beteiligung einundderselben Gemeinde an einer Mehrzahl von Zweckverbänden eine Erschwerung der Kommunalverwaltung zu befürchten ist. Die fortschrittliche Volkspartei ging insofern noch etwas weiter, als sie sich nicht mit einer Resolution begnügen wollte, sondern verlangte, daß diese Bestimmung als neuer Absatz in den § 1 des Gesetzes hineingearbeitet werden sollte. In der Begründung führte ein fortschrittlicher Redner aus, daß durch Annahme des Antrages eine ganze Menge Bedenken seiner Freunde gegen die Zweckversicherung fortfallen würden. Von den Konservativen, dem Zentrum und auch von der Regierung wurde demgegenüber geltend gemacht, daß die Annahme der Resolution bezw. des Antrages zur Folge haben würde, daß in wichtigen Fällen keine Zweckverbände zustande kommen, daß ferner die Regierung gedrängt werde, zu Eingemeindungen zu schreiten, was man vermeiden wolle. Die Resolution und der Antrag wurden schließlich gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Fortschrittler und des Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Frist für die Anstrengung von Klagen im Verwaltungsstreitverfahren, wurde von 2 auf 4 Wochen verlängert.

Weiter war von fortschrittlicher Seite ein neuer Paragraph beantragt, der die Voraussetzungen für die Auflösung des Verbandes oder den Austritt einzelner Mitglieder regeln sollte. In den Entwurf fehlte es an einer solchen Bestimmung. Nach diesem Antrag sollte die Auflösung von Zweckverbänden oder der Austritt einzelner Verbandsglieder zu erfolgen haben: 1) falls die in der Satzung für die Auflösung oder das Ausscheiden gegebenen Bestimmungen zutreffen; 2) bei Zweckverbänden zur Erfüllung solcher Aufgaben, welche keinem der Beteiligten gesetzlich obliegen, bei Zustimmung aller Mitglieder; 3) außerdem durch Beschlußfassung des Kreis- bezw. Bezirksausschusses. Auch dieser Antrag,

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Anzeigenzeit über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Wort 30 Pf. (außer 2-fach gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließelennungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Arbeiter! Rüstet zu einer würdigen Maifeier!

Den verschiedenen Redner als überflüssig bezeichnen, Würde als
Gehalt.

Angenommen wurde ein Antrag, daß auch bei der freiwilligen
Bildung des Zweverbandes auf Antrag aller Beteiligten die
Festsetzung der Satzung durch die kommunale Aufsichtsbehörde
stattfinden darf.

Zu § 8 beantragten die Fortschrittler, die Streichung der Be-
stimmung, daß in Zweerverbänden mit mehr als drei Verbands-
gliedern die Abgeordnetenzahl eines Verbandes hinter der
Hälfte der Gesamtzahl zurückbleiben muß. Sowohl dieser Prin-
zipalanspruch, als auch ein Zusatzantrag, wonach erst bei vier
Verbandsmitgliedern diese einschränkende Bestimmung Geltung haben
sollte, wurden abgelehnt. Die Kommission begnügte sich mit der
nichtsagenden Aenderung, daß die Zahl in der Regel hinter
die Hälfte der Gesamtzahl zurückbleiben muß.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den § 11, der für
Verbandsvorsteher das Besetzungsrecht vorsieht. Fortschrittler
und der Vertreter der Sozialdemokratie bekämpften grundsätzlich
das Besetzungsrecht der Regierung, letzterer unter dem Hinweis
darauf, daß selbst die prinzipiellen Freunde des Besetzungs-
rechts doch in diesem Falle, wo die Wahl des Verbandsvorstehers
von einer doppelt und dreifach gestifteten Körperschaft erfolgt, davon
Abstand nehmen könnten. Ohne Erfolg, die reaktionären
Bestimmungen wurden ebenso beibehalten, wie die über das Wahl-
recht. Dagegen gelang es, eine weitere, von konservativer Seite
beantragte Verschlechterung zu Falle zu bringen, nämlich die Schaf-
fung eines neuen § 17a, demzufolge der Verbandsausschuß auf
Antrag des Staatsministeriums durch königliche Verordnung auf-
gelöst werden kann. Als Termin für das Inkrafttreten des
Gesetzes wurde der 1. Oktober 1911 bestimmt.

In der Schlussabstimmung stimmten die Vertreter der fort-
schrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokrat gegen das so
verunglückte Gesetz.

Der Ministerwechsel in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird und geschrieben:

Am 1. Mai scheidet der dritte Feiniger der braunschweigischen
Arbeiterkammer aus dem Dienste. Kaum war der verantwortliche
Redakteur des „Volkscouriers“, Genosse August Wesemeier zu der
unerhörten Gefängnisstrafe von 8 und 9 Monaten Gefängnis verur-
teilt, da schied der Vorsitzende der ihn beurteilenden herzoglichen
Kammer, Landgerichtsdirektor Hoffmann, aus dem Amte.
Ihm folgte alsbald der Einleiter der Verfolgung, Erster Staats-
anwalt Pöpler, der kurz nach seinem Abschied in der
Nacht des Jünglings starb. Das Grabmal ertönte
ihm an demselben Tage und zu derselben Zeit, als
die Arbeiterkammer dem Genossen Wesemeier das Geleit
zum Wolfenbütteler Gefängnis gab. Und nun nimmt auch der
Staatsminister v. Otto, der verantwortliche Leiter des verfallenen
braunschweigischen Herzogtums, seinen Abschied.

Es ist kein Druck von oben, der Otto geben heißt. Im Gegen-
teil, Otto war persona gratissima bei dem Herzog-Regenten; denn
er war der Regentemacher, der sowohl dem preussischen Albrecht
wie dem mecklenburgischen Johann Albrecht auf den braunschweigischen
Herzogsthron geholfen hatte. Otto geht — und eine andere Deutung
ist wohl kaum angebracht — wegen hohen Alters. Er ist Ende 1830
geboren, steht also im fünfundsiebzigsten Lebensjahre. Wie alle
höheren Beamten Braunschweigs entstammt er der eingefessenen
herrschenden Bürokratieclique.

Nach zu Lebzeiten des letzten Welfenherzogs im Frühjahr 1884
kam er in das braunschweigische Ministerium. Der alte Herzog, der
damals schon ein Todesandlit war, ließ sich vor der Vererbung
Otto's dessen Welfentreue versichern, da der alte Braunschweiger
Junggeselle, der letzte aus dem Hause Braunschweig-Wolfenbüttel,
nichts mehr hätte als eine preussische Regenschirm- und die Nachfolge
der jüngeren Linie Braunschweig-Lüneburg, deren Regent der Herzog
von Cumberland ist, sicher gestellt wissen wollte.

Otto schwankte nach dem Tode des Herzogs jedoch sofort auf
die preussische Seite und wurde dadurch Liebhaber bei dem Hohen-
zollernschen Prinzregenten Albrecht, der ihn in den Adelsstand erhob
und im April 1889 zum leitenden Staatsminister machte.

Vor Otto's Regiment hatte Braunschweig eine verhältnismäßig
liberale Regierung und in der Stadt Braunschweig herrschten gemü-
tliche, den süddeutschen ähnliche Zustände. Der alte Herzog hatte
dem Wambfuge gehuldigt: Leben und leben lassen. Mit Otto setzte
eine horribil-konervative Finsternisherrschaft ein, die er bis in die
Gegenwart hinein aufrecht erhielt.

Nach dem Tode des preussischen Prinzregenten Albrecht wollte
Otto die Regentenschaft auf Albrecht's ältesten Sohn Friedrich Heinrich
übertragen; aber dieser war bei Wilhelm II. wegen seines Lebens-
wandels in Ungnade gefallen und wanderte nach Italien aus. So
mühte sich Otto nach einem anderen Regenten umsehen und erkor
sich den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg zu seinem aller-
gnädigsten Herrn.

Unter diesem nahm Otto, wenn sich Kleines mit Großem ver-
gleichen läßt, eine ähnliche Stellung ein, wie Bismarck unter
Wilhelm I. Als gerade während der bekannnten Wahlrechtskämpfe
Johann Albrecht auf einer siebenmonatigen Hochzeitsreise in Ost-
asien weilte, war Otto stellvertretender Regent und mit allen Voll-
machten ausgestattet. Er bemühte sich dazu, der demonstrierenden
Arbeiterkammer die blutige Polizeiliste vom 26. Januar 1910 liefern
zu lassen. Otto war es auch, der wegen angeblicher Verleumdung
durch einen rein politischen Artikel gegen Genossen Wesemeier die
gerichtliche Klage aufstrebte und ihn auf viele Monate ins Ge-
fängnis brachte. Schon einige Zeit vorher hatte v. Otto seinen klein-
lichen Sozialistenhass dadurch bekundet, daß er den sozialdemokratischen
Arbeiter den Anspruch auf das Jahrgeld im ehemaligen Prästentum
Wambfuge, das auf einem uralten Gewohnheitsrecht beruhte, will-
kürlich absperrte.

Otto war der richtige Polizeiminister der vormärzlichen Zeit,
ein Ueberbleibsel aus den Tagen des fürstlichen Absolutismus à la
Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Bei jeder Gelegenheit betonte
er die unangreifbare Autorität der Behörden und begünstigte
eine Vollzweiherrschaft sondergleichen. Dessen ungeachtet oder
vielleicht gerade deshalb war Otto dem Unternehmertum
willkommen. Er verachtete es zwar auch nicht mit klein-
lichen Benlonopolis machen, aber sein rigoroses Vorgehen gegen
die kassenbewußte Arbeiterkammer sicherte ihm doch das Vertrauen
des Unternehmertums. Mit dem Dreiklassenlandtage stand Otto auf
gutem Fuße, besonders den Agrariern freudig er bei jeder Gelegenheit
den Wart. Bei der Arbeiterkammer und auch im Kleinbürgertum war
dagegen Otto außerordentlich verhaßt. Auch die Welfen konnten
ihn nicht leiden. Schließlich mußte er sich aber doch zu
einer Wahlreform bequemen und dabei sogar gegen die Agrarier
Stellung nehmen. Diese Wahlreform, die das Dreiklassenwahlrecht
beseitigen, aber die Abgeordneten von jeder Klasse getrennt wählen läßt,
ruht bei seinem Abgange noch im Schoße des Ministeriums, soll aber
dem nächsten Landtage zur Beratung anliegen.

Zum Nachfolger Otto's als Präsident des Ministeriums ist der
Polizeiminister Hartwig ernannt, der genau aus demselben Holz-

geschmitten ist wie Otto und persönlich noch einen viel unheimlicheren
Eindruck macht. Herr Hartwig zeichnete sich schon vor dem Sozial-
istengesetz als Sozialistenverfolger aus und betrieb dieses Geschäft
während des Sozialistengesetzes rüstig weiter.

Otto's Nestor, das Finanzministerium, ist auf den Präsidenten
des Verwaltungsgerichtshofes, einen gewissen Rablau, übergegangen,
einen geborenen Meher, der sich 1800 in einen Rablau umtaufen
ließ. Auch Herr Rablau-Meher hat seine reaktionäre Gesinnung
schon genügend dokumentiert, paßt also vortrefflich in das neue
Ministerium.

Eigentlich war als Finanzminister der Braunschweiger Ober-
bürgermeister Metemeyer ausersehen, der bei den Spielbürgern im
Rufe eines guten Juristen steht, aber organisatorisch so unfähig ist,
daß auf dem Gebiete der Strafreinigung z. B. in Braunschweig
noch immer Schoppenstädter Zustände herrschen. Dieser Metemeyer
ist auch ein frommer Verehrer des Dreiklassenwahlrechts und der
Gottesgnadenantorität des Polizeistaates, dabei ein juristischer
Kleinleistskämmer. Als Landtagsabgeordneter hatte er den ganzen
Landtag in der Tasche. Metemeyer hat jedoch den Finanzminister-
posten abgelehnt, da er als Stadtkapitän eine fast wichtigere Per-
sönlichkeit ist, als der Herzog-Regent.

So hat zwar Braunschweig ein neues Ministerium erhalten,
aber es wird genau im alten Geiste weiter regiert werden. Eine
Besserung kann nur von unten kommen. Die Arbeiterkammer wird
den Kampf gegen das Ministerium Hartwig mit der gleichen
Schärfe fortsetzen, mit der sie ihn gegen das Ministerium Otto ge-
führt hat.

Die sozialistische Presse Englands.

London, 24. April. (Fig. Ver.)

Die Engländer haben ein Sprichwort, welches sagt:
„Wenn es einmal regnet, so gießt es aber auch gleich.“ In
der letzten Zeit ist viel von der Gründung einer sozialistischen
Zeitschrift in England gesprochen worden. Sowohl
die S. D. P. wie die I. L. P. tragen sich seit einiger Zeit
ernstlich mit dem Gedanken, in nächster Zeit ein Tagesblatt
erschließen zu lassen und hatten dazu schon einleitende An-
stalten getroffen. Die Erwähnung dieses Projekts auf den
Jahreskonferenzen dieser beiden Parteien hat den Gedanken
wieder neu belebt und die Ausführung der Unternehmungen
beschleunigt.

Die S. D. P. richtet diese Woche einen Appell an ihre
Mitglieder, in dem sie diese auffordert, das zur Gründung
eines täglich erscheinenden Parteiorgans notwendige Kapital
(10 000 Pfund = 200 000 M.) zu zeichnen. Etwas weiter
fortgeschritten ist das von Keir Hardie vor einigen
Monaten begonnene Unternehmen. Keir Hardie verlangt
ein Gründungskapital von 10 000 Pfund, das teilweise
von den Mitgliedern der I. L. P. schon gezeichnet
worden ist. Anfanglich war beabsichtigt, die erste
Nummer des Blattes, das die Ansichten des sozialistischen
Flügels der Arbeiterpartei wiedergeben soll, am kommenden
ersten Mai erscheinen zu lassen. Der Zeitpunkt wurde aber
später als nicht geeignet befunden. Wie der Vorsitzende der
I. L. P. bekannt gibt, hat die Parteidruckerei in Manchester
schon Maschinen erworben, die sich zum Druck eines kleinen
Tagesblattes eignen. Augenblicklich besetzt sich ein Komitee mit
den Vorbereitungen zur Veröffentlichung des Blattes.

Zu gleicher Zeit gibt der „Daily Herald“ bekannt, daß er
beabsichtigt, sich als ein ständiges Arbeitertagesblatt
zu etablieren. Der „Daily Herald“ ist das tägliche Organ
der Londoner Buchdrucker, deren Streik noch immer nicht
beendet ist. Die Zeitung sollte ursprünglich nur ein Strei-
blatt sein. Jetzt hat sich aber ein Komitee gebildet, das die
Absicht hegt, das Blatt als ständiges Arbeitertagesblatt weiterzu-
führen. Ein heute morgen veröffentlichter Aufruf fordert zur
Zeichnung eines Kapitals von 10 000 Pfund in Anteilscheinen zu
je 5 Schilling auf. 2000 Pfund sollen schon gezeichnet worden
sein. Von wem, wird nicht angegeben. Es ist aber fraglich, ob das
neue Blatt, das es mit keinem „Janus“ halten will, einen
besseren Erfolg erzielen wird als sein Vorgänger, der vor
einigen Jahren schon nach den ersten Nummern sein Erscheinen
aufgeben mußte. Für eine Zeitung, die eine sich an den
Liberalismus anlehrende Arbeiterpolitik treiben will, ist in
England kein Platz. Die linksliberalen Blätter besorgen dieses
Geschäft weit besser, als es je von Arbeiterführern getan
werden konnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April 1911.

Poetische Wahlkampfblätter.

Obgleich der eigentliche Wahlkampf noch gar nicht begonnen
hat, greifen doch manche Wahlkreisausschüsse und Wahlvereins-
vorstände bereits zu den kuriosen Mitteln, um für ihre Kandidaten
Stimmung und Neugier zu machen. So wird im 21. sächsischen
Reichstagswahlkreise, den der nationalliberale Abgeordnete Dr.
Strefemann im Reichstage vertritt, ein Strefemann-Marschlied ver-
breitet, dessen eine Strophe folgende schöne poetische Charakteristik
des Herrn Strefemann enthält:

So wie ihn Gott geschaffen,
Auferst und grad und schläft,
Mit seines Geistes Waffen
Er für uns alle steht.
Da gibt's kein Wimpernzucken,
Kein Schwanken hin und her,
Für das als Recht Erkannte
Steht er wie Fels im Meer.
Tretet an, Mann für Mann,
Frei und froh, drauf und dran,
Wählt alle Strefemann!

Nach der Melodie kann nicht nur marschiert, sondern auch
feierlich gelangt werden.

Militärantwörter als Krankenkassenbeamte.

Eine halbamtliche Korrespondenz verbreitet die Meldung, es sei
keineswegs, wie die Sozialdemokratie behauptet, beabsichtigt, die
Beamtenstellen bei den Ortskrankenkassen mit Militärantwörtern zu
besetzen. Sie verländert weißheitvoll:

„Das ist zu keiner Zeit beabsichtigt, und demgemäß ist mit
Zustimmung der Regierungsdirektor eine Vorkehrung in den Ent-
würfen der Reichsversicherungsordnung aufgenommen worden, wo-
nach für Inhaber des Zivilversorgungsbeschlusses kein Vorrecht bei
der Stellenbesetzung in Krankenkassen vorgesehen werden darf.“

Das ist richtig, aber was soll das gegen die Wichtigkeit der
sozialdemokratischen Behauptung beweisen? Ein Vorrecht haben die
Militärantwörter nicht, aber da Sozialdemokraten künftig von den
Beamtenstellen bei den Ortskrankenkassen so gut wie ausgeschlossen
sind, wird in vielen Fällen eine Wahl überhaupt nicht zustande
kommen können und dann besetzt die Behörde diese Stellen, natür-

lich nicht mit einem Sozialdemokraten. Sie nimmt entweder einen
Günstling der Unternehmer oder einen Militärantwörter. Theoretisch
haben die Militärantwörter freilich kein Vorrecht, in der Praxis
werden sie aber bevorzugt werden. Der Reichsverbandler
v. Liebert hat ja bei der Beratung des Militäretats in der
Budgetkommission des Reichstages das innerste Sehnen der Reaktionäre
verraten, als er den Kriegsminister aufforderte, dafür zu sorgen,
daß bei den Krankenkassen möglichst Militärantwörter angestellt
werden.

Jugendpflege und Korruptionsfonds.

Das preussische Kultusministerium hat eine statistische Er-
hebung veranlaßt, die der Regierung eine Unterlage für die
Verwendung des vorläufig auf eine Million bemessenen
Korruptionsfonds zur Groppäpplung einer „gutgesinnten“
Jugendpflege gewähren soll. Ueber die Art der Erhebungen
wird gemeldet:

„Die Statistik, die durch einen Erlaß des Ministers an die
Regierungspräsidenten angeordnet ist und nach Reisen durch-
geführt wird, erstreckt sich auf folgende Fragen: 1. Wieviel Jugend-
liche im Alter von 14 bis 20 Jahren haben sich angegeschlossen:
a) kirchlichen (evangelischen, katholischen und jüdischen) Vereinigungen,
b) nationalen Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen, c) Jugend-
vereinen im Anschluß an ländliche, gewerbliche und kaufmännische
Fortbildungsschulen, d) Jugendvereinen im Anschluß an Mittel-
- und Volksschulen, e) sonstigen im vaterländischen Sinne geleiteten
Vereinigungen? 2. Wieviel Jugendliche nahmen an den Ver-
anstaltungen teil, ohne denartigen Vereinen anzugehören? 3. Zahl
der Jugendheime; als Stichtag gilt der 31. März 1911.“

Es soll also Jud und Christ von dem Millionenfegen
abkommen — Voraussetzung ist nur „vaterländischer“ Geist
der Jugendpflegeveranstaltungen.

In dem edlen Drange, recht viel Geld in den Beutel
zu können, werden es die einzelnen Organisationen nicht
an allerhand Fumereien fehlen lassen. Die Kaufereien, die
aus diesen mehr oder minder weitherzigen Angaben entstehen
dürften, können noch recht heiter werden! Um möglichst alle
Wünsche befriedigen zu können, wird dann die Regierung den
Korruptionsfonds höher dotieren und die Gelder der All-
gemeinheit in noch strupelloserer Weise verschleudern!

Italienische Großmäuligkeit.

Ein italienischer Abblatler hat sich eine etwas kindliche nationa-
listische Demonstration geleistet. Von der italienischen Festung
Volmanoda aus ist er mit seinem Flugzeug, das er mit den italieni-
schen Landesfarben hatte anstreichen lassen, über drei österreichische
Grenzgebiete hinweggeflogen und dann wieder nach Volmanoda
zurückgekehrt. Dieser törichte Nationalist hat nun die „Tägl.
Rundschau“ zu einem noch viel törichterem Artikel über „fliegende
Espione“ inspiriert. Das alteutsche Blatt sieht bereits in seiner
Espionerie die deutschen Festungen von französischen Luft-
spionen umschwärmt und ansponiert. Käme es dann zu einem
Kriege, „so wären unsere Festungswerke bald zu altem Eisen zu-
sammengeschossen.“ Deshalb fordert das Blatt von der deutschen
Regierung, daß sie künftig jedes Flugzeug, das sich auf mehr als
zehn Kilometer Festungen nähert und nicht lande, einfach
herunterschicken lasse!

Diese Forderung ist um so abgeschmackter, als sich erst dieser
Tage ein sowohl militärischer als aviatischer Sachverständiger, Haupt-
mann a. D. Dübendorff, über die deutsche Flucht vor der Luft-
spionage sich weidlich lustig gemacht hat. Was sich durch gelegentliches
Ueberfliegen einer Festung ausspionieren lasse, sei völlig für die
Nag. Deshalb hege man auch in Frankreich, sowohl als in anderen
Ländern nicht die mindeste Besorgnis, durch die Flugmaschine mili-
tärliche Geheimnisse bedroht zu sehen, man lege nicht einmal dem
Photographieren von der Flugmaschine aus etwas in den Weg.

Auch der „Tägl. Rundschau“ selbst dürfte die Unfugigkeit ihrer
Furcht vor den Luftspionen nicht verborgen sein. Es kommt diesem
alteutschen Blatt aber auch wohl weniger auf die Sicherung mili-
tärlicher Geheimnisse an, als auf die zurzeit ja wieder so beliebte
kautinistische Heze! Wenn die Marokko-Affäre keinen
Anlaß zu hurrapatriotischen Krachrufen bietet, müssen unsere
Chauvinisten eben sonstwie in Großmäuligkeit machen!

Wiedernahmeverfahren im Deucher Landfriedensbruch- prozeß.

Wie telegraphisch aus Köln gemeldet wird, wird im Deucher
Landfriedensbruchprozeß das Wiedernahmeverfahren erstrebt. Zu
diesem Zwecke ist das gesamte Aktenmaterial an den Berliner Rechts-
anwalt und Reichstagsabgeordneten Genossen Heine überandt
worden.

Politische Dummheiten.

In der 117., 137. und 163. Plenarsitzung des Reichstages wurde
mit Recht das Vorhandensein verschiedener mili-
tärlicher Nebenfonds im Königreich Sachsen sozial-
demokratischerseits einer scharfen, aber durchaus sachlichen Kritik
unterzogen. Unser Redner reklamierte die Beiträge aus diesen Kassen,
gestützt auf das Reichseigentumsgesetz vom 25. Mai 1873, für die
deutschen Reichskassen.

Die damit zusammenhängenden Ausführungen haben die
sächsische Regierung so in Harnisch gebracht, daß sie in ihrer Kopf-
losigkeit eine in stark und höchst verlegenden Wendungen gehaltene
mahnende Verwarnung an die Adresse der sächsischen In-
tendantursekretäre richtete. Darin wird diese Beamten-
kategorie für den vorgelommenen „großen Vertrauensbruch“ völlig
gründlos verantwortlich gemacht.

Vom Standpunkte der sächsischen Regierungsdirektor wäre es
vielleicht erklärlich, daß sie sich unter den obwaltenden Umständen
zu einem Ullas ganz allgemeiner Natur an alle Militärbeamten
hätte hinrichten lassen; allein unverständlich und im höchsten Grade
verfehlt muß es erscheinen, aus den vielen Beamtengruppen, die
über die Existenz von Nebenfonds unterrichtet sein können, eine
beliebige herauszugreifen und zu beunruhigen. Ein so törichtes
Verfahren kann nur mit Notwendigkeit dazu führen, die in Beamten-
kreisen vorhandene Unzufriedenheit zu erhöhen und die nicht zu
leugnenden Gegensätze zwischen „höheren“ und „unteren“ Beamten zu
verschärfen. Die Folge davon muß dann sein, daß sich Dienst-
und Verlehrsformen herausbilden werden, die für die wehr-
los gemachten Intendantursekretäre einfach unerträglich sein dürften.
Es kommt jedenfalls nicht auf den Grad einer Beamten-
kategorie, nicht auf den Rang eines Mandarinen an, nicht darauf,
ob ihm das Postum „Vertrauensbruch“ zutrifft, sondern entscheidend
ist die Fähigkeit und der Wille, eine Enthüllung des Unrechts
anzuregen oder zu bewirken, ist der hohe moralische Mut, schwere
Mißstände aufzudecken im Interesse der Wahrheit unter Ge-
fährdung der eigenen Person und Ehre.

Was nun die sächsische Regierung anlangt, so möge sie sich
hüten, die um sich freßende Erbitterung zu schüren, die sich in ihren

eigentlichen Landesgrenzen überall gegen sie richtet. Jedenfalls war ihr von uns gekennzeichnetes Maß nicht etwa schlecht ein Fehler: er war mehr, es war und ist eine ganz regelrechte politische Dummheit.

Ein Reichstagskandidat par excellence.

In dem nur 54 000 „Seelen“ zählenden 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis Herzogtum Lauenburg, der noch einen überwiegend agrarischen Charakter trägt, sind bislang schon fünf Kandidaten aufgestellt. Für die freisinnigen Kandidiert der „Blodjüngling“ und Inhaber des Mandats seit 1907 Dr. Deckher-Hamburg, für die Nationalliberalen Professor Dr. Hermann Haxius-Riel, für die Konservativen Erblandmarschall v. Willow-Gudo, für die Deutschsozialen der „Schriftleiter“ Alfred Roth-Hamburg vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, während als Kandidat unserer Partei Genosse Schaumburg auf den Schild erhoben worden ist. Ein sechster (Zentrums-) Kandidat soll demnächst aufgestellt werden.

Ein Kandidat ist also in diesem Miniatur-Wahlkreis kein Mangel. Das Wahlkomitee der Deutschsozialen Partei hat in den letzten Tagen ein von „prominenten“ Personen des Kreises unterschriebenes, mit dem wohlgetroffenen Konterfei des Herrn Roth versehenes Flugblatt herausgegeben, in dem diesem Kandidaten die herrlichsten Bürger-tugenden nachgelobt werden. Er ist ein feiner Mann und glänzender Redner; er bekämpft alles Unwesen in Handel und Gewerbe, er ist Gegner alles unheimlichen Wesens und tritt aus warmherziger Ueberzeugung für den Schutz der deutschen Landwirtschaft und für die Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes ein, wie er auch ein eifriger Förderer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist. Kurz — er ist das Muster eines nationalen Mannes. Wir nehmen zur Ehre des so „angepriesenen“ Kandidaten an, daß er dem Flugblatt fernsteht, daß dies ein Kollektivprodukt der Komiteetätigkeit ist, die sonst auf dem Gebiete des unläuteren Weltbewerbes so sittenstreng sind.

Die Privatbeamtenversicherung.

Der Entwurf zum Versicherungsgesetz für Privatangestellte soll im Bundesrat soweit gefördert sein, daß der Reichstag bei der Wiederannahme seiner Arbeiten die Vorlage bereits vorfinden werde. Da der Reichstag zwischen Ostern und Pfingsten vollaus mit der Versicherungsordnung beschäftigt ist, wird angenommen, daß die Beschleunigung mit der Beratung dieser Vorlage beginnt. Im Bundesrat sind in dem früher veröffentlichten Entwurf Bestimmungen über die Zulassung von Ersatzkräften hineingearbeitet worden.

Der Zwist im bayerischen Nationalliberalismus.

Nach dem Rücktritt des Fabrikdirektors Tafel vom Vorsitz der nationalliberalen Landespartei Bayerns ist nunmehr auch der zweite Vorsitzende Hofrat Dr. Wagner-Rüth zurückgetreten. Auch er gehörte dem rechten Flügel der Partei an.

Herr und Knecht.

Zwischen Junker und Knecht kommt in Wahlkreisen regelmäßig eine wunderbare Harmonie zum Ausdruck. So auch wieder am letzten Sonntag in Gubrau in Schlesien, wo in einer konservativen Wählerversammlung der derzeitige Vertreter des Reichstagswahlkreises, Graf Carmer, den Bericht über seine parlamentarische Tätigkeit gab. Von allen Dörfern des Kreises kamen die Agrarier mit ihren Beamten auf Jagd- und Kutschwagen, das „Gesinde“ auf ungezählten Leitern und Kastenwagen in die Versammlung gezogen, um dort als kommandierte Statisten dem „bewährten“ Vertreter des Kreises Beifall zu klatschen.

Weltfremde Militärjustiz.

Im Sommer 1909 wurde der Arbeiter Böpfer zum Infanterie-Regiment Nr. 119 ausbezogen und als Rekrut bis zu seinem Dienstentritt in die Heimat beurlaubt. In der Zwischenzeit wurde Böpfer krank und arbeitslos. Nach seiner Wiederherstellung gelang es ihm trotz großer Bemühungen nicht, wieder Arbeit zu erhalten; er wurde gezwungen, auf Wanderschaft zu gehen. In seiner Sorge um das tägliche Brot unterließ er es, sich von dem zuständigen Bezirkskommando abzumelden. Lange Zeit wanderte er hin und her, dauernde Arbeit fand er nicht und dadurch auch keinen festen Wohnsitz. Daher konnte er auch keine Anmeldung bewirken. Inzwischen war nun die Zeit herangerückt, wo die Militärbehörde den Einstellungsbefehl an B. zustellen wollte. Besteter war aber nicht aufzufinden. In Dresden bekam er schließlich eine Beschäftigung, worauf er sich auf dem Bezirkskommando meldete. Hier wurde er angehalten und ihm mitgeteilt, daß er sich der unerlaubten Entfernung von der Truppe über sieben Tage schuldig gemacht habe. Vor dem Dresdener Kriegsgericht erklärte B., er sei durch die Verhältnisse in diese Situation geraten, sich absichtlich fernzubehalten, habe er nicht beabsichtigt. Außerdem habe er auch in Unkenntnis der ganzen Sachlage gehandelt. Das Urteil lautete auf — drei Monate Gefängnis!

Ein militärisches Urteil.

Vor dem hiesigen Kriegsgericht hatte sich ein Musiker vom Infanterieregiment Nr. 16 in Wülheim am Rhein wegen Verleumdung und Bedrohung von Vorgesetzten zu verantworten. Er war erst fünf Tagen weils, als er einen Befreiten, der ihn als Stubenältester beschuldigte, beleidigte und bedrohte. Den Unteroffizier vom Dienst fragte er, wie er am besten antworten könne. Oberarzt Dr. Deiters befandete als Sachverständiger, daß der Angeklagte erblich belastet und geistig minderwertig sei; im Denken sei er schwerfällig, so daß ihm das Vorgesetztenverhältnis des Befreiten wohl nicht so sehr klar geworden sei. Trotzdem verurteilte ihn das Kriegsgericht zu einem Jahr zwei Wochen Gefängnis!

Oesterreich.

Die Judenkravalle in Galizien.

Lemberg, 26. April. Ueber die Ausschreitungen in Karow wird noch berichtet: Gestern wurden zwei israelitische Fleischhauer aus Uhnov, die auf ihrer Wanderung Jarom passierten, von Bauern mißhandelt und angeblich ihres Bargeldes beraubt. Der Verhaftung der Täter durch Gendarmen fehlten der Dorfälteste und die Ortsbevölkerung Widerstand entgegen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der durchziehende Uhnower Rabbiner angegriffen und sein Fuhrmann schwer verletzt.

Portugal.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Lissabon, 26. April. Die heilige Geistlichkeit hielt gestern unter dem Vorsitz des Patriarchen in der Kathedrale eine Versammlung ab und nahm einstimmig eine Resolution an, in der auf die schwierige Lage hingewiesen wird, die sich für die Kirche aus der Veröffentlichung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat ergebe. Die Geistlichkeit sei dem Patriarchen bedingungslos ergeben und zu allen Opfern für die Verteidigung der Rechte der Kirche und die freie Ausübung der priesterlichen Amtshandlungen bereit.

Rußland.

Eine revolutionäre Militärorganisation.

Kronstadt, 26. April. Achtzehn Personen, die der sogenannten Militärorganisation, einer sozial-revolutionären Partei angehören, sind verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen in Petersburg bevor.

Türkei.

Die Kammer für das Ministerium.

Konstantinopel, 26. April. Die Deputiertenkammer ertheilte bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Krieges dem Großvezir und dem Minister des Krieges mit 122 gegen 45 Stimmen ein Vertrauensvotum.

Marokko.

Die Lage in Fes.

Paris, 26. April. Die Situation in Marokko hat eine Wendung zur Besserung genommen. Die Besetzung von Fes hat einen Angriff der Berber im Norden abgeschlagen und Fes ist auf dieser Seite frei geworden, so daß der Abzug der Europäer sicher gestellt ist.

Die französischen Truppen.

Paris, 26. April. (Meldung der Agence Havas.) Die Ernennung eines Oberkommandierenden der französischen Truppen in Marokko ist von der Regierung nicht ins Auge gefaßt. — Die nach Marokko abgeordnete Brigade Kolonialtruppen wird General Ditté kommandieren. General Louté hat seine Truppen an der algerischen Grenze konzentriert. Sie sollen in Marokko nur eingreifen, wenn die Ereignisse es erfordern.

Amerika.

Der Blutthund von Paraguay.

Selbst für die abgeklärtesten Empfindungen der Südamerikaner empörend ist die Grausamkeit, mit der sich der Usurpator Jara auf dem Präsidentenstuhl der „Republik“ Paraguay erhebt. Paraguay, der einzige nicht an das Meer grenzende Staat Amerikas, der, zwischen Brasilien, Argentinien und Bolivien, auf etwa einer Viertelmillion Quadratkilometer etwas über eine halbe Million Menschen zählt, steht noch heute auf dem Standpunkt, auf dem seine durch lange Herrschaft niedergehaltene Bevölkerung, davon 100 000 Indianer und viele Mischlinge, zur Zeit der Vertreibung der Spanier einnahmen. Der Wechsel der politischen Herrschaft vollzieht sich durch blutige Gewalt und wird dann vom Volke widerstandslos ertragen, bis neue Gewalt sich wieder blutig durchsetzt. Ueber die Heldentaten des neuesten Mäurerhauptmanns an der Spitze des Staates wird dem „Peuple“ Schreckliches aus Buenos-Aires berichtet.

Am 17. Februar zwang der Oberst Jara den Präsidenten Condra zum Rücktritt und ließ sich von einer Anzahl militärischer und zivilistischer Spießgesellen zum Präsidenten ernennen. Unter den „Volksvertretern“ fand er keinen Widerstand. Dagegen erhob sich eine revolutionäre Gegenbewegung unter der Führung des überzeugten Demokraten Riquelmes, eines früheren Ministerkollegen Jaras. Jara erklärte, er werde eher halb Paraguay umbringen als zurücktreten, und hat alles getan, um sein Wort wahrzumachen. Im Norden des Landes kam es zum Zusammenstoß, wobei jede Partei mehrere Hunderte Gefallene zählte. Jaras Kommandant, der Kriegsminister Goiburu, ließ die Gefangenen erschießen und verstümmeln. Einige Tage später, am 18. März, kam es zum entscheidenden Kampfe, bei dem Jara und Riquelmes selbst kommandierten. Wieder siegten die Jaraschen Truppen, obwohl viele von ihnen im Sumpf zugrunde gingen. Die Revolutionäre flohen und wurden größtenteils auf der Flucht getödtet. Wieder wurden die Gefangenen getödtet und verstümmelt. Riquelmes selbst, der gefangen war, wurde auf Jaras Befehl von Soldaten hinterücks erschossen. Der Leichnam wurde der Leinwand beraubt und liegen gelassen. Als einige Zeit später seine Freunde mit Jaras Erlaubnis den Körper suchten, fanden sie ihn nicht mehr.

Auch der Minister Baeg, der früher den Despotismus bekämpft und selbst als Vertreter der Freimaurerloge von Paraguay an einem Freiheitskongreß teilgenommen hatte, erwieß sich des Vertrauens, das die ehrlichen Elemente in ihn gesetzt hatten, unwürdig und trat ganz als Jaras Schlepptier auf. Er verbrietete sogar die Kluge, daß Riquelmes mit den Seinen auf brasilianisches Gebiet entkommen sei.

Die sozialistische Bewegung vermag natürlich unter solch barbarischen Verhältnissen noch keine Rolle zu spielen, trotzdem die sozialen Unterlagen gegeben sind. Ist doch fast das ganze Volk heillos, der Boden von der herrschenden Gauerhande größtenteils an ausländische Spekulanten veräußert. Die Versuche der Verbreitung sozialistischer Ideen, die Rafael Barret, ein europäischer Auswanderer, und Julian Bonvier in der Hauptstadt Asuncion gemacht hatten, wurden bald erstickt. Vom internationalen Sozialismus erwartet man in Südamerika einen Protest gegen das Blutregiment in Paraguay, damit es der zivilisierten Welt in seiner vollen Schönheit gezeigt werde.

Mexiko.

Rücktritt des Präsidenten.

Aus der Stadt Mexiko kommt eine Nachricht, die, falls sie sich bestätigt, den vollständigen Sieg der Revolutionäre bedeuten würde. Danach würde Porfirio Diaz das Land verlassen und am 16. Mai nach Europa abreisen. Die Neuwahlen für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft sollen im Juli stattfinden. In der Zwischenzeit wird der Minister des Auswärtigen an der Spitze der Exekutivgewalt stehen.

Da der Waffenstillstand am Freitag abläuft, wird man ja bald erfahren, ob diese Nachricht, die den Frieden bedeuten würde, auf Wahrheit beruht.

Aus der Partei.

Waisurath.

Der Stadtrat in Dortmund hat den geplanten Waisurath verboten, weil er befürchtet, daß die Zünder der Arbeiterkassen nicht in der Lage sind, für die Aufrechterhaltung der nötigen Ordnung Sorge zu tragen. Die Polizei befürchtet, daß sich arbeitsscheue Elemente in großer Anzahl zu der Veranstaltung

herandrängen. Auch besteht in Dortmund ein heftiger Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Zentrum, ferner wirken einige Streiks aus der letzten Zeit noch nach; zudem ist für die Zeit des Umzuges eine Verarmung der Anarcho-sozialisten geplant, und all das zusammen genommen ließe es angebracht erscheinen, den Umzug zu verbieten.

Auch der Hilfsbeamte des königlichen Landrats in Wilhelmshaven, Regierungsdirektor Graf v. Balthasar fürchtet im Falle der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Ihm erscheint aber auch das Tragen von Abzeichen an dem genannten Tage so staatsunwürdig, daß er dagegen einschreiten will. Das kann ja lustig werden.

Die Waiurath-Vollzugsbrigade hat einer öffentlichen Versammlung auf dem Marktplatz in Waiurath für den 1. Mai die Erlaubnis verweigert, da bei dem beabsichtigten Auftreten des Redakteurs Wagner aus Braunschweig als Redner eine Aufregung der Volksmassen und damit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Ein außerordentlicher Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie

fand vom Gründonnerstag bis zum Osterfesttag im Volkshaus zu Kristiania statt. Er war zahlreicher denn je zuvor besetzt, 406 Repräsentanten nahmen daran teil. Genosse Chr. S. Knudsen gab in seiner Eröffnungsrede in erhellenden und tiefempfundenen Worten des verstorbenen Parteivorsitzenden Oskar Rissen. Der außerordentliche Parteitag hatte die Aufgabe, über das Parteiprogramm zu beraten. Die örtlichen Vereine der Partei hatten hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt, und ein besonderes Komitee hatte sich damit befaßt und eine Vorlage ausgearbeitet.

In der Beratung wurde zunächst die beantragte Namensänderung abgelehnt, die Partei nennt sich also wie bisher „Die norwegische Arbeiterpartei“. Zum Punkt Parteiprogramm gab Genosse Knudsen eine Uebersicht über die Entwicklung des Parteiprogramms der Arbeiterpartei, das, wie es im Jahre 1887 beschlossen wurde, nicht prinzipiell sozialdemokratisch war, sondern in wesentlichen Forderungen enthielt, wie sie auch von bürgerlichen radikalsten Parteien aufgestellt werden. Das Programm hat dann auf den Parteitagen von 1889 und 1891 eine gründliche Umgestaltung erfahren und einen prinzipiell sozialdemokratischen Charakter angenommen. Eine weitere Revision im gleichen Sinne folgte im Jahre 1901. Die nun vorliegenden Vorschläge bezwecken keine durchgreifende Aenderung, sondern sind vielmehr darauf gerichtet, die Grundzüge der Partei und ihrer Betätigung noch klarer als bisher hervorzuhellen.

Jeder Punkt des Programms wurde gründlich diskutiert; durch die gefassten Beschlüsse wird das bisher geltende Programm jedoch nur unwesentlich verändert. Neu aufgenommen wurden unter den Forderungen an die gegenwärtige Gesellschaft die Sätze: „Einfluß des Volkes auf die Gesetzgebung durch Einführung direkter Volksabstimmungen. Alle Behörden, gesetzgebende, richterliche und verwaltende sind durch das Volk zu wählen.“

Zur Taktik der Gemeinderäte der Partei wurde folgender Beschluß gefaßt: „In Gemeinden, wo die Partei nicht mindestens die Hälfte der Mandate inne hat, darf die Partei nicht den Versuch machen, mit Hilfe der Stimmen anderer Parteien den Vorherrschendenposten zu erlangen, es sei denn, daß besonders und sachliche Gründe dafür sprechen, so daß wirkliche Vorteile für die arbeitenden Klassen erreicht werden können und Schaden von ausgegünstig demokratischer Art gefördert werden. Unter denselben ausdrücklich festgelegten Voraussetzungen können die Vertreter der Arbeiterpartei auch für Vorherrschende und Vizevorherrschende stimmen, die der Partei nicht angehören.“

Am Abgange wurden noch einige spezielle Fragen der Kommunalpolitik erörtert und geregelt. Außerdem beschloß der Parteitag einstimmig eine Protestresolution an das Storting, gegen das dort herangezogene Verbrechen, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden durch gesetzliche Festlegung eines Maximalsteuersatzes einzuschränken, eine Maßregel, die dazu führen müßte, daß die Gemeinden die Einwohnerzahl auf die eine oder andere Weise indirekt besteuern würden, was eine ungesunde und ungerechte Wirtschaftsweise wäre.

Die Waisurath in Chemnitz.

Wie in den letzten Jahren wird zur Waisurath vormittags ein großer Festzug mit Musik, Fahnen und Standarten stattfinden und die Teilnehmer vom Sammelplatz, dem städtischen Festplatz an der Kordtstraße, nach dem Volkshaus führen, wo im Saale und im Garten Versammlungen abgehalten werden. In 16 großen Sälen finden die Abendveranstaltungen statt.

Som Fortschritt der Parteipresse.

Das Stettiner Parteiblatt, das bisher in der Offiziers- und Genossen Herberich gedruckt wurde, wird vom 1. Juni ab in eigener Druckerei hergestellt werden. Der Verlag lautet den Herberichschen Betrieb an und modernisiert ihn. Genosse Herberich tritt in die Redaktion des „Volksboten“ ein. Geschäftsführer des neuen Parteibetriebes wird Genosse Sende, Arbeitersekretär in Stettin.

Beschlagnahme von Mailkarten.

Im Wahlkreise Heddinghausen sind an verschiedenen Orten die Mailkarten beschlagnahmt worden. Bei den Vertrauensleuten und Boten wurden überall Hausdurchsuchungen abgehalten, als Grund wird das Fehlen der Druckfirma angegeben.

Vorschlüsse in Lothringen.

Die Errichtung eines Parteisekretariats für Lothringen und die Schaffung eines lothringischen Parteiblattes beschloß eine am letzten Sonntag in Metz zusammengetretene Parteikonferenz für die lothringischen Wahlkreise, auf welcher der Landesvorstand der lothringischen Sozialdemokratie durch den Genossen Fuchs-Sailligheim und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch Legien vertreten war. Ferner nahmen teil die Genossen Drot-Vonts-Mousson und Sabiez-Rauch für die Organisationen in den französischen Grenzdepartements sowie der italienische Genosse Calera-Rotland. Das Blatt soll in französischer Sprache erscheinen und mit Rücksicht auf die zahlreichen italienischen Arbeiter in Lothringen auch Artikel in dieser Sprache bringen. Als Redakteur ist Genosse Dr. W. Weill, der Reichstagskandidat für Metz, in Aussicht genommen.

Soziales.

Zentrum und Selbstverwaltungsgesetz.

Unter Führung des Unternehmensvertreter Buchdruckereibesitzer Bräutigam in Ettingen a. N. hat der württembergische Arbeiterverband im Interesse seiner Mitglieder in einem Flugblatt scharfen Protest gegen die geplante Entziehung durch die Reichsversicherungsordnung erhoben. Ferner hat der Ausschuh des Verbandes den Versuch gemacht, über die Reichsversicherungsordnung eine Aussprache mit sämtlichen württembergischen Reichstagsabgeordneten herbeizuführen, zu der aber nur die Abgeordneten Hildebrand (Soz.) und Wagner (Sp.) erschienen waren. In einem Schreiben bezeichnete Abg. Erzberger das Flugblatt des Verbandes als „unbenutzbar und direkt falsch“.

Die Verwaltung der Ortsklasse Gmünd, die in Zentrumshänden ruht, beschloß „einstimmig“, gegen den Ausschuh den Vorwurf „einstimmigen Vorgehens“ und der „Unterstützung einer sozialdemokratischen Waise“ zu erheben. Dieser nichtswürdige Vorwurf wurde mit besonderer Schärfe gegen den Unternehmensvertreter Bräutigam, deren Vertreter sich auf Grund langjähriger Erfahrung für unbedingte Zurückhaltung der Selbstverwaltung aussprachen.

Gewerkschaftliches. Moderner Menschenhandel.

An die Schrecklichkeiten des Sklavenhandels in längst vergangenen Zeiten wird man erinnert, wenn man hört, was Augenzeugen von gegenwärtigen Streikbrechertransporten nach Hamburg und Streikbrecherverkäufen an die dortigen Tischlermeister zu berichten wissen. In Berlin ist es besonders der „gelbe“ Streikbrecheragent Kaczmarek, Panstr. 33, der im Auftrage des Hamburger Arbeitgeberverbandes Streikbrecher gleich einer Ware nach Hamburg verhandelt und transportiert. 50 Mark pro Kopf ist der Judaslohn, den der moderne Menschenhändler für seine unappetitliche Tätigkeit einheimst. Unterstützt von einem Manne namens Koch und einem früheren Schmiedegesellen, dessen Name noch nicht bekannt ist, durchstöbert Kaczmarek die Asyle, Herbergen und Spelunken, um Leute aufzutreiben, die sich zu Streikbrecherdiensten herzugeben bereit sind. Auch durch Inserate in der „Morgenpost“ und anderen Blättern sucht Kaczmarek Menschenware für seine Zwecke aufzutreiben. Zwar ist der Erfolg dieser Bemühungen nur sehr gering. Aber die organisierten Holzarbeiter halten es doch für ihre Pflicht, dem Streikbrecherverkäufer das Handwerk zu legen. Beobachtungsposten sind an den Bahnhöfen und an der Wohnung Kaczmareks aufgestellt.

Eine so hervorragende Staatsstütze, wie es ein Streikbrecheragent kraft seiner den Unternehmern nützlichen Tätigkeit ist, kann sich natürlich manches erlauben, was organisierten Arbeitern als schwerster Terrorismus angerechnet und mit hohen gerichtlichen Strafen gesühnt werden müßte. Aus dem Fenster seiner Wohnung schimpft Kaczmarek auf die Beobachtungsposten des Holzarbeiterverbandes, er droht ihnen mit Hundepetische und Revolver, wirft Kartoffeln, Kohlen und derartige Würgeschosse auf sie hinab, ohne daß er sich vor dem Einschreiten der Polizei zu fürchten hätte. Ja in einem Falle hat der gewalttätige Mensch, unterstützt von seinen Helfern, zwei Posten der Holzarbeiter mit Knüppeln überfallen. Für Uebertreter auf andere ist Kaczmarek übrigens stets gerüstet. Ein geladenes Schießgewehr, ein Messer mit feststehendem Griff sowie eine Tasche voll gestopfenen Pfeffer trägt er bei Ausübung seines Berufs stets bei sich!

Den angeworbenen Streikbrechern werden die schönsten Versprechungen hinsichtlich hoher Löhne gemacht. Trotzdem ist die Ausbeute des Menschenhändlers, dank der Gegenwirkungen des Holzarbeiterverbandes, nur sehr gering, und die Ware, welche Kaczmarek nach Hamburg verfrachten kann, genügt dem Bedarf sowohl an Qualität wie an Quantität nicht im geringsten. Damit die angeworbenen Streikbrecher nicht noch im letzten Augenblick durch die Posten der Holzarbeiter aufgeklärt werden und umkehren könnten, wagt Kaczmarek nicht, den Transport vom Lehrter Bahnhof abgehen zu lassen. Einzeln werden die Leute nach Spandau oder Nauen befördert und erst von da an wird gemeinsam der Hamburger Zug benutzt. In den letzten Tagen ging einmal ein Transport von 14 Personen ab, von denen aber nur 9 ihren Bestimmungsort erreichten. Die übrigen 5 hatten sich bei der Ankunft in Hamburg unbemerkt aus dem Staube gemacht. Nicht besser ging es einem zweiten Transport in ähnlicher Stärke. Ein Hausdiener war dabei, der sich als Tischler ausgegeben hatte, um unter der Maske eines Streikbrechers freie Fahrt nach Hamburg zu bekommen, wo er dann auch unbemerkt verschwand. Zwei organisierte Holzarbeiter hatten sich ebenfalls zum Schein anwerben lassen, um die Vorgänge aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Dem einen gelang es, auf dem Bahnhof in Hamburg zu entkommen. Den anderen hielten die echten Streikbrecher fest und zwangen ihn, das Abenteuer noch weiter mitzumachen.

Die angekommene Menschenware wurde zunächst in Ottenfelde gelagert. Dort hat der Arbeitgeberschutzverband eine Unterkunftsstelle für die Streikbrecher eingerichtet. Lagerstätten dürftigster Art in engen Buchten dicht nebeneinander und zu drei übereinander dienen als Schlafgelegenheit. Der Aufbau dieser Lagerstätten gleicht vollkommen einem großen Regal mit Fächern, wie zur Aufnahme von Waren bestimmt. Da wird denn auch die Menschenware veräußert und dann in einzelnen Exemplaren den verschiedenen Meistern überwiesen, die für Kost und Logis zu sorgen haben, damit die Streikbrecher ja nicht mit anderen Arbeitern in Verührung kommen.

Auf diesem Leidenswege ist auch der eine organisierte Holzarbeiter mitgeschleppt worden bis in die Werkstatt eines Tischlermeisters. Die Drohungen der echten Streikbrecher hinderten ihn fortzukommen. Erst auf Verreiben seines Kollegen, der bereits auf dem Bahnhofe die Freiheit wiedererlangt hatte, wurde der organisierte Holzarbeiter mit Hilfe der Polizei aus der Werkstatt, wo er gegen seinen Willen arbeiten sollte, befreit.

So wird auf Verreiben des Arbeitgeberverbandes Handel mit Menschenware von anrüchigen Elementen betrieben. Diese Methode ist so widerwärtig, daß selbst einer der führenden Hamburger Tischlermeister zu einem Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes diesen Handel mit Menschenfleisch als unanständig bezeichnete.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Beleihgeschäften ist zu berichten, daß die Verhandlungen, die sich von Anfang Februar bis Mitte April hinzogen, wieder zum Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von drei Jahren zwischen der Organisationsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und den einzelnen Unternehmerorganisationen geführt haben. Die neuen Tarife sehen in den einzelnen Staffeln eine Lohnerhöhung von 2.—, 2.50 und 3.— M. pro Woche vor. Die neugegründete Freie Vereinigung der Berliner Handtücherverleiher hat gegenüber dem alten Ring, der Vereinigung der Berliner Wäscheverleiher-Geschäfte, das Prozent-Lohnsystem fallen gelassen, letztere nicht. Im übrigen sind in bezug auf Arbeitszeit, Ueberstundenbezahlung, Regelung der Arbeitsvermittlung und Urlaub neue Bestimmungen aufgenommen worden. Auch verschiedene Einzelfirmen, welche keiner der beiden Unternehmervereinigungen angehören, haben die neuen Bestimmungen bewilligt.

Herr Carl Wiesenthal sandte uns auf die letzte gegen ihn gerichtete Erklärung des Genossen Cohen eine längere Zuschrift, der wir entnehmen, daß er seinen Rechtsanwalt beauftragt hat, am 8. Juni gegen Cohen Klage einzureichen.

Schiedspruch des Einigungsamts abgelehnt.

Zum Schiedspruch des Einigungsamts des Berliner Gewerbegerichts zur Schaffung eines Einheitsarbeitsvertrages im Fensterputzergewerbe für Groß-Berlin nahm gestern abend in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstraße, eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der organisierten Fensterputzer Stellung. Nach vier-

stündigen Verhandlungen, in welchen der Bevollmächtigte Lambrecht die Vorteile und auch die Schattenseiten des Schiedspruchs, der den Arbeitern einen Anfangslohn von 25,50 M. zuspricht, nach einem Jahr 28 M. und im dritten Jahr 28 M. bei neunstündiger Arbeitszeit, darlegte, wurde dieser schließlich als unannehmbar erklärt und einstimmig abgelehnt.

Deutsches Reich.

Neue Tarifvertragsabschlüsse im Gärtnerverwe.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein schreitet mit seinen diesjährigen Lohnkämpfen von Erfolg zu Erfolg. In der vorigen Woche wurden wieder zwei Tarifverträge abgeschlossen, einer in Leipzig, der andere in Kiel. Der Leipziger Tarifvertrag bezieht sich ausschließlich auf die Landwirtschaftsgärtnereibranche. Der Vertrag läuft bis 1. April 1912, Revisionsberatungen haben im Januar 1912 zu beginnen. — Der in Kiel abgeschlossene Vertrag umfaßt alle Berufsgruppen. Der Lohnsatz soll auch in den Privatgärtnereien sowie in der Stadtgärtnerei zur Anerkennung gebracht werden und bis 15. April 1912 gelten.

Lohnbewegungen in der Mühlenindustrie.

In der Stahlbergischen Delmühle in Stettin stehen seit der Osterwoche etwa 180 Arbeiter im Auslande. Veranlassung dazu gab die Wahrgelung eines Arbeiters. — In den vereinigten Delmühlwerken in Ronneburg im Städtchen die Arbeiter Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Firma lehnte Verhandlungen und jedes Zugeständnis ab. Zugug ist fernzuhalten.

Der Streik in der Gipsindustrie zu Wadenhausen im Harz ist beendet. Die Stundenlöhne wurden um 2-3 Pf. erhöht und ein Tarif abgeschlossen.

Lohnbewegung der Krefelder Samtweber.

Am 24. April fand eine Sitzung der Ausschüsse der Samtfabrikanten und der Samtweber statt. Die Lohnforderungen der Arbeiter hat man nicht berücksichtigt, sondern man unterbreitete eine vollständige neue Lohnliste und gab dazu Erklärungen. Die Verbandsvertreter wie die Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß die neue Liste für die leichteren Werke eher eine Verschlechterung als eine Besserung des Lohnes sein wird. Es wird für die schweren Werke eine Lohn-erhöhung eintreten, aber es muß gesagt werden, daß diese schweren Werke bedeutend weniger hergestellt werden als die leichteren. Nach alledem wird die neue Lohnliste keine Lohnerhöhung bringen. Ob die Arbeiterschaft mit dem einseitigen Vorgehen der Fabrikanten zufrieden sein wird, darüber wird in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen. Hoffen wir, daß die bessere Einsicht bei den Fabrikanten die Oberhand gewinnt. Lohnerhöhungen brauchen die Arbeiter, wenn der Friede dauernd sein soll.

Die Verhandlungen auf der Schichtanverwerft sind gescheitert.

Da die Firma sich bereit erklärt hatte, mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln, meldete sich dieser bei der Werk. Anstatt zu verhandeln, übergab der Betriebsleiter Carlson dem Arbeiterausschuß folgendes Schriftstück:

„Es liegt keine Veranlassung vor, Änderungen in der Arbeitsordnung zu machen. Die gestellten Lohnforderungen können nicht bewilligt werden, überhaupt können Lohnerhöhungen bei der jetzigen ungenügenden Beschäftigung nicht in Frage kommen. Zu den alten Bedingungen kann die Arbeit jederzeit wieder aufgenommen werden.“

Die einfache Folge davon ist die Fortsetzung des Kampfes. Beilegt sind nach der Zählung vom Mittwoch 789 Streikende und 636 Ausgesperrte, in Summe 1425 Mann. Von diesen sind nur 151 nicht organisiert. Der Stand der Bewegung ist nach wie vor als durchaus günstig zu bezeichnen.

Wer streift, fliegt!

Auf der Ziegelei Borsdorf bei Rostock streifen seit einiger Zeit die Ziegeleiarbeiter. Sie kämpfen nicht nur für Aufbesserung der erbärmlichen Löhne, sondern auch für Abänderung der menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse. Der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes wandte sich wegen der jeder Beschreibung spottenden Wohn- und Schlafstätten mit dem Ersuchen um Intervention an die Gewerbeinspektion in Schwerin. Das ist geraume Zeit her, ohne daß irgend etwas geschehen wäre. Jetzt hat sich aber die Beförderung in anderer Weise in den Kampf gemischt. Unter den Streikenden befand sich ein russischer Staatsangehöriger Stefan Dombrowski, der sich auch an allen Arbeiten beteiligte, die der Streik mit sich brachte. Dieser Tage erhielt nun der Mann die Verfügung, das Gebiet des gesegneten Junkerländchens zu verlassen. Der Ausgewiesene ist schon seit längerer Zeit in Mecklenburg tätig und es liegt nicht das geringste gegen ihn vor. Allerdings hat er das größte Verbrechen begangen, welches ein Arbeiter nach Ansicht unserer herrschenden Gewalten begehen kann: er hat Solidarität geübt. Und dazu sind nach der Meinung der mecklenburgischen Regierung die Ausländer nicht im Lande.

Zur Beilegung des Tarifkampfes in der Chemnitzer Metallindustrie.

Die aus gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte Jeknerkommission ist zu einem vorläufigen Abschluß gekommen, dem die Unternehmer zugestimmt haben. Nun sollen die streikenden Former und Gießereiarbeiter dazu Stellung nehmen. Zunächst haben die Vertrauensleute dies in zwei Sitzungen getan. Nach den „Zugeständnissen“ der Unternehmer soll die effektive Arbeitszeit auf wöchentlich 56 Stunden festgesetzt, Ueberzeit- und Sonntagarbeit soll mit 20 Proz. Zuschlag entlohnt, Feblaus unter gewissen Bedingungen mit 1/4 des Stundenlohnes vergütet und den Stundenlöhnern 1-5 Pfennige Lohnerhöhung bewilligt werden. Sonst sind noch allgemeine Verhältnisse zum Teil berücksichtigt. Daß Donnerstag, den 27. April, die Arbeit wieder aufgenommen wird, wie die Unternehmer wünschen, erscheint bei ihrem geringen Entgegenkommen als ausgeschlossen.

Ausland.

Errungenschaften der italienischen Seeleute.

Rom, den 22. April.
Im Juni 1910 hat die italienische Kammer ein Gesetz über Schiffsahrtssubventionen angenommen, das unter anderem die Bestimmung enthielt, daß die subventionierten Gesellschaften ihr Personal auf Grund eines Dienstvertrages anstellen müßten, der von der Regierung durch Dekret festgesetzt wurde. Dieser Dienstvertrag, der die Lage der italienischen Seemannschaften wesentlich verbessert, ist nun dieser Tage in Kraft getreten. Er ist für die vier subventionierten Gesellschaften verschieden. Dem Druck der Organisation der Seeleute ist es zu danken, wenn der Dienstvertrag die Lage des Personals so sehr verbessert, daß sie die der Kaufmannschaften aller anderen Länder übertrifft. Gegenüber den heutigen Maximallöhnen stellen die festgesetzten Minimallöhne eine Erhöhung von 10 bis 20 Proz. dar. Der Mindestlohn für den Bootsmann beträgt 80 bis 100 Lire monatlich bei freier Station, wozu noch Extrabehälter von 20 und 30 Lire kommen bei Reisen in die Levante oder transatlantischen Reisen. Für Schiffsjungen beträgt der Minimallohn 25 Lire, für Matrosen 65, für Reizer 85, für Köcher 65, Köche 90 usw. Es wird auch festgesetzt, wie viel die Mannschaft pro Kopf an Nahrungsmitteln zu beanspruchen hat, so zum Beispiel

ein Kilogramm frisches Fleisch, vier Eier, 150 Gramm Zucker, 3/4 Liter Wein usw. die Woche. Während der Fahrt darf die Arbeitszeit 12 Stunden nicht übersteigen. Für Schiffsjungen unter 16 Jahren beträgt der Arbeitstag höchstens zehn Stunden. Auch dürfen sie nicht zum Nachdienst zugezogen werden. Im Hafen wird die höchste Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden im Sommer und 8 1/2 Stunden im Winter für das Deckpersonal, 8 1/2 Stunden im Sommer und 7 1/2 Stunden im Winter für das Kajütenpersonal und auf 8 1/2 Stunden für das Maschinenpersonal festgelegt. Jede Ueberstunde wird mit 50 Cents für das erwachsene Personal und 30 Cents für die Schiffsjungen vergütet. Im ganzen stellt dieser Normalarbeitsvertrag, zu dem der Staat die Meeder gezwungen hat, eine erfreuliche Errungenschaft der Organisation dar, die durch ihren Sekretär an der Ausarbeitung des Schemas mitgewirkt hat und es nicht daran hat fehlen lassen, die Pressionen der Meeder durch den Hinweis auf einen allgemeinen Ausstand des Personals zu beantworten.

Der Ehren-Schaumsläger.

Der Verband der amerikanischen Barbier hat dem Präsidenten Taft die Ehrenmitgliedschaft angeboten. (Etwas darum, weil Taft es versteht, das ganze Volk über den Löffel zu barbieren?)

Verfammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Kreis hielt am Dienstag eine Generalversammlung im Germania-Saal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Hentschel in anerkennenden Worten der Parteilichkeit des verstorbenen Genossen Borgmann.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines dritten Angeordneten im Bureau des Wahlvereins. Der Vorstand begründete die Notwendigkeit der Anstellung mit dem Wachstum der Mitgliederzahl und der dadurch entstandenen bedeutenden Vermehrung der Vereinsgeschäfte. — Gegen die Anstellung eines dritten Genossen an sich wurden keine Einwendungen erhoben und dieselbe fast einstimmig beschloffen. — Reinigungsverschiedenheiten ergaben sich dagegen über die Personfrage, besonders über die Art, wie der Betreffende zu wählen sei. Es sind 16 Bewerbungen für den Posten eingegangen. Die Kreisversammlung hat dieselben geprüft und empfiehlt die Wahl des Genossen Joseph. — In bezug auf die Wahl wurden in der Diskussion verschiedene Anträge gestellt. Es wurde von einer Seite gefordert, daß die Stelle im „Vorwärts“ ausgeschieden werde. Von anderer Seite wurde verlangt, daß eine Kandidatenliste aufgestellt und die Wahl in den Bezirken vorgenommen werde. Ferner wurde beantragt, daß der zu Wählende fünf Jahre nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich organisiert sein müsse. — Dieser Antrag sowie der, welcher Urwahl in den Bezirken verlangt, wurden angenommen. Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß erneut Bewerbungen entgegengenommen werden, der Vorstand und die Kreisversammlung unter den sich meldenden Bewerbern sechs auswählt, die dann zur Urwahl gestellt werden.

Zu vorgerückter Stunde erhielt Genosse Karl Dieckmann das Wort zu einem Vortrage über die Sozialdemokratie im Dreiklassenparlament. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung zeigte der Redner, wie die kleine sozialdemokratische Fraktion in unangenehmem Kampfe gegen das reaktionäre Treiben der Regierung und des schwarzblauen Bloks die Rechte des Volkes vertritt.

Die Gipsbaubranche hielt am Dienstag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, die sich mit der Stellung zur bevorstehenden Kaiserfeier beschäftigte. Der Sektionsleiter Gasse legte dar, wie der 1. Mai in dieser Gruppe in den 12 Jahren, daß die Berufsorganisation besteht, regelmäßig gefeiert worden ist, und führte weiter aus, daß die Stellung für die gesamte Bauarbeiterschaft bereits durch die in der Dienstagsnummer veröffentlichte Resolution des Gesamtgewerksvereins präfigiert ist, die der Redner verlas und der Versammlung ebenfalls zur Annahme empfahl. Der 1. Mai ist von der Gruppe sowie von der Sektion der Gips- und Zementbranche in früheren Jahren mit großer Einmütigkeit gefeiert worden, so daß mehr als 90 Proz. der Berufsangehörigen an den Vormittagsversammlungen teilnahmen. In den Jahren 1908 und 1909 war die Beteiligung infolge der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage allerdings geringer. Jetzt, wo es mit der Arbeitslosigkeit im allgemeinen günstig bestellt ist, wird die allgemeine Arbeitsruhe wiederum einmütig durchgeführt werden, und es liegt kein Grund vor, sich vor Aussperrungsbeschüssen des Unternehmertums zu fürchten. — Die rege Diskussion zeigte, daß alle mit der Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe einverstanden waren, und die Resolution des Zweigvereins wurde dann auch einstimmig gutgeheißen.

Letzte Nachrichten.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Paris, 26. April. (B. L. W.) Aus Tanger wird den Blättern gemeldet, daß Major Bremond infolge der unaufhörlichen Angriffe der Scherakbalente mit seiner Mahalla am 22. April den Weg nach Fes eingeschlagen habe. Als der Vizekonsul Voisset, der mit einer Probiantkolonne am Seebufer eingetroffen war, dies erfuhr, kehrte er nach Elksar zurück. Nach einer von einem französischen Unteroffizier dieser Mahalla stammenden Meldung sei dieselbe vollständig von feindlichen Stämmen umgeben und leide an Munitionsmangel. Im Ministerium des Aeußern ist eine Bestätigung dieser Nachricht bisher nicht eingetroffen.

Tanger, 26. April. (B. L. W.) Nach einer Meldung der Agence Havas bestätigt es sich, daß Major Bremond den Rückmarsch nach Fes wieder aufgenommen hat. Voisset ist nach Sul el Arba zurückgekehrt. Hauptmann Koraouat hat den Leutnant Jeannerod mit 150 Mann nach Sul el Arba geschickt, um die Bereinigung der Kaids im Gharbgebiet und die Proklamierung eines Oberbefehls, haberd zu verhindern.

Protest der französischen Eisenbahner.

Paris, 26. April. Infolge des gestrigen Beschlusses der Ostbahngesellschaften hat das Nationale Syndikat der Eisenbahner einen Aufruf erlassen, in welchem es in schärfster Weise die Weigerung der Eisenbahngesellschaften gegen die Wiederanstellung der entlassenen Eisenbahner tabelt und ankündigt, daß es im ganzen Lande Protestversammlungen veranstalten werde. Es handele sich um die Frage, ob sich die Bahngesellschaften ungestraft über den Willen des Landes hinwegsetzen könnten und ob die finanziellen Interessen höher ständen als die Gerechtigkeit, Menschlichkeit und die öffentlichen Interessen.

Blutiges Nachspiel einer Ausweisung.

Landau (Nar), 26. April. (B. L. W.) Als der Gendarmereifergeant Esterbauer aus Deutschland ausgewiesene Böhmen kontrollieren wollte, wurde er von diesen angefallen und durch Schläge auf den Kopf und am Arm verletzt. Ferner wurden zwei zu Hilfe eilende Bürger ebenfalls verwundet. In dem entstandenen Handgemenge trugen auch die beiden Täter erhebliche Verletzungen davon.

Das Vandalenwesen in der Türkei.

Saloniki, 26. April. (B. L. W.) Um das Vandalenwesen im Vilajet Saloniki wirksamer bekämpfen zu können, wurde ein Jägerbataillon in 16 Abteilungen zu je 50 Mann aufgelöst und diese den unzulänglichen Gendarmereieinheiten angegliedert. Es sind regelmäßige Streifzüge vorgegeben.

Das Unglück auf Zeche „Lukas“.

Man schreibt uns: Die Zeche „Lukas“ macht ziemlich viel von sich reden. Der Streik im vorigen Winter, der die Folge von allerhand schweren Missetaten war, erregte die allgemeine Aufmerksamkeit. Die Verwaltung versprach zwar Abhilfe der Missetaten. Schließlich aber gab sie eine Denkschrift heraus, durch welche alle Missetaten bestritten wurden, der Streik als leichtfertig heraufbeschworen und als das Werk von Hezern bezeichnet wurde. Ähnliches ist auch zu lesen im Bericht der Berginspektion, der aus der Denkschrift abgeschrieben sein könnte. Die „berühmten Artikel“ der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ werden besonders hervorgehoben. Natürlich! Wenn eine Zecheverwaltung die Existenz von Missetäten bestritt, dann sind sie einfach nicht vorhanden. Wer anderer Ansicht ist, ist ein Hezer. So war es auch seinerzeit im Falle „Radbod“. Fatal war es allerdings, daß die „Arbeiterzeitung“ die Katastrophe von „Radbod“ schon vorher angekündigt hatte! Das konnte sie doch nur auf Grund der herrschenden Zustände.

Im Falle der Zeche „Lukas“ ist es genau so. Die „Arbeiterzeitung“ hat auch diesmal vorher berichtet, daß schon tagelang ein Grubenbrand herrsche und die umliegenden Betriebspunkte gefährdet seien! Sie hat verlangt, daß das Arbeiten an den bedrohten Punkten untersagt werde. Noch in einer Zuschrift in der letzten Sonnabendnummer der „Arbeiterzeitung“ heißt es:

Es ist noch nicht lange her, wo wir von dieser Stelle aus auf das Unglück, dem die zwei Kameraden zum Opfer gefallen sind, hingewiesen, und auch die Ursachen des Unglücks dargelegt haben. Heute machen wir die Behörde darauf aufmerksam, daß auf derselben Stelle, wo jenes Unglück geschehen, durch die hereinbrechenden Kohlemassen ein großer Hohlraum entstanden und nun ein Brand ausgebrochen ist. Es ist zu befürchten, daß das Feuer überhaupt nicht zu dämpfen ist, wenn es von der Steinrutsche aus auf irgend eine Weise Luft bekommt, um aufzubrechen zu können. Wie aber, wenn der Hohlraum voll Wasser steht? Das Gegenteil ist noch nicht bewiesen. Mittwoch war der Brand so stark, daß die Rauchwolken, wie von brennendem Holz, bis in den nebenliegenden Querschlag drangen. Trotzdem ließ man die Arbeiten, die dicht neben der Brandstätte, im Unterbau, begriffen sind, verrichten. Wir fragen die Bergbehörde, ob dies erlaubt ist. Zu bemerken ist noch, daß der Wetterzug, der den Unterbau bewettert, die Brandstätte streift und so den entsetzlichen Qualm mit sich führt. Wir bitten, daß hier schleunigst eine Untersuchung eingeleitet wird.

Feiner bitten wir die Bergbehörde, daß sie den vielgenannten Sicherheitsmann an seine Pflicht erinnert, denn sonst müßten wir in einer Wechselschichtverteilung dazu Stellung nehmen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Mann verschiedene Betriebspunkte felten oder gar nicht befuhr. Zur Charakteristik des Mannes sei hier angeführt, daß er vorige Woche vor einem Betriebspunkt gerufen wurde, wo nach Angabe der Arbeiter Wetter standen. Darauf kam der Sicherheitsmann und sagte: „Ach, das ist nicht schlimm! Die Wetter könnt Ihr mit dem Hemd wegstreiben! Ich habe so manches Hemd schon hier kaputt geschlagen!“ Von dem Ortältesten wurde ihm begreiflich gemacht, daß da, wo Wetter stehen, nicht gearbeitet werden darf. Darauf wurden diese Leute von dem Sicherheitsmann für die Schicht verlegt. Wenn so ein Sicherheitsmann dann ins Fahrbuch schreibt: „Alles in Ordnung“, trotz der rigorosen Missetäten, dann ist begreiflich, daß diese nicht abgestellt werden, bis wieder mal die Vergleute zur Selbsthilfe greifen müssen. Dies mögen sich die bürgerlichen Zeitungen und auch die Redaktionsbeamten merken. Wenn es zum äußersten kommt, ist nicht die Vergleitung durch die Presse oder durch den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband schuld daran, sondern die Schuld ist ganz wo anders zu suchen.“

Kleines feuilleton.

Ludwig Burbong. Der Pariser „Matin“ trat kürzlich mit der Behauptung hervor, im Berliner Geheimen Staatsarchiv befänden sich Urkunden über den Fall Raundorff, deren Geheimnis aufs ängstlichste gehütet würde; denn sie bewiesen, daß Preußen verhindert habe, daß jener Krossener Uhrmacher Raundorff, der in Wirklichkeit Ludwig XVI. Sohn gewesen sei, die Anerkennung als berechtigter Erbe des bourbonischen Thrones fand. Auf die Anfrage eines Herrenhändlers ward der offizielle Bescheid, daß die umfangreichen Raundorffakten des Staatsarchivs durchaus nicht geheim gehalten würden.

Zufällig veröffentlichte unlängst gerade auf Grund dieser Akten Otto Lichth in der „Historischen Zeitschrift“ eine Studie über die Raundorff-Legende, und es gelang ihm, eine Angelegenheit zur hinreichenden Klarheit zu fördern, über die schon eine umfangreiche Bibliothek zusammengeschrieben worden ist.

Die Legende knüpft an die Tatsache an, daß in der französischen Revolution der Thronfolger, Ludwig XVII, im Temple in Haft gehalten wurde und dort 1795 an einer Krankheit starb. Die geistliche Forschung zweifelt heute nicht daran, daß der Dauphin damals wirklich gestorben ist. Nichts desto weniger hat sich bis heute die Sage erhalten und findet immer noch Verteidiger, daß Ludwig XVII. aus dem Temple entflohen worden sei. Es sind eine ganze Anzahl Bewerber um den Thron des geköpften Ludwig aufgetreten, die weniger nach der Krone als nach dem bourbonischen Kronschatz listeten waren. Der erfolgreichste dieser Hebejuchten Louis war der Deutsche Raundorff. Ein Mensch dunkler Herkunft, taucht er nach 1810 im Brandenburgischen auf. Er lebt 1810—1812 in Berlin als Hausierer mit hülzernen Wägen. 1824 wird er zu Brandenburg wegen Folschmüßerei — in einem nicht ganz schlüssigen Indizienprozeß — verurteilt. Im Zuchthaus beginnt er sich zunächst nur als Mitglied der Bourbonenfamilie aufzuspielen. Aber seine geschichtlichen Kenntnisse sind ebenso mangelhaft wie seine Orthographie; in dieser Zeit pflegt er sich Ludwig Burbong zu unterzeichnen. Nach seiner Freilassung erwirbt er das Bürgerrecht in Krossen und heiratet ein einfaches Mädchen. Allmählich spinnt er seine Phantasien immer realistischer aus, aber erst nach 1831 beginnt er seine bestimmten Rechte als Ludwig XVII. geltend zu machen. Die guten Krossener nehmen sich ihres großen Einwohnern mit Freueifer an. Raundorff verbollkommnet allmählich seine französische Sprache und Geschichtskennntnisse, und so ausgerüstet taucht er im Mai 1833 in Paris auf. Er bezanbert die legitimistische Welt; man findet in seinen Jagen das echte Bourbonentum. Der arme Hausierer und Falschmünzer spielt nun jahrelang die hehagliche Rolle eines Thronprätendenten.

Raundorff selbst ist eifrig tätig, um seine Ansprüche zu beweisen. Er verfaßt seine Lebensbeschreibung, einen wahren Karl May'schen Kolportageroman, in dem es von Jungen für seine Abstammung nur so wimmelt. Klugerweise aber sind seine sämtlichen Zeugen tot; er läßt sie durchweg vergiften werden. Und all der stroyende Unfug wurde geglaubt und wird geglaubt. Lichth stellt den Brandenburger Prozeß nach den erhaltenen Akten dar. Seine Darstellung ist einleuchtend, Raundorff war offen-

Der hier erwähnte Sicherheitsmann ist, das muß zum Verständnis betont werden, ein Liebling der Zeche und Kronzeuge gegen die Organisation und gegen die „Hezer“. Seit Dienstag voriger Woche hatte die Verwaltung Kenntnis vom Brande, man ließ aber ruhig weiter arbeiten. Schon am Mittwoch erkannten einige Arbeiter die große Gefahr und verweigerten die Arbeit. Am Donnerstag früh war die ganze Sohlenstraße voll Qualm, so daß es der Nachtschicht kaum möglich war, sie bei der Abfahrt zu passieren. Es wurde dann versucht, den Brandherd durch eine dünne Mauer zu dämpfen. Am Sonnabend nachmittag aber schlugen die Flammen hervor. Die Vergleute zweifeln überhaupt, daß das Feuer abgedämmt werden kann, weil es Luftzufuhr durch mangelhaft geführten Vergverfaß erhalten. Und sie befürchten, daß die Flammen Hohlräume erreichen, die voller Schlagwetter stehen.

Wie die Dinge liegen, gibt es keine Entschuldigung für diese Katastrophe. Jemand welche Ausreden müssen an den Tatsachen scheitern. Trotzdem man die Gefahr kannte, trotzdem öffentlich durch die Presse gewarnt worden war, hat man die Katastrophe nicht abgewendet. Wie will man das verantworten? Nun, ja! Der Verantwortliche, der Betriebsinspektor Kleine-Limburg, gehört zu den Toten, er hat sein Leben bei der Katastrophe lassen müssen. Er ist als Träger des Systems auch der Schuldige, er hatte die Macht und auch wohl die Pflicht gehabt, die Arbeit an den bedrohten Betriebspunkten zeitig einstellen zu lassen. Er hat es nicht getan, er hat die Katastrophe nicht verhindert und ist schließlich selbst Opfer derselben geworden. Weszendend für die Gefinnung einer gewissen Presse ist, daß sie diesen Mann noch feiert und ihm nachrühmt, er sei den „Geldentod“ gestorben. Die Vergleute haben über den Geldentod dieses Mannes ihre eigene Meinung.

Freilich, die bürgerliche Presse war der Verwaltung von „Lukas“ immer günstig gestimmt, und noch vor wenigen Tagen veröffentlichte sie mit wahrer Wollust Abschnitte aus dem Berginspektorenbericht unter der Ueberschrift: „Ein leichtfertiger Vergarbeiter-Verstand.“ Am Donnerstag, den 20. April, antwortete die „Arbeiterzeitung“ in einem Abwehrartikel, der gerade durch die Katastrophe der Montagnacht besondere Bedeutung erhält. In dem Artikel heißt es:

Weil alle Beschwerden nichts nützen, die Missetäten nicht beseitigt wurden, deshalb ist es schließlich zum Streik gekommen. Wir wundern uns keineswegs, daß der Bergbehörde diese Einsicht fehlt. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, erzählt sie ja nur selten, die Angaben der Verwaltungen werden von ihr alle wahr unterstellt. Die Verwaltungen bestritten natürlich alle Missetäten, folglich existieren auch keine. Wriht eine Katastrophe herein, dann ist ein böser Zufall schuld. Wer die Vergleute zu Worte kommen läßt, ist ein Hezer. Und weil wir über Missetäten auf „Lukas“ berichtet haben, sollen wir zum Streik gehen? Man sollte es wirklich nicht glauben, wie weisfremd eine Bergbehörde sein kann. Zugegeben, daß ihr viele Missetäten verborgen bleiben, sie muß doch von den Anfallen, von Schlagwetterexplosionen usw. schon Kenntnis erhalten haben. Dafür ist sie doch Bergbehörde. Und hat sie davon Kenntnis erhalten, dann würde sie doch tun, die Berichte der Arbeiterpresse nicht kurzerhand beseitigt zu legen, sondern auch die Arbeiter zu hören, ob die Berichte der Wahrheit entsprechen. Will die Bergbehörde sich das Vertrauen der Arbeiter erwerben, muß sie auch die Arbeiter hören, und dann würden die einseitigen Inspektorenberichte unmöglich. Es scheint aber, daß die Vergleute noch schwere Opfer werden bringen müssen, ehe es in dieser Beziehung besser werden wird. Das Martyrium der Vergleute ist entsetzlich!

Die „Arbeiterzeitung“ hatte recht, das Martyrium der Vergleute ist entsetzlich! Schon vier Tage später, nachdem noch am Sonnabend abernals gewarnt worden war, brach die Katastrophe herein! Nun mag die Deffentlichkeit über den Wert von Denkschriften der Zecheverwaltungen und über den Wert von Berichten der Bergbehörde urteilen.

bar eine Mischung von Hochstapler und Selbstmörder; er gehörte zu jener Menschengattung, die häufig Macht über die Gemüter gewinnen. In der Einfachheit des Bauhauses — auch eine bekannte Erscheinung — mag er „sein System“ bis in alle Einzelheiten durchdacht haben und schließlich mag der Betrüger sich selbst betrogen und an seine Wiffion geglaubt haben.

Den Erfolg schändet Lichth also: „Aus Wien ausgewiesen, wandert er ganz mittellos ohne große Sprachkenntnisse nach Paris, um mit der tollkühnen Sicherheit eines Nachtwächlers die feste Höhe des französischen Thrones zu erklimmen. Und siehe! ihm gelingt Wunderbares. Er scharf einen andächtigen Kreis von Gläubigen, eine ergebene Partei von legitimistischen Aristokraten um sich, von denen er unermüdlich lernt und neue Mittel gewinnt. Anhänger anzuziehen. Er bildet sich immer mehr nach dem Königsideal der Royalisten um und bietet seinem vornehmen Publikum das, was es verlangt. ... Er ist seinen Augenblick aus seiner Rolle gefallen; ja die Rolle ist ihm so zur anderen Natur geworden, daß er in seinen letzten Augenblicken, selbst in den Fieberphantasien des Todeskampfes, von seinem königlichen Vater gesprochen hat, mit dem er nun endlich vereint zu werden hoffte.“

Nun, gar so tollkühn war das Beglücken und gar so wunderbar das Gelingen Raundorffs doch nicht. Der Fall beweist lediglich, wie leicht es ist, die Rolle eines Dynasten aus allerletztstem Geschlecht zu spielen, sofern man nur ein bißchen betrügerisch und hinfällig vertritt ist. Und für Leute, die an das Gottesgnadentum glauben oder aus spekulativen Interessen wenigstens vorgeben, daran zu glauben, ist es wirklich gleichgültig, ob es sich um echtes oder nur nachgemachtes Gottesgnadentum handelt.

Die Urmenfchen von Australien. Es gibt heute nicht mehr viele Gegenden auf der Erde, die von Menschen in einem eigentlichen Naturzustand bewohnt werden. Als solche werden immer wieder die Eingeborenen von Australien genannt, aber durch die zunehmende Kultivierung dieses zuletzt entdeckten Erdteils sind sie stark zurückgedrängt, umgedrängt oder ausgerottet worden. Immerhin lohnt es noch, nach Australien zu fahren, um einen Urmenfchen zu sehen und zu beobachten. Im äußersten Hinterland des Staates Queensland leben von ihnen noch genaueren Feststellungen nach rund 20.000 Seelen, und die Regierung dieses Staates hat es als eine Ehrenpflicht erkannt, diese Leute besonders zu schützen. Wenn es auch nicht richtig wäre, diese Eingeborenen zu einer Art von freilebendem Museumsgegenstand zu machen und nur als eine Lebenswürdigkeit zu erhalten, so ist ihr Bestand für die Wissenschaft jedenfalls von großem Wert. Es sind die einzigen Menschen, die noch heute ganz auf dem Standpunkt stehen, auf dem sich die Erdbevölkerung überhaupt vor Jahrtausenden im Steinzeitalter befand. Dadurch ist Gelegenheit geboten, die Entstehung und Vervollkommnung der Steinwerkzeuge unmittelbar zu beobachten, die sich als Ueberbleibsel alter Zeiten nur in fertigen Formen vorfinden. Auch die Ursprünge aller höheren Kulturformen künstlerischer Neigungen, eigentlicher Industrien; ferner die Entwidlung religiöser Anschauungen und höherer Lebensbegriffe — alles läßt sich an den Urmenfchen von Australien studieren. Der Trieb zu künstlerischer Betätigung ist auch bei diesen Menschen schon in starker Ausprägung

Uebrigens verunglückten vor etwa drei Wochen schon an der jehigen Brandstätte zwei Vergleute tödlich. Mehrere Kameraden waren schon aufgefordert worden, ein dort noch anstehendes Stück Kohle abzubauen. Sie erklärten aber, wer sich in das Loch begeben, komme lebend nicht mehr heraus, und verweigerten die Arbeit. Dafür mußten sie sich den Vorwurf der Feigheit gefallen lassen. Der Beamte fand auch zwei andere Kameraden, die willig in die Menschenfalle hineingingen. Und es geschah wirklich, was die anderen Kameraden vorausgesagt hatten, die Falle klappte zu und die beiden dienstwilligen Vergleute konnten nur mit großer Mühe als Leichen geborgen werden. ...

Sollte unter diesen Umständen der Staatsanwalt auf Zeche „Lukas“ nicht auch noch andere Aufgaben zu erfüllen haben als nur gegen Streikführer vorzugehen?

Die Säuglingsfürsorge der Stadt Berlin

hat im Jahre 1900/10, wie der kürzlich erschienene Jahresbericht ergibt, sich auf eine geringere Zahl von Kindern als im vorhergehenden Jahre erstreckt. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Säuglingsfürsorge stellen diese jetzt eine Minderung der ihnen zugeführten Säuglinge zu verzeichnen gehabt: in 1900/09 hatten sie 14.943 Säuglinge aufgenommen, in 1900/10 nahmen sie nur 13.494 auf. Werden die je aus dem Vorjahre übernommenen Säuglinge hinzugezählt, so standen im vorletzten Jahre 18.144 Kinder, im letzten Jahre 17.133 Kinder unter der Kontrolle der Säuglingsfürsorgestellen. Zur Erklärung des Rückganges führt der Bericht an, daß im letzten Jahre die Zahl der Arbeitslosen geringer geworden sei, so daß in der Arbeiterbevölkerung auch das Bedürfnis, für die Säuglinge die Hilfe einer Fürsorgestelle in Anspruch zu nehmen, sich vermindert habe. Das sei die Hauptursache der bei den Säuglingsfürsorgestellen eingetretenen Frequenzabnahme, daneben komme aber noch in Betracht, daß die Witterungsverhältnisse in 1900/10 dem Gesundheitszustande der Säuglinge besonders günstig waren. Unverändert bleibt in dem Bericht eine dritte Ursache, die Minderung der Geburten, die in den letzten Jahren ganz besonders stark war. Wenn in 1908, 1909, 1910 die Zahl der Lebendgeburten herabging auf 49.205, 45.940, 44.168, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Abwärtsbewegung auch die Frequenz der Säuglingsfürsorgestellen beeinflusst haben wird.

Die Säuglingsfürsorgestellen gewähren den Müttern oder Pflegemüttern schwächlicher oder kränklicher Kinder des ersten Lebensjahres unentgeltlich Rat über Wartung und Pflege, bei Bedürftigkeit den stillenden Müttern von Brustkindern als „Stillprämie“ eine Unterstützung in barem Gelde, für Flaschenkinder gute Milch oder andere Nahrungsmittel zu ermäßigtem Preise oder ganz umsonst. In 1900/10 hat trotz der Minderung der in Fürsorge genommenen Säuglinge doch die Summe aller Leistungen der Fürsorgestellen sich weiter erhöht. Die Gesamtzahl der von den Säuglingsfürsorgestellen gewährten Konsultationen, bei denen die Mütter den Rat der Ärzte einholten, belief sich diesmal auf 156.510, im vorhergehenden Jahre nur auf 150.680. Die Hausbesuche durch recherchierende Schwestern haben sich gleichfalls gemehrt: im vorhergehenden Jahre waren nur 84.888 Besuche gemacht worden, diesmal wurden 88.166 gemacht. Weiter gemehrt haben sich auch die Gewährungen von Stillprämien. Während im vorletzten Jahre an 7739 Mütter 150.608 M. gezahlt worden waren, wurden im letzten Jahre an 8430 Mütter 167.618 M. gezahlt. Der Durchschnittsbetrag der Stillprämien hat sich freilich nur um ein Winziges erhöht, von 19,50 M. im vorletzten Jahre auf 19,85 M. im letzten Jahre. Bietet pro Tag und pro Woche gezahlt wird und wie viele Wochen die Unterstützung mit barem Gelde dauert, darüber schweigt der Bericht. Gezahlt werden, soweit wir wissen, pro Tag 20—30 Pf., pro Woche etwa 1,50—2,00 M., so daß ein Durchschnittsbetrag von 19,85 M. auf eine durchschnittliche Unterstützungsdauer von 2 bis 3 Monaten schließen ließe. Manche Mütter von Brustkindern ziehen dem barem Gelde die Gratislieferung guter Milch vor. Für Flaschenkinder wird nur Lieferung von Milch oder anderen Nahrungsmitteln gewährt, zum geringen Teil gegen volle Zahlung, größtenteils zum ermäßigten Preise oder ganz un-

vorhanden, wie nicht nur ihre Holzschindereien, sondern auch zahlreiche Zeichnungen und Malereien an Felswänden beweisen, wie ja auch der heutzutage Mensch in seinen Höhlen bereits einen derartigen Schmuck angebracht hat. Es ist nur zu fürchten, daß selbst unter dem Schutze der europäischen Kultur der Urzustand der Australier sich nicht rein erhalten wird.

Musik.

Die Aufführungen des Berliner Volks-Chores gehören bereits zu den musikalischen Hauptereignissen Berlins. Und die Gassen aus R. Wagner's „Fliegenden Holländer“, die am Montag und Dienstag gesungen wurden und die wir am Dienstag hören, tragen dem Dirigenten G. Jander Ehrentugenden von echt spontaner Art ein, die namentlich nach dem Doppelloch des 3. Aktes zu einer Demonstration im besten Sinne wurden. Hier hatte eben auch der Chor eine besondere Stärke gezeigt. Anfangs war er mächtiger gewesen und einmal laut auch die Längsöhre einiger Stimmen; überdies kann weder vom Orchester noch vom Chor die Wucht des Klanges erwartet werden, die für den Riesensaal der „Neuen Welt“ wünschenswert wäre, und die nur bei günstigeren Mitteln und Umständen überhaupt möglich ist. Gilt es, zwischen einem „soliden“ und einem „genialen“ Dirigenten zu wählen, so kann man hier für Solidität nur sehr dankbar sein. Doch derlei Gedanken schreibt man sich vom Leibe weg, weil man stolz ist auf diese Kunstgesellschaft, die hohe Ansprüche vertritt, und weil das Ganze von Szene zu Szene hinreichend herauskam. Herr Jander findet stets beste Solisten; diesmal aber war es besonders seine „Senta“ (Frau M. Schauer-Wergmann), deren Temperament und Klangkraft, abgesehen von einem wilden Fortissimo, anfeuernd wirkte.

Immer näher kommen wir der Zeit, da Wagner's Werke allgemein „frei“ werden. Damit aber dann die Direktoren nicht gar zu viel Unfug treiben, wird mehr und mehr eine „Erziehung“ des Publikums zu R. Wagner und hiermit auch zu scharfen Ansprüchen an seine Wiedergabe nötig. Ein besseres Mittel dazu als die aktive Teilnahme an unserem Volkschor wird allerdings nicht so bald zu finden sein.

Notizen.

— Eine Wikingerfahrt nach Rouen. Zu der Tausend-jährfeier der Normandie wollen fünf norwegische Studenten eine Bootfahrt von Norwegen nach Rouen unternehmen; sie wollen sich dabei einer eigenartigen Fischerbarke bedienen. Ihr Kahn ist nach einem alten Modell gebaut worden und hat eine Länge von 18 Meter; er gleicht den berühmten Schiffen, auf denen einst die Wikinger ihre Eroberungsfahrten nach Schottland, England und der Normandie unternahm. Diese Schiffe sind sehr stark und können sich auch während der heftigsten Stürme auf dem Meere halten. Die fünf norwegischen Studenten haben die Absicht, genau so zu fahren, wie einst die alten Wikinger fuhrten; sie werden ihre Reise an der Westküste Norwegens beginnen, von hier nach Schottland zu gelangen suchen, dann an der Küste Großbritanniens entlang fahren und sich zuletzt nach der Normandie begeben.

John. Gefesselt wurde im vorletzten Jahre an 4780 Mütter, im letzten nur an 3782 Mütter, und ausgegeben wurden dafür 99 083 M. bzw. 68 562 M.

Die Lieferung von Milch usw. ist, wie man sieht, im letzten Jahre seltener geworden. Das erklärt sich hauptsächlich daraus, daß bei den Säuglingsfürsorgestellen die Flaschenkinder sich wieder sehr beträchtlich vermindert haben. Im 1909/10 (bzw. 1908/09) waren unter 13 494 (14 943) aufgenommenen Säuglingen nur 4705 (5009) Flaschenkinder, aber 8789 (9034) Brustkinder. Vermindert haben sich hier auch die Brustkinder, aber nur ganz wenig. Es verminderten sich die Brustkinder nur um 245 (das sind von 9034 nur 2% Proz.), dagegen die Flaschenkinder um 1204 (das sind von 5009 reichlich 20 Proz.). Unter je 100 Säuglingen waren im vorletzten Jahre 40 Flaschenkinder und 60 Brustkinder, im letzten nur noch 35 Flaschenkinder und 65 Brustkinder. Die Ärzte der Säuglingsfürsorgestellen betrachten es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Mütter dafür zu gewinnen, daß sie ihre Kinder möglichst mit der Brust nähren. Diesem Zweck sollen ja auch die Stillprämien dienen, die es den Müttern erleichtern wollen, auf außerhäusliche Erwerbsarbeit zu verzichten. Leider greift aber die Stadt Berlin nicht allzu tief in ihren Beutel; noch keine 20 M. pro Stillprämie gibt sie her, wogegen 1,50—2,00 M., wie schon gesagt. Mit so geringen Beträgen will man es erwerbstätigen Müttern ermöglichen, selber ihre Kinder zu stillen! Die Nahrung der Brustkinder unter den Säuglingen der Fürsorgestellen scheint allerdings zu beweisen, daß die paar Groschen „genügen“, um den gewünschten Zweck zu erreichen. Sie erklärt sich aber zum Teil daraus, daß von Jahr zu Jahr mehr die Säuglinge den Fürsorgestellen schon im ersten Lebensmonat zugeführt werden, wo ja ohnehin noch die Ernährung mit der Brust sehr häufig ist. An sich ist es sehr erklärlich, daß die Fürsorgestellen so zeitig aufgeführt werden, und womöglich sollte das schon nach der ersten Lebenswoche geschehen. Aber vielleicht spricht bei mancher Mutter hier der Wunsch mit, durch zeitige Aufzucht der Fürsorgestelle sich möglichst auch eine Stillprämie zu verschaffen, solange sie ihr Kind noch mit der Brust nährt. Viele bleiben sogleich wieder weg, wenn sie sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Groß ist alljährlich die Zahl derjenigen, die die Fürsorgestellen nur ein einziges Mal aufsuchen. Im vorletzten Jahre waren es 2820 Mütter, im letzten sogar 2968, obwohl die Gesamtzahl der Zuführungen von Kindern sich vermindert hatte.

Soll der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit vollen Erfolg bringen, so bedarf es wirksamerer Waffen, als die Säuglingsfürsorgestellen zu liefern. Das ist gewiß richtig, aber man darf doch hoffen, daß auch die Arbeit dieser Fürsorgestellen nicht ganz vergeblich sein wird. Immer wieder muß daher den Müttern empfohlen werden, bei Zeiten mit ihren Säuglingen die Fürsorgestellen aufzusuchen, besonders in der wärmeren Jahreszeit, die den Kindern so gefährlich ist. Die jetzt bestehenden sieben Säuglingsfürsorgestellen sind: Stelle I, Blumenstr. 78, für die Stadtbezirke 1—10, 145—168, 168—188, 188a, b, c, 190b, c, e, 195—201; Stelle II, Elbasser Straße 27, für die Stadtbezirke 202—245, 251—253, 254b, 255 bis 260, 268—274; Stelle III, Markthalle Arminiusplatz, für die Stadtbezirke 11—14, 279—304; Stelle IV, Nanninstr. 63, für die Stadtbezirke 15—19, 22—28, 72—74, 76—144, 167a, b, c; Stelle V, Fontanstraße 16, für die Stadtbezirke 254a, c, d, e, 261, 262, 275 bis 278, 305—326; Stelle VI, Großbeerstraße 10, für die Stadtbezirke 20, 21, 29—31, 75a, b; Stelle VII, von jezt an Werber Straße 45, für die Stadtbezirke 199d, 199a, d, 191—193, 246—260.

Aus Industrie und Handel.

Spekulationstaumel.

Wien fand in den letzten Wochen unter einem wilden Würfelsieber, und dem Fieber ist nun der Krach gefolgt. „Niemals noch hat das Spiel in einem Papier.“ so schreibt der Direktor der allgemeinen Depositenbank, Adolf Desauer, „so sehr die Köpfe erhitzen, niemals war ein gleich allgemeines ungeheures Interesse für eine Effektenoperation zu beobachten. Man darf ruhig behaupten, daß die Bewegung in Stoda-Aktien Tage hindurch den Charakter eines Würfelspiels angenommen hat. Künftlerinnen sollen jetzt nicht ohne Befangenheit die Nachrichten über Steigen und Fallen der Kurse erwartet haben und Männer, die beruflich in ganz anderen Dingen gewirkt sind, haben eilig Stoda-Aktien gekauft, als würde die Glücksleiter nur diesen Weg führen. Groß und Klein hat jetzt an der Börse gespielt, und die Bewegung hat einen Umfang angenommen, wie er bisher nie zu verzeichnen war.“ In der Tat, die „Stoda-Aktie“ beherrschte wochenlang Phantasie und Wörze der Wiener „Gesellschaft“. Aber die Spielwelt des Publikums kam doch erst nachher, die ersten Ursachen sind ebenfalls zu suchen. Zunächst bei der Rüstungspolitik des Staates. Die Stoda-Aktien fanden 249 Kronen im Jahre 1909. Als die ersten Dreadnoughts unbewilligterweise gebaut wurden, stiegen sie an zu steigen, stiegen immer rascher. Schon Ende Januar 1911 hatten die Stoda-Aktien den Kurs von 479 erreicht. Die Reden des Marineministers Montecuccoli, sein lodendes Flottenbauprogramm, trieben die Aktien immer höher hinauf.

Der Marinekommandant hatte ja den Stodawerlen die ganze Geschäftslieferung zugesprochen — mindestens fünfzig Millionen Kronen. Ende März hielt der Kurs bei 660. Was nun folgte, war bärer Wahnsinn. Von Tag zu Tag sprang das Papier hinauf, erreichte am 19. April 807, zu Mittag des 20. April 887 Kronen — und nun begann ein ebenso rasendes Niederfahren. Der Abendkurs des 20. April war um 100 Kronen niedriger als der Mittagkurs. Samstag schloß die Börse mit 649 Kronen. Zwischen Donnerstag und Samstag waren ganze Vermögen verlohnen. Tollheit! Gewiß. Nur hatten sie die ruhiger methodisch vorbereitet. Die Familie Stoda und die Kreditanstalt besaßen von den Aktien des Billener Wertes mehr als zwei Drittel, nur 40 000 von 125 000 Stück laufen im Handel. Schon die geringe Zahl der Spekulationsobjekte mußte die Kurse hinaufreißen. Die Stodagruppe tat aber auch sonst ihr Bestes. Man erfuhr, wohl nicht ohne ihre Mitwirkung, daß hohe Marindes stark à la Hausse in Stoda-Aktien beteiligt seien. Die mußten ja wissen, schloß das Publikum, was Stoda am Stante verdient. Aber Engagements solcher Herren haben ihre besondere Eigenart, sie pflegen verheißene Bestehungsgehalte zu sein, wie die Verfügungen des weiland Kriegsministers Kriegshammer, die den Nobelwerken das Sprengmittelmonopol sicherten. Dann ließ die Verwaltung der Stodawerke, die nächster Tage eine Kapitalvermehrung von 5 Millionen vollzieht, das Gerücht einer weiteren Kapitalsteigerung um 10 Millionen verbreiten. Das natürlich widerfanden wurde, als der Krach kommen sollte. Dieser aber wurde unmittelbar wieder von Stoda eingeleitet. Am 20. April erklärte in dem Regierungsorgan „Fremdenblatt“ ein Stoda-Offizier, die kommende Generalversammlung werde eine „große Ernüchterung“ bringen und deutete drohend an, um den Ausbreitungen der Spekulation Einhalt zu gebieten, sei Stoda willens, 10 000 Aktien auf den Markt zu bringen. Das war das Signal zum Niederbruch.

Es sind auch Große unter den Schlitzen geraten neben unzähligen Kleinen, und mit dem Turfspiel, das sich mit einemmal um die Börse drängte, haben auch kleine Später sich in den Strudel hineingezogen. Die Großen wurden in der Kontreine geschlagen. Diese ganze Hausse widersprach ja den elementaren Voraussetzungen der Vernunft. Schon bei 650 Kronen war nicht bloß der aus den Geschäften zu erwartende Gewinn, nein, der ganze Lieferungsbeitrag in Kurs kapitalisiert. Die Kontreine fehlte aber zu früh ein, bei 490 Kronen, und als das plötzliche Zurückstromen des Publikums die Hausse nicht zur Stille kommen ließ, verlor die Kontreine den Atem. Ein Vorstandsvorsitzender hat wenige Tage vor dem Krach zwei Millionen Kronen an Differenzen ausbezahlt. Die Druckaufgabe der Kontreine trübte aber im letzten

Stadium die Hausse noch höher, bis die Bloße platze und den ungeheuren Verlusten der Gegenspieler die noch ungeheureren der Spieler folgten. Wie bei jedem Börsenerdbeben Berlin auf beiden Seiten! Und nun lesen wir natürlich die moralisierenden Predigten in denselben bürgerlichen Blättern, die bisher getan hatten, als hätten und wären sie nichts. Der Leichtsinn des Publikums, ein wohlfeiles Schlagwort. Wer berät das Publikum? Sind es nicht wieder die sechs bis acht regierenden Banken, die mit ihrem Reiz von Fiktionen nicht nur das Sparkapital an sich saugen, sondern auch die Börsenvermittlung übernommen haben? Sie erheben die berüchtigten Börsenkonten vollständig, auch im Punkte der Moral. Es ist das größte Großkapital, das überall im Hintergrunde der ganzen Bewegung steht, sie einleitet, sie empfortreibt, die Erregung künstlich erzeugt und endlich den Zusammenbruch herbeiführt — um die Schuldrechnung zu ziehen.

Stahlwerkverband. In der gestrigen Hauptversammlung des Stahlwerkverbandes wurde über die Geschäftslage berichtet: Das Inlandsgeschäft in Halbzug hielt sich auf der seitherigen Höhe und der Spezifikationseingang ist befriedigend. Der Verkauf für das dritte Quartal wurde zu den bisherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Der Auslandsmarkt ist in letzter Zeit etwas ruhiger, besonders in England, wo die schwächere Lage des Roheisenmarktes auf den Eingang neuer Aufträge hemmend einzuwirken scheint. Der Absatz auf alle Abzweigungen ist noch betrieblig. In schwerem Oberbaumaterial sind die bis Ende Juli noch lieferbaren Mengen der preussischen Staatsbahnen an Schienen, Schwellen und Kleinseisen eingegangen und den Werken zugewiesen. Das Auslandsgeschäft in schwerem Material liegt nach wie vor günstig und führte zu weiteren umfangreichen Aufträgen. In Millen Schienen wurden sowohl vom Inland wie vom Ausland größere Aufträge erteilt, welche die Millenschienenwerke bis in den Herbst hinein beschäftigen. In Gruben Schienen wurden die Jahresabzweigungen mit den schlesischen Gruben in Oberschlesien und an der Saar getätigt; der Absatz ist sehr gut, insbesondere vom Ausland. Nach der Anfang März erfolgten Eröffnung des Verkaufes von Formeisen nach dem Inland für das zweite Quartal setzte die Kaufkraft recht reger ein, und die verlangten Mengen übertrafen die der gleichen Vorjahrszeit; auch der Absatz ist gut, und es ist mit Rücksicht auf die rege Bautätigkeit mit einem flotten Absatz zu rechnen. Das Auslandsgeschäft in Formeisen wurde von März ab lebhafter und der Eingang von Spezifikationen bewegte sich in aufsteigender Linie. Die Aufträge auf Erhöhung der Verteilungsquoten für Stabeisen, Bleche und Röhren wurden sämtlich zurückgezogen.

Internationale Depression im Textilgewerbe.

Schon im vorigen Jahre war es die ungünstige Lage der Baumwollindustrie, die die Gesamtlage des Textilgewerbes stark beeinträchtigte. Bis jetzt ist die Richtigkeit noch nicht gewichen, vielmehr zeigt sich in fast allen Ländern, in denen das Textilgewerbe einen breiten Raum einnimmt, eine weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Ganz unbefriedigend ist die Entwicklung der italienischen Textilindustrie, wo speziell das Baumwollgewerbe sich nun schon seit langem in einer höchst mißlichen Lage befindet. Die finanziellen Ertragsnisse der Aktiengesellschaften spiegeln die Trägheit des Geschäftsganges deutlich wieder; fast durchweg mühten Verluste verzeichnet werden. In der Seidenindustrie Italiens wird ebenfalls über höchst ungenügende Aufträge geklagt. Ganz so unerfreulich wie in der italienischen Textilindustrie sieht es in den anderen Ländern nicht aus, immerhin hat sich aber auch in Frankreich der Beschäftigungsgrad merklich verschlechtert, und die Arbeitslosigkeit steigt von neuem an. Es handelt sich nicht etwa um die gewöhnliche Abschwächung, die die tote Saison mit sich bringt, sondern darüber hinaus hat sich eine Depression ausgebreitet, die die Arbeitslosigkeit wieder über die vorjährige hinausreibt.

In der Textilindustrie Großbritanniens hat sich die Entwicklung nicht gleichmäßig vollzogen: in der Baumwollindustrie zeigt sich nach der monatelangen schweren Depression allmählich eine Besserung durch, während in der Wolllindustrie die Gunst sich noch ziemlich hält, dafür aber in der Leinenindustrie bereits eine absolute Verschlechterung eingetreten ist. Eine Depression lastet schon seit länger als einem Jahre auch auf der amerikanischen Textilindustrie. Vornehmlich in der Baumwollindustrie ist der Beschäftigungsgrad sehr gedrückt; die Preisbaufälle am Baumwollmarkt hat auf den Geschäftsgang äußerst unbefriedigend zurückgewirkt. Weniger trübe als in der Baumwollindustrie sieht es in der Woll- und Leinenindustrie aus, aber zufriedenstellend ist der Geschäftsgang auch in diesen Branchen nicht. Zahlreiche Betriebseinsparungen, auch verschiedene Bankrotte, lassen die ungesunde Lage der amerikanischen Textilindustrie erkennen.

Förderungseinschränkung beim Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat. Der Vorstand des Kohlen-Syndikats teilt seinen Mitgliedern durch Rundschreiben folgendes mit: „Mit Rücksicht auf den Ausfall der Beendigungsversammlung in diesem Monat schloß er vor, die Verteilungsanteile für Mai in Kohlen auf 78% Proz. wie bisher, in Koks auf 70 Proz. (75 Proz.) und in Erz auf 80 Proz. (wie bisher) festzusetzen. Die ungünstigen Absatzverhältnisse in Koks nötigen dazu, die bisherige Produktionseinschränkung noch zu erhöhen und einen Satz von 70 Proz. zu beantragen. Der nächsten Beendigungsversammlung sollen diese Vorschläge zur Genehmigung vorgelegt werden.“

Soziales.

Ein Fehlspruch.

Unter dieser Überschrift haben wir in Nr. 92 des „Vorwärts“ vom 19. April auf eine Geschwiderigkeit hingewiesen, die vor dem Richterberger Gewerbegericht unter Vorsitz des Registrarschiffers Dr. Marekly vorgekommen ist. Das Gewerbegericht hatte in einer Sache auf einen Eid für den Beklagten erkannt und diesen Eid, obwohl bei dem Streitobjekt von 124,50 M. die Berufung zulässig war, vor Ablauf der Berufungsfrist abgenommen. Herr Dr. Marekly behauptet in einer Zuschrift an uns, daß die Parteien auf Einlegung der Berufung verzichtet hätten und bittet um Nichtigerklärung unserer Ausführungen. Wir haben daraufhin nachwols mit dem Kläger verhandelt. Dieser bestritt entschieden, auf die Berufung verzichtet zu haben, er behauptet im Gegenteil, daß Herr Dr. Marekly ihm, der das Urteil für nicht aufrechter hielt und dies zum Ausdruck brachte, anheimgestellt habe, Berufung einzulegen.

Da nach ständiger Rechtsprechung ein Rechtsmittelverzicht ausdrücklich und unambiguiert erklärt sein muß, nahmen wir an, daß Dr. Marekly den von ihm behaupteten Verzicht auf die Berufung habe protokolliert lassen. In dem Terminprotokoll, das wir uns verschaffen, steht aber nichts von dem angeblichen Verzicht. Doch eins ist an dem Protokoll interessant: Herr Dr. Marekly hat nämlich unter dem 21. April, also 2 Tage nach Erscheinen unseres Artikels, dem Terminprotokoll folgenden Zusatz gegeben:

„Der Termin ist auf Wunsch der Parteien, die einen möglichst nahen Termin beantragten, angelegt worden, nachdem sie darauf hingewiesen worden sind, daß damit das bedingte Endurteil endgültig erledigt sei.“

Das Einverständnis der Parteien ist als Verzicht auf die Berufung angesehen worden. Richter, den 21. April 1911.

Marekly.

Wir wollen nicht darüber entscheiden, ob dieser nachträgliche Zusatz zum Protokoll, obgleich die Parteien, die Beisitzer und der

Protokollführer unterschrieben sind, zulässig war oder nicht. — Jedenfalls widerlegt dieser Zusatz die Ansicht des Dr. Marekly. In seinem an uns gerichteten Schreiben vom 20. April erklärt Herr Dr. Marekly in bestimmter Weise: „Die Parteien hatten auf Rechtsmittel verzichtet“, während es in seiner Zuschrift zum Terminprotokoll nur noch heißt, „daß das Einverständnis der Parteien als Verzicht auf die Berufung angesehen worden ist“. Herr Dr. Marekly wird nicht bestreiten, daß in seinen beiden Erklärungen ein Widerspruch enthalten ist.

Selbst wenn man aber die Zuschrift zum Terminprotokoll als wahr unterstellt, so ist das immer noch kein „ausdrücklich“, unambiguiertiger Verzicht im Sinne der Reichsgerichtsentscheidungen und deswegen gar kein wirksamer Verzicht.

Dr. Marekly wird selber einsehen, daß sein Hinweis darauf, daß durch Anberaumung eines nahen Termins „das bedingte Endurteil endgültig erledigt sei“, von einem Laien in der Regel nicht verstanden werden kann und im vorliegenden Falle auch nicht verstanden worden ist.

Unsere in dem erwähnten Artikel enthaltene Kritik des Verfahrens muß daher aufrechterhalten werden.

Uebrigens wird aus unserem Leserkreis aus Anlaß dieses Falles darauf hingewiesen, daß, wenn der Eid vor Rechtskraft des bedingten Endurteils geleistet ist, die Eidesleistung als nicht erfolgt gilt. Die Berufungsmöglichkeit gegen das bedingte Endurteil sowohl als auch gegen das Läuterungsurteil ist daher noch gegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen Schwedens

hielten in den Ostertagen zu Stockholm ihren dritten Landeskongress ab. Die Zahl der Teilnehmer betrug 25 und es waren 18 Frauenklubs und 6 Gewerkschaften vertreten. Dem Kongress lag eine große Anzahl von Anträgen vor, die die Gründung eines besonderen Frauenverbandes der sozialdemokratischen Partei zum Ziele hatten; sie wurden jedoch nicht angenommen mit Rücksicht auf die stärkere finanzielle Belastung, die ein solcher Verband für die Mitglieder der Frauenklubs mit sich bringen würde, und may beschloß, die Frage bis zum nächsten Kongress zu vertagen. Es bleibt somit vorläufig bei der losen Verbindung der Frauenklubs durch den gemeinsamen Arbeitsausfluß, der seinen Sitz in Stockholm hat. — Die wichtigste Angelegenheit, die den Kongress beschäftigte, war die Frauenwahlrechtsfrage. Hierüber hielt Bürgermeister Lindhagen den einseitigen Vortrag, dem eine rege Diskussion folgte. Darauf wurde eine Resolution angenommen, durch die sich der Kongress mit den Richtlinien einverstanden erklärt, die die internationalen Frauenkongresse in Stuttgart und Kopenhagen für die Wahlrechtsfrage festgelegt haben, und die dann weiter besagt:

„Im Anschluß daran fordert der Kongress für Schweden

1. die volle politische Gleichstellung von Männern und Frauen;
2. Beseitigung aller Einschränkungen des Wahlrechts für Männer und Frauen, so daß eine durchaus demokratische Verfassung erreicht wird.

Der Kongress fordert die sozialdemokratischen Frauen auf, energisch darüber zu wachen, daß das Wahlrecht für die Frauen nicht an schlechtere Bedingungen geknüpft wird, als das der Männer, und ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß die verheiratete Frau den übrigen Bürgern gleich gestellt und nicht auch ihre Bürgerrechte durch die Steuerklausel aus dem Spiel gesetzt wird.

Der letzte Votus richtet sich namentlich dagegen, daß nach den geltenden Bestimmungen für das Gemeindevahlrecht die verheiratete Frau, die selbst keinen genügend einbringenden Erwerb hat, ihr Wahlrecht insolge Steuerzuschulden des Mannes einbüßen kann.

Der Kongress sprach dann dem Genossen Lindhagen, der schon lange Jahre, vordem er der sozialdemokratischen Partei beitrug, im Reichstoge immer vom neuen für die Frauenrechte tätig war, seine Anerkennung für dieses unablässige Bestreben im Dienste der Befreiung des weiblichen Geschlechts aus.

Der Kongress nahm ferner Stellung zur Arbeiterschutzgesetzgebung und forderte, daß diese Gesetzgebung, wo nicht die Natur der Sache etwas anderes gebietet, ohne Unterschied des Geschlechtes durchgeführt wird. — Im übrigen wurde eine Resolution zur Schul- und Volkshilfsbildung angenommen sowie eine andere zur Witterungsschutzversicherung und Fürsorge für alleinlebende Mütter und ihre Kinder.

In den Arbeitsausfluß wurden die Genossinnen Anna Sterck, Anna Lindhagen, Deslund, Svensson, Engström, Wahlgren und Ström gewählt. Fel. Lindhagen übernimmt auch die Redaktion des Frauenblattes „Vorgondris“.

Der Frauenverband der norwegischen Sozialdemokratie hielt im Anschluß an den Parteitag in Kristiania seine Landesversammlung ab, an der 80 Vertreterinnen aus dem ganzen Lande teilnahmen. Die die Vorsitzende Frau Thynäs in ihrer Eröffnungsrede ausführte, nimmt das Interesse der Frauen für den Verband immer mehr zu. Die norwegischen Frauen und Arbeiterinnen beteiligen sich in wachsendem Maße an den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Mitgliederzahl des Frauenverbandes ist im Jahre 1910 von 1400 auf 1600 gestiegen, und die Zahl der angeschlossenen Vereine von 33 auf 41. Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes hat im Laufe des Jahres verschiedene Eingaben an die staatlichen und kommunalen Behörden und Körperschaften gerichtet, um auch auf diesem Wege zur Lösung wichtiger Fragen beizutragen. Unter anderem handelte es sich dabei auch um die Ausdehnung des kommunalen Frauenwahlrechts auf die nicht Steuern zahlenden Frauen, eine Forderung, die ja inzwischen erfüllt worden ist.

Nach Erledigung des Vorstandsberichtes beschäftigte sich die Landesversammlung mit der Frage: Was kann seitens des Frauenverbandes getan werden, um unsere Frauen für die kommunale Betätigung tüchtig zu machen? Es handelte sich hierbei hauptsächlich darum, Genossinnen, die auf kommunalem Gebiete Tätiges leisten, in größerer Zahl, als es bisher möglich war, für das Amt der Gemeindevorstellung zu gewinnen. Das Referat der Genossin Njos aus Hamar über diese Angelegenheit sowie die rege Aussprache, die sich daran schloß, werden sicher dazu beitragen, jener Aufgabe immer mehr gerecht zu werden. Dann nahm die Versammlung Stellung zu verschiedenen Fragen der sozialen Fürsorge. Den weiblichen Frauenvereinen der Arbeiterpartei wurde Auftrag gegeben, auf die Errichtung kommunaler Arbeiterwohnungen hinzuwirken sowie für die Ausarbeitung und Einreichung von Anträgen auf Gründung kommunaler Kinderheime und Altersversorgungskassen tätig zu sein. Ferner soll der Verbandsvorstand an die Aufsichtskommission der Volksschulen das Ersuchen richten, für eine Verbesserung des Schularztesens zu sorgen, und im übrigen verlangte die Landesversammlung, daß im Dienste des kommunalen Gesundheitswesens mehr weibliche Assistenten als bisher angestellt werden. Schließlich sprach man sich noch für ein Gesetz aus, das den Kommunen das Recht geben soll, eine Verfügung zu erlassen, wonach Brot nur nach Gewicht verkauft werden darf.

Die Wahl des Vorstandes hatte das Ergebnis, daß Frau Thynäs als Vorsitzende, Pauline Johansen als Kassiererin, Frau Nittelberg als Sekretärin wiedergewählt wurden. Als Mitglied des internationalen Sekretariats wurde Frau Gjoseen aus Stavanger gewählt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 3. Mai, 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a: Vortrag: „Die erzieherischen Aufgaben vor und nach der Schulzeit“. Referent: Heinrich Schulz.

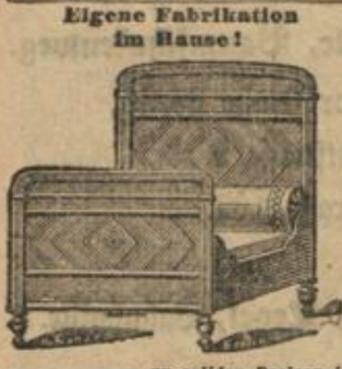
Ruder-Verein „Vorwärts“. Wegen der am Donnerstag fallenden Versammlungen findet die Sitzung am Freitag statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 63, vorn vier Treppen...
R. 26. 25. Angefragter Unterricht erteilt Frau Gertrud Swienty, Charlottenburg, Elstergarten Weg 9...
R. 26. 24. Königsgrüner Straße...
R. 26. 23. Eine Liehe, die mit dem Verhältnis der Geschlechter...
R. 26. 22. Ein Koffer...
R. 26. 21. Ein Koffer...
R. 26. 20. Ein Koffer...

Stier III. 1. Nr. 2. Nur dann, wenn nicht auf Ihrem Verhalten...
Wainzerstr. 6. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 19. 1. Das ist dem Verdrager überlassen...
R. 26. 18. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 17. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 16. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 15. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 14. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 13. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 12. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 11. 1. Die Haushaltungsgegenstände...
R. 26. 10. 1. Die Haushaltungsgegenstände...

Wartpreise von Berlin am 25. April 1911, nach Ermittelung des...
Königlichen Preisprübungsamts. Marktallienpreise (Kleinhandel)...
100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 20,00-30,00...
2. Wahlkreis, W.: Ost-Schmidt, Kirchbachstr. 14, Doppelterre...



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungseinrichtungen
Moderne Musterzimmer - von den einfachsten - stehen zur Ansicht bis zu den elegantesten -
zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. - Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe.
- 2. Wahlkreis, W.: Ost-Schmidt, Kirchbachstr. 14, Doppelterre...
- 3. Wahlkreis: St. Fridr., Reimannstr. 31, Holzeits part.
- 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, St. Franziskanerstr. 130.
- 5. Wahlkreis, Südosten: Carl Böhm, Laubertweg 14/15.
- 6. Wahlkreis: Leo Rucht, Jannaschstr. 12 (Hof).
- Wedding: Karl Weig, Kazarettstr. 49.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, oben part.
- Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lychenerstr. 123.
- Adlershof: Carl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
- Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rudowerstr. 83 II.
- Baumgartenweg: S. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
- Bernau, Röntgenal., Lepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brode, Hohenheime 74, part.
- Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.
- Bohnsdorf und Falkenberg: Alfred Paul, Bohnsdorf, Gesellschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Julius Scharnberg, Selenheimstr. 1.
- Eichwalde, Zeuthen, Hierdorf und Hanks Ablage: Oskar Wähle, Schmalde, SodencaustraÙe 99.
- Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedersdorf-Petershagen: C. Hölzer, Petershagen.
- Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: S. Varajec, Wilmstr. 5 im Steg.
- Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Köpenicker Straße 13.
- Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal: Siegfried, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
- Karlshorst: Richard Küter, Köpenickerstr. 9, II.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Seehofstr. 13.
- Köpenick: Emil Stähler, Köpenickerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seiffel, Krausstr. 4, I.
- Mahlsdorf, Kaulsdorf: Schelle, Mahlsdorf, Balderstr. 14.
- Mariendorf: August Leib, Chaussee 196, Hof.
- Marienfelde: Emil Reinert, Dorfstr. 14.
- Neuenhagen: Johann Hübner, Bollerheide.
- Nieder-Schöneweide: Max Biele, Brüderstr. 14 II.
- Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide: Alfred Haber, Wilhelmstr. 17 II.
- Pankow-Niederschönhausen: Hermann, Köpenickerstr. 33.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: A. Gura, Droningstr. 66, Laden.
- Rixdorf: R. Reinisch, Rixdorfstr. 2, im Laden; R. H. J., Egelstr. 28/29.
- Rummelsburg, Boxhagen: R. Rosenkrantz, III-Boxhagen 55.
- Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
- Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Stöppen, Breiterstr. 64.
- Tegel, Hirschwald, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Hirschwald, Rühnstr. 10.
- Teltow: Wilhelm Hönig, Teltow, Schlenderer Str. 4.
- Tempelhof: Albert Adiel, Berliner Straße 41/42.
- Treptow: Rob. Gramenz, Rixdorfstr. 412, Laden.
- Weißensee: R. R. R. R., Sebanstr. 105, partierre.
- Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 26.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Kastanien-Allee u. Polsterwaren Julius Krause Nr. 40 Komplette Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen. - Teilzahlung gestattet.

Steppdecken in laubster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik Bernhard Strohmandel. Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke (Zweiggeschäft) W., Joachimsthaler Straße 25/26. Reparaturen u. Aufarbeitungen billigst. Illustrierten Preisverzeichniss gratis u. franco.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wiener auf 10 W. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Kanferextrakt.) Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (30 W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54, Grelt-Apothek, Bernauerstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Die reellsten und billigsten Möbel und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie A. Schulz, Reichenderger Straße 5.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden). Neuerscheinungen: Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. Gesammelt und gestaltet von Franz Niederich. - Mit 26 Bildern. Preis gebunden 2 Bände 6 M., in 1 Band 5 M., einzeln pro Band 3 M.

Die Bakterien. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reiss. (10. Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Der industrielle Großbetrieb. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Woldt. (11. Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Parlamentarismus u. Demokratie. Von R. Kautsky. (12. Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Leo Tolstoi-Briefe (1848-1910). Gesammelt und herausgegeben von W. N. Sergejew. Preis broschiert 6 M.

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910. Preis 1 M.

Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher, des Zwangsverbandes für Groß-Berlin betreffend. Abgehalten am 15. Januar 1911. Preis 75 Pf. 245/6*

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek Heft 11. Frauenleiden u. deren Verhütung. Reicht einem Heft: Die Verhütung der Schwangerschaft. Von Dr. J. Zudek. Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Ohne jede Anzahlung verkaufe ich Pianos ortsklassische Fabrikat (Ordnung prämiertes Staatsmedaillen) in allen Holz- und Silberarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. Berlin, Ansbacher Str. 1. Conrad Krause Nehtg., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Riesenfänge unserer Dampfer in Schellfisch und Schollen. Von seltenem Glück beim Fange auf hoher See begünstigt, brachten unsere Dampfer Riesensmengen herrlicher Schellfische und Schollen. - Um diese hochgeschätzten Fische jedem zugänglich zu machen, verkaufen wir Donnerstag, Freitag und Sonnabend: la große Schellfische 25 Pf. | la große fette Schollen 25 Pf. Scholle, gekocht oder gebraten, ist eine Delikatesse. Delikate geräucherte Flundern in Stücken, pr. Pfd. 50 Pf. Seefischkochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“. Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse Telefon: III 8804. Eigene Filialen: Invalidenstraße 131, Prinzessinnenstraße 34, Madaistraße Bogen 8-9, Fruchtsstraße gegenüber, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 111. Niederlagen: Berlin S., Oranienstr. 3, Spandau, Breite Str. 64, Schöneberg, Akazienstr. 31, Weißensee, Langhansstraße 144.

Aromatisch Kräftig Ergiebig Bären-Kaffee Aromatisch Kräftig Ergiebig überall käuflich.

MANOLI Cigarettes Beliebte Specialmarken Abbas Dandy Gibson Girl

Öffentliche politische

Volkerversammlungen

Heute, Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr:

Berlin, Volk-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 „ Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
 „ Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
 „ Germania-Säle, Chausseestraße 110.
 „ Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
 Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3.
 Köpenick, Stadttheater, Friedrichstraße.
 Nowawes, Singers Volksgarten, Priesterstraße 31.
 Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstraße.

Treptow-Baumschulentweg, Sport-Restaurant, Treptow.
 „ „ Speers Festsäle, Baumschulentweg.
 Pichtenberg, Paul Schwarz, Möllendorffstraße 25/26.
 Nimmelsburg, Café Bellevue, Hauptstraße 2.
 Pankow, Zum Kurfürst, Berliner Straße 102.
 Ober-Schönevide, Wilhelminenhof.
 Zegel-Borsigwalde, Trapps Festsäle, Zegel, Bahnhofstr. 1.
 Spandau, Böhle, Havelstraße 20.

Tages-Ordnung:

Die Reichsversicherungsordnung, eine Gefahr für die Arbeiterklasse.

Diskussion.

Referenten: Büchner, Brückner, Jul. Cohn, Eichhorn, Gertrud Hanna, Sildebrandt, Koblenzer, Albert Kohn, Lehmann, Lint, Mollenbuhr, Müller Nürnberg, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Stücklen, Luise Zieh.

Wer nur ein Fünkchen sozialen Empfindens besitzt, muß in den Versammlungen erscheinen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Diefenstraße 16, Alwin Körsten, Engelufer 15.

Holzarbeiter!

Nach dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung soll die

Maifeier durch Arbeitsruhe

begangen werden. Die Ortsverwaltung erwartet von den Mitgliedern die stillste Einhaltung dieses Beschlusses.

Die Maiverammlung

findet statt

vormittags 10 Uhr in der „Neuen Welt“, Gasenheide 108-114.

Referent: Frau Luise Zieh vom Parteivorstand.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich vormittags 8 Uhr in folgenden Lokalen:

- Bürstenmacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
- Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Zimmer 2.
- Einscher im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11.
- Falonschleifer bei Walter, Adalbertstr. 62.
- Kammacher bei Walter, Adalbertstr. 62.
- Riffenmacher bei Kling, Breslauer Straße 28.
- Klavierarbeiter im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
- Korbmacher bei Krause, Ruskauer Straße 20.
- Maschinenarbeiter bei Werlowski, Andreasstr. 26.
- Modell- und Fabrikarbeiter im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.
- Perlmutterarbeiter bei Thomas, Melchiorstr. 5.
- Nahmenmacher bei Behlisch, Stalitzer Straße 22.
- Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.
- Stockerarbeiter und Schirmmacher bei Lehmann, An der Straßauer Brücke 3.
- Vergolder im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Arbeitslofen-Saal.
- Outformenschleifer im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Sadentischler im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Die Tischler, Drechsler und Polierer treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Werkstattsituationen abhalten und gehen von dort nach der „Neuen Welt“, Gasenheide 108/114.

Die Holzarbeiter der Vororte versammeln sich in: Nimmelsburg bei Tempel, Hauptstraße. Friedrichsfelde bei G. Schulz, Wilhelmstr. 11. Weihensee im „Prälata“, Lehderstr. 122. Noabit bei Hube, An der Noabiter Brücke.

Die Holzarbeiter in Lichtenberg nehmen an der Versammlung bei Schwarz, Möllendorffstr. 25, teil. Jeder feiernde Kollege erhält zur Kontrolle eine Naimecke in der „Neuen Welt“.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Die Arbeitslosen brauchen am 1. Mai die Arbeitsnachweise nicht zu besuchen und auch die Arbeitslosenkarten nicht stempeln zu lassen.

Das **Verbandsbureau** ist am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen!

Donnerstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15:

Gemeinsame Generalversammlung für Berlin u. Vororte.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Achtung! Wähler Rixdorfs! Achtung!

Freitag, den 28. April 1911, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Gasenheide 108-114:

Volk-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Auf der Suche nach einer Wahlparole.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil.

Freie Diskussion.

Angehörige aller Parteirichtungen willkommen.

Massenbesuch erwartet Der Einberufer: Alfred Scholz, Bellestr. 23.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3. 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3. 1987.

Heute, Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:

Allgem. Klempner-Versammlung

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Situation in unserem Beruf und was Gedanken wir zu tun? Referent: Kollege Cohn. 2. Diskussion.

Kollegen! Erscheint in Massen, rüttelt die Säulen auf. Kein Klempner darf in dieser Versammlung fehlen.

Nach Beschluß der Generalversammlung vom 2. April soll für Spandau ein Agitationsleiter angestellt werden. Bewerber, die mindestens fünf Jahre organisiert sein müssen, werden ersucht, ihre Bewerbung bis spätestens 5. Mai d. J. bei der Ortsverwaltung Berlin, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, einzureichen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin. Geschäftsstelle: O. 54, Pulaski-Str. 10 L. Fernsprecher: Amt 3, 4518.

Sonntag, den 30. April, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1911. 2. Maifeier. 3. Verbandsangelegenheiten. 42/15*

Es ist Ehrenpflicht der Mitglieder, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. — Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte legitimiert, ohne Buch oder Karte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelfabrik liefert bürgerliche Wohnungsrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mögliche Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 14865

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I):

General-Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1911. 2. Verbandsangelegenheiten.

Die Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter, welche am 27. April stattfinden mußte, fällt wegen der Generalversammlung am 30. April aus. Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltungsstelle Berlin. Der Protektionsversammlungen wegen fällt die heutige Generalversammlung aus.

Sie findet am 8. Mai, gleich nach Feierabend, im Gewerkschaftshaus statt.

Am 1. Mai, vormittags 9 Uhr: Versammlung in „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15. — Referent: Dr. A. Bernstein. Der Vorstand.

Achtung! Am 1. Mai Achtung!

bleibt auch in diesem Jahre mein Geschäft geschlossen.

Arbeiter-Amüje **Wilhelm Pahr**, Brunnenstraße 116.



An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden. Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie. **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Theaterprozeß gegen den König von Preußen.

Wegen den König von Preußen als Besitzer der königlichen Hoftheater richtete sich eine Klage, die vor dem allein zuständigen Gericht, dem „Geheimen Justizrat“, von der Opernsängerin Emma Hehlöhl vom Hoftheater in Wiesbaden angestrengt worden war und die gestern im Kammergerichtsgebäude zur Verhandlung gelangte. Der Gerichtshof setzte sich zusammen aus dem Senatspräsidenten Schäfers, der den Vorsitz führte, und vier Kammergerichtsräten. Die Klägerin war durch die Rechtsanwältin Dr. Neumann-Frankfurt a. M. und Justizrat Berl. Berlin vertreten, die Interessen der Krone nahm Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff wahr. Die Vorgeschichte der Klage geht auf einen Vorfall am Wiesbadener Hoftheater im Juli v. J. zurück. Es wurde „Tristan und Isolde“ gegeben, worin die Titelheldin von der Sängerin Frau Kartha Zeffler-Burkhardt gegeben wurde, während die Rolle der Brangäne von der Klägerin gespielt wurde. In der Szene, in der Brangäne die Isolde nach ihrem Wutausbruch zu einem Ruhebett geleiten soll, kam es zu einem Streit zwischen den beiden Künstlerinnen, der allerdings im Publikum nicht gemerkt wurde. Frau Hehlöhl soll der Darstellerin der Isolde zugerufen haben, sie solle rascher zum Ruhebett gehen. Die Klägerin behauptet nun, sie sei zu diesem Ruf berechtigt gewesen, denn Frau Zeffler-Burkhardt habe ihr beim Führen zum Ruhebett so viel Widerstand geleistet, daß sie kaum ihre Rolle weiterbringen konnte. Frau Zeffler-Burkhardt wieder fühlte sich durch den Ruf in ihren Rechten so aufgeregt, daß sie nur durch vieles Zureden bezwungen werden konnte, weiterzuspielen. Wegen dieses Streites der Künstlerinnen mußte der „Geheimen Justizrat“ in Bewegung gesetzt werden. Frau Hehlöhl erhielt nämlich wegen ihres Verhaltens eine Disziplinarstrafe von 10 M. Da ihre Beschwerde gegen die Strafe erfolglos blieb, klagte sie auf Zurückverweisung der Summe an und erwirkte sie durch den Antrag, ihr eine angemessene Entschädigung dafür zu zahlen, daß sie nach dem Zwischenfall nicht mehr in vollwertigen Rollen, entsprechend ihrer Künstlerkraft, beschäftigt worden sei. Das Urteil ging dahin, daß der König von Preußen verurteilt wurde, an die Klägerin die 10 M. zurückzugeben. Im übrigen wurde die Klage abgewiesen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß es sich bei den 10 M. nicht um eine Strafe handelte, sondern um einen Gehaltsabzug, der im Disziplinarwege verhängt worden war. Es war zu untersuchen, ob der Abzug berechtigt war. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß das nicht der Fall war. Der übrige Teil der Feststellungsklage wurde abgewiesen, da nicht erwiesen sei, daß die Klägerin von dem Intendanten säkularisiert wurde. Es sind ihr auch nach dem Zwischenfall noch Rollen übertragen worden, welche Rollen, das mußte der Entscheidung der Intendantur vorbehalten bleiben.

Ein Nachspiel zu einer Szene im Reichstagsfoyer

Beschäftigte gestern die 129. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Fiedler. Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs waren die Redakteure der Zeitung des sozialdemokratischen Gastwirtschaftlichen Vereins Albert Baumeister und Hugo Fehlig angeklagt. Diese Anklage hat folgende, unseren Lesern bekannte Vorgeschichte. Eines Tages geriet der Reichstagsabgeordnete Hecker, welchem die Verwaltung und die Aufsicht über die Bibliothek, die Restaurationseinrichtungen usw. in dem Reichstagsgebäude untersteht, in dem Restaurant mit dem dort seit mehreren Jahren angeheirateten Kellner Edling in etw. Gespräch. In der Unterhaltung erwähnte Edling, ohne sich irgend etwas Arges dabei zu denken, daß die Köche stets etwas unpünktlich bezahlt würden und er am Mittwoch noch nicht das schon am vorherigen Sonnabend fällig gewesene Gehalt ausgezahlt erhalten habe. Diese harmlose Bemerkung sollte für E. sehr unangenehme Folgen haben. Der Abgeordnete Hecker beschwerte sich bei der Direktion der Hotelbetriebs-Gesellschaft, welcher der Betrieb des Reichstagsrestaurants untersteht, über diese Unpünktlichkeit. Anstatt nun einfach durch pünktliche Lohnzahlung auf die allereinfachste und nächstliegende Weise die Beschwerde aus der Welt zu schaffen, kühlte man an dem „betrügerischen“ Kellner sein Mißgeschick. Als er am anderen Tage seinen Dienst antreten wollte, wurde ihm erklärt, daß er entlassen sei und die Räume nicht mehr betreten dürfe. Auf die Vermittlung des Abgeordneten Hecker nahm der Direktor Krause von der Hotelbetriebs-Gesellschaft die Entlassung zurück. In demselben Abend aber wurde E. von dem Direktor Egan endgültig entlassen. Dieses, wie E. behauptet, rigorose Vorgehen, durch welches er um seine gute Stellung gebracht sei, rief in den Kreisen der Kellner und Gastwirtschaftlichen große Entrüstung hervor. Von dem Vorsitzenden Rau des Senats Hotel- und Restaurationsgehilfen-Vereins wurde deshalb zum 15. Februar d. J. eine Nachversammlung einberufen. Nach einer Klarlegung des Sachverhalts entstand in dem Vorstand des Verbandes eine Meinungsverschiedenheit, ob eine Disziplinierung zugelassen werden sollte oder nicht. Die Angehörigen der übrigen Vereine verlangten mit allem Nachdruck die Zulassung einer Disziplinierung. Zu diesen gehörten auch die beiden Angeklagten. Bei großer Unruhe ordnete der Versammlungsleiter Rau plötzlich an, daß sämtliche nichteingeladenen Gäste den Saal zu verlassen hätten. Die beiden Angeklagten folgten dieser Aufforderung nicht, sondern protestierten energisch gegen diesen gewaltsamen Dinauswurf. Die Folge war die jetzige Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Der Amtsanwalt hielt nur einfachen Hausfriedensbruch für festgelegt und beantragte je 15 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Wolfgang Heine hielt die Freisprechung aus rechtlichen und tatsächlichen Momenten für geboten, da die Angeklagten, die im Besitze einer Einlaßkarte waren, zum mindesten sich für berechtigt halten konnten, an der Versammlung teilzunehmen. Das Gericht trat dieser Ansicht bei und erkannte auf Freisprechung.

Urteil im Nachspielprozeß.

Die Veraktung der Geschworenen endete am Mittwoch nach 1 Uhr morgens mit folgendem Wahrspruch: Der Angeklagte Margolin ist der schweren Urkundenfälschung durch drei selbständige Handlungen unter Verlesung mildernder Umstände schuldig. In einem Falle der Beschuldigung verneint die Geschworenen die Schuldfrage. Die Angeklagte Fröhlich ist der schweren Urkundenfälschung durch eine sorgfältige Handlung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände schuldig. Das Urteil des Gerichts ging gegen 3 1/2 Uhr morgens dahin:

Der Angeklagte Margolin wird zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren, die Angeklagte Fröhlich zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Beiden Verurteilten werden drei Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Gastpflicht des Gastwirts für gefährliche Durchgangsfenster.

In neuerer Zeit ist es üblich geworden, in größeren Restaurants Durchgangsfenster anzubringen, die eine bis auf den Fußboden reichende große Scheibe aufweisen. Bei schönem Wetter und großem Verkehr werden diese Fenster hochgestellt, so daß durch sie eine bequeme Verbindung mit dem Restaurant und der Außenwelt besteht. Daß derartige Scheibefenster, die im Sommer bald offen stehen, bald geschlossen sind, für den Gast dann gefährlich werden können, wenn sie in geschlossenem Zustande nicht irgendwie die Aufmerksamkeit des Publikums erregen, ist leicht denkbar. Das Reichsgericht hat am Dienstag in einem solchen Falle den Gastwirt zur gastpflichtig erklärt, weil er die

heßen, glatten Scheiben weder durch eine Aufschrift noch durch Verzierungen versehen hat, wodurch verabsäumt worden sei, das Publikum zu jeder Zeit auf den geschlossenen Zustand der Fenster aufmerksam zu machen.

Klage erhoben hatte der Referendar K. in Düsseldorf gegen den Besitzer B. des Restaurants „Zum Schauspielhaus“ in Düsseldorf. Der Kläger hat sich am 22. Juni 1908, nachmittags gegen 8 Uhr, auf der Terrasse des genannten Restaurants aufgehalten. Die Terrasse ist mit dem Restaurant durch ein Durchgangsfenster verbunden. Dieses Fenster hatte der Kläger durchschritten, um nach der Toilette zu gehen. Inzwischen hatten Fensterputzer das Fenster heruntergelassen und die große Scheibe gepußt, das Fenster aber nicht wieder hochgezogen; ebenso ist nicht wie üblich der Vorhang vorgezogen worden. Als der Kläger nach etwa 15 Minuten zurückkehrte, ließ er in die Scheibe des Durchgangsfensters hinein und verletzte sich erheblich. Er macht nunmehr Ansprüche auf Ersatz von 335,50 M. Heilungskosten und Schadloshaltung für allen weiteren Schaden sowie Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 3000 M. geltend.

Alle drei Instanzen erkannten zugunsten des Klägers.

Drei Monate Gefängnis für — 10 Pfennige.

Der Arbeiter Friedrich Puttkammer aus Stolp ließ sich verleiten, auf der elektrischen Straßenbahn ohne Fahrkarte, die nur 10 Pf. kostete, zu fahren, trotzdem er darauf aufmerksam gemacht wurde. Als er nun merkte, daß der Wagenführer aufmerksam wurde, verschwand er auf der nächsten Haltestelle. Er wurde von der Strafkammer in Stolp zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Handlungsgehilfensduh.

Herr Grundel hat in Berlin eine Bäckereifirma, in der er zwei Damen als Handlungsgehilfinnen beschäftigt. Sie hatten im Rahmen der Geschäftszeit eine gewisse Selbständigkeit der Einteilung ihrer Tätigkeit. Nun ist es bei dieser Einteilung vorgekommen, daß die durch die Gewerbeordnung vorgeschriebene ununterbrochene stündige Ruhepause vom Abend zum Morgen nicht innegehalten wurde. Dafür wurde Grundel strafrechtlich verantwortlich gemacht. Das Landgericht I verurteilte ihn zu einer Geldstrafe, indem es ausführte: Wenn G. auch den Angestellten ein sehr großes Maß von Selbständigkeit eingeräumt haben möge, so wäre er doch verantwortlich dafür, daß die gesetzliche Ruhezeit innegehalten werde. Er müsse auf jeden Fall dafür sorgen.

Das Kammergericht stellte sich am Dienstag auf denselben Standpunkt und verworf die gegen dies Urteil eingelegte Revision.

Ein des Nordversuchs Gefährlicher freigesprochen.

Der Bergmann Paul in Adlingshausen war seit 15 Jahren verheiratet; seine Frau hatte ihm acht Kinder geschenkt; da nahmen sie einen Kostgänger bei sich auf, und es entwickelte sich ein Liebesverhältnis zwischen ihm und der Frau. Der Ehemann bekam um Neujahr herum davon Kenntnis. Da er wegen der Kinder eine Trennung nicht wollte, stellte er das Paar zur Rede und nahm ihm das Versprechen ab, das eheliche Verhältnis aufzugeben. Aber vier Wochen später wurden die beiden auf einem Spaziergange doch wieder zusammen gesehen. Man hinterbrachte es dem Ehemann, der nun den Plan faßte, seine Frau, den Liebhaber und sich selbst zu töten. Er kaufte sich einen Revolver und stellte das Paar erneut zur Rede. Als beide leugneten, gab er einen Schuß auf den Revolver seiner Ehre ab, der diesen am Kopfe streifte. Der Liebhaber entwand ihm die Waffe und schlüßte. Paul wurde wegen versuchten Totschlags vor dem Vorkammer-Schwurgericht unter Anklage gestellt. Mit tränenreicher Stimme gab er zu, daß er die Absicht gehabt habe, den Liebhaber seiner Frau zu töten. Trotzdem verneint die Geschworenen sämtliche Schuldfragen, worauf das Gericht auf Freisprechung erkannte. — Die Geschworenen hatten wohl mit Recht angenommen, der Angeklagte habe sich in einer seine Zurechnungsfähigkeit ausschließenden Aufregung befunden.

Aus aller Welt. Erstklassige Menschen.

Durch die Zeitungen wird ein Sterbepfeil gegen den Mittergutsbesitzer Mag. v. Drenken erlassen. Wir erfahren da, daß der edle Freiherr flüchtig ist und sich verborgen hält. Das Schöffengericht in Paderborn hat nämlich gegen den „Ramm von Stand“ eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verhängt. Auf seinem Schlosse bei Paderborn hatte der Freiherr v. Drenken einen gleich hochgestellten Herrn, den Freiherrn v. Romberg, zu Gast. Im „Athenaal“ war man lange recht lustig gezeihen, und als es den Herren etwas kalt wurde, drangen sie ohne weiteres in das Schlafzimmer eines Bedienten ein und heizten dem Manne gemeinschaftlich den Kopf ein, daß er jämmerlich mißhandelt, halbnackt aus dem Schloß flüchten mußte und im nahen Dorfe Zuflucht suchte. Der Diener war so von den freiherrlichen Kaufholden geschlagen worden, daß er lange in der Universitätsklinik in Göttingen behandelt wurde. Beide Freiherrn sollen verbestraft sein wegen Gewalttätigkeiten, früher war aber die Gefängnisstrafe in standesgemäße Festungshaft umgewandelt worden. Dies wurden sowohl die Verurteilungen verworfen als auch die Gnaden Gesuche abgelehnt. So riß der edle Held aus Romberg hatte 2 1/2 Monate Gefängnis bekommen. Er soll in der Schweiz, v. Drenken soll in Italien sein.

Wir wollen hierbei in Erinnerung rufen, daß sich seinerzeit ein zentrumschriftlicher Arbeiter öffentlich darüber beschwerte, daß ein Zentrumsblatt eine Einfindung über die rohe Mißhandlung des Dieners durch die beiden Freiherrn nicht aufnehmen wollte.

Im Kampfe mit Schmugglern.

In der letzten Nacht versuchten Schmuggler zwischen Patrone und Duffigne (Provinz Luxemburg) Waren über die belgische Grenze zu bringen, wurden aber von zwei Zollbeamten, die sich am Waldestand versteckt hatten, aufgehalten. Einer der Schmuggler feuerte sofort auf die Grenzbeamten und verwundete einen von ihnen am Kopfe. Als der zweite Zollbeamte fortstürzte um Hilfe herbeizuholen, mißhandelten die Schmuggler den verwundeten derart, daß er die Besinnung verlor und bald verstarb. Als Hilfsbeamte herbeieilten, flüchteten die Schmuggler unter Juräufassung mehrerer Tüde mit Tabak und Zigarren, gaben aber noch auf der Flucht mehrere Schüsse auf die Zollbeamten ab und verwundeten noch zwei von ihnen. Einer der Schmuggler ist erkannt worden, seine Verhaftung steht bevor.

Er kennt seine Pappenheimer.

Herr Professor Suchsland in Halle a. S., bekannt als Antwalt agrarischer Forderungen, scheint in sich große Fähigkeiten zum Abonnementensammler entdeckt zu haben. Unser „Halle'sches Parteiblatt“ ist in der Lage, folgendes Zirkular zu veröffentlichen:

Halle a. S., d. 22. 4. 11.

Im Auftrage einiger hiesigen Großindustriellen, von denen ich Ihnen E. Weise zu nennen bevoollmächtigt bin, er-

laube ich mir ergebenst Ihnen folgende Angelegenheit zu unterbreiten.

Es ist von diesen für zweckmäßig gehalten, möglichst viele Arbeiter mit guter Zeitungslektüre zu versehen, und glaubt man, daß hierzu die „Halle'sche Zeitung“ am geeignetsten ist, weil sie ohne Korgelei patriotische Standpunkte vertritt. Die Herren haben nun mit dem Verlag der „H. Z.“ ein Abkommen dahin getroffen, daß ihnen die Zeitung mit 1,50 M. pro Quartal geliefert und direkt an die Adresse der Arbeiter bestellt wird. Eine Firma hat für alle ihre Arbeiter abonniert, ein anderer Herr läßt aus seiner sehr zahlreichen Arbeiterschaft von Vertrauensleuten eine Auswahl besonders zuverlässiger Männer treffen und abonniert für diese.

Meine ergebene Bitte geht nun dahin, daß Sie sich freundlich die Sache überlegen und sich vielleicht auch an diesem patriotischen Unternehmen beteiligen. Da die Zeit drängt, würde eine direkte Verhandlung mit dem Verlag der „H. Z.“, welcher über meine Bitte informiert ist, das zweckmäßigste sein.

Mit ergebenstem Gruß (gez.) Prof. Suchsland.

Es muß mit dem konservativen Blatte sehr schlecht stehen, wenn Herr Prof. Suchsland ausdrücklich betont, daß die Zeit drängt. Nur so ist es auch zu verstehen, daß die konservative „Halle'sche Zeitung“ nach dem Muster der Ramsdazare Ausverkaufspreise macht, kostet doch sonst das von Suchsland so warm empfohlene Blatt 2,50 M. pro Quartal.

Da Professor Suchsland in seinen Schriften einseitig agrarische Interessen vertritt, sich hier aber als Abonnementensammler an die Großindustriellen wendet, darf man wohl annehmen, daß er seine Freunde, die Junker, zu genau kennt, um ihnen Opfer für „patriotische Unternehmungen“ zuzumuten. Diese Ueberzeugung dürfte er mit vielen anderen Leuten teilen.

Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Wie alles im „freien Amerika“ ins Gigantische geht, mag es sich um Unglücksfälle oder Riesenergebnisse, Wahlschwünbelien oder Steuerhinterziehungen handeln, so nimmt der Yankee auch für sich in Anspruch, die kolossalsten Wohnhäuser zu besitzen. Jetzt sind in New York die Baupläne für einen neuen Wolkenkratzer fertig gestellt worden, dessen Höhe 750 Fuß betragen soll. Das Haus selbst wird 30 Stockwerke und der Turm auf ihm 25 Stockwerke umfassen.

Kleine Notizen.

Räuberischer Anschlag. Auf der Chaussee zwischen Dorstel und Groß-Schwichten in der Mark ist der Postbeamte Kuhl überfallen worden. Raubanten fanden den Postbeamten schwer verwundet neben seinem Rade im Chausseegraben liegen. Wie der durch zwei Revolverkugeln Verletzte angab, ist er durch einen Radfahrer, der ihn auf der Chaussee überholte, angegriffen worden. In seiner Todesangst fuhr Kuhl weiter, bis er ohnmächtig zusammenbrach.

Vom Gipselwerke germalmt wurde das 5 Jahre alte Söhnchen des Eigentümers Lipke aus Schmargendorf in Pommern. Es war über die Triebstange gesteuert und geriet dabei in die Stuppelung. Das Kind starb auf der Stelle unter den größtmöglichen Schmerzen.

Wie die Agrarier das Land versehen. Auf dem Rittergute Wular in Pommern wurde bei vier russisch-polnischen Schnittern Erkrankung an Pocken festgestellt. Die Erkrankten wurden im Lazarett isoliert.

Schweres Grabenunglück in Holland. Auf der städtischen Kohlengrube Emma bei Heerlen wurden zwei Arbeiter durch einen Einsturz getötet, sechzehn Arbeiter wurden verwundet, darunter drei schwer. Zwei Arbeiter werden vermisst.

Betrüger und Brandstifter. Der Gattervorsteher eines Bahnhofs bei Lyon ist verhaftet worden unter dem dringenden Verdacht, das Gattermagazin in Brand gesteckt zu haben, um hierdurch die Aufhebung von ihm verübter Veruntreuungen und Forderung diebstahl zu verhindern.

Ueberschwemmung in Argentinien. Infolge starker Regengüsse ist der Fluß Rio Chuelo aus den Ufern getreten und hat die Umgegend und den niedrig gelegenen Teil der Stadt Buenos Aires überflutet. Zahlreiche Häuser sind geräumt worden, fünfhundert Familien, die obdachlos sind, wurden in Kirchen und Schulen untergebracht.

Eingegangene Druckschriften.

- Die Elektrizitätsversorgung Bayerns. Von Dr. C. Streeb. 1,50 M. J. C. Huber, Düssel-München.
Sätze und Aussätze. Von B. Springer. 2,30 M. Dreilinden-Verlag, Karlsruhe.
Wir suchen Menschen! Von A. Emden. 8 M., geb. 4 M. Rosenbaum u. Hart, Berlin W. 35.
Zum Koffin! Gedichte von R. Schadel. 96 S. — Herze. Roman von H. v. Schullern. 3,50 M. — Winterernte. Tragödie von H. Komajeth. 116 S. C. Koenig, Wien I.
Die Gesellschaft. Bd. 37/38. Das Geer. Von R. Weibren. 3 M., geb. 4 M. — Bd. 39. Der Schriftsteller. Von R. Schuler. 1,50 M., geb. 2 M. — Japan im Kampf. Von R. Karzen. 2 M., geb. 3 M. Kallien u. Voening, Frankfurt a. M.
Jahresbericht 1910 des Zentralverbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zentralvorland). 1 M. H. Kähler, Berlin SO. 33.
Die Puppen der kleinen Dorette. Novellen von Gänler Hoffmann. Umhüllungszeichnung von P. Telemann. 2 M., geb. 3 M. R. Schlein Kachy, Berlin.
Kunstbuch für Schriftsteller. Feder-Verlag, Berlin W. 30. 1.— M.
Wierzig Jahre Zentrum! Das Zentrumprogramm erläutert durch Freiherrn v. Hertling, Dr. Vorst, Dr. v. Orterer, Dr. Schöller, Freiherrn v. Landsberg, Dr. Karl Baehem. Verlag der „Germania“, Berlin O., 2 40 Pf.
Die Denkwürdigkeiten Giacomo Casanovas. 2 Bände. 615 und 576 S. Pan-Verlag, Berlin W.
Tiebes. Roman von Helene Böhlau. 6,50 M., geb. 7 M. A. Langen, München.
Die preussisch-bessische Eisenbahngemeinschaft. Von Dr. Magnus Biermer. Prof. 3 M. C. Roth, Gießen.
Therese. Roman von H. Stegemann. 4 M. — Eine irrende Seele. Roman von Helene v. Böhlau. 5 M. — Die Weltbrand-schmiede. Roman von H. Schradl. 3,50 M. — Das Leben der Kette von Gatte. Roman von E. v. Bonin. 3,50 M. — C. Fleißel u. Co., Berlin.
Von Dichtern, Juristen und kleinen Mädchen. Geschichten von D. Heinemann. Schönders Verlag, Berlin S. 14. 2 M., geb. 3 M.
Aus Natur und Geisteswelt. 77. Annahmpage in Haus und Heimat. Von H. Bärner. — 324. Die großen Physter und ihre Leistungen. Von F. H. Schulte. — 337. Experimentelle Biologie. Von C. Iffing. — 343. Werdegang der modernen Physik. Von H. Keller. Einzelb. 1 M., geb. 1,25 M. D. G. Teubner, Leipzig.
Walzac's Menschliche Komödie. 16. Band. 4 M., geb. 5 M. Insel-Verlag, Leipzig.
Kavaliersperspektive von Baron Eugen von Baerth. Herausgegeben von G. Conrad. 323 S. — Das Buch der Liebe. (Strindbergs Werke.) 299 S. G. Müller, München.
Jung-Ingara. Monatschrift. Heft 4. Herausgegeben von E. Schöler. Berlin. G. Köhlers Verlag, Berlin. 1,50 M.
Wie herliche ich mich auf die Meisterprüfung vor? Von B. Weber. 1 M. H. Weber, Berlin SW. 68.
Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie. Von J. Klerck. 25 Pf. Volkshandlung, Halle a. S.
Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus. 4. Heft. 3. Band u. Co., Wien VI.

Maizeitung 1911

foeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. U. a.: „Sturmtraum“ von Franz Diederich — „Maiser und Reichstagswahl“ von S. Müller — „Die Jugend vor der Front“ von Karl Korn — „Die Frau in der heutigen Gesellschaft“ von Hermann Wendel — „Die Gewerkschaftsbewegung — eine Kulturbewegung“ von Paul Umbreit — „Der Weltfriede und das Proletariat“ von Ph. Scheidemann. Preis 10 Pfennig.

□□□ Künstlerische Illustrationen. □□□

Buchhandlung Vorwärts : : : Berlin SW. 68 : : : Lindenstraße 69 (Laden).

Phänomenen-Gold Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 27. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Rada, Solazzi.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Sommerspiele. Die Königin.
Neues königl. Opern-Theater.
Der Feigenmacher von Rittenwald.
Neues Schauspielhaus. Alt-Deibelberg.

Leistung. Glaube und Heimat.
Komische Oper. Tosca.
Kleines. Der Lehrgardist.
Berliner. Hummelstuden.
Westen. Die lustigen Hibelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Kunstspielhaus. Der Registrator auf Reisen.

Trianon. Théodore u. Cie.
Residenz. Fernands Ehekontrakt.
Thalia. Pointische Witze.
Schiller O. Esauier. Theater.)
Der Traum ein Leben.
Schiller. Charlottenburg. Der Himmel auf Erden.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kafkennluft.

Herrnfeld. Scheidungs-Souper. Die Bar-Schwester.
Neues Overetten. Der Graf von Luxemburg.
Volkoper. Amalia. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Aus erster Ehe.
Moderne. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Rose. Mutterjegen.
Volke. Caprice. Werheim wird nicht III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!

Kafino. Zwei Sappen.
Boigt. Die Millionenerbin.
Apsara. Spezialitäten.
Wahage. Spezialitäten.
Road. Der Flüchtling.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wolfskalla. Drama! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Intime. Rastardel. Madame Madeline.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Schiller-Theater O. Böhmer. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Liebelel. Hierauf: Literatur.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Himmel auf Erden.
Freitag, abends 8 Uhr: Liebelel. Hierauf: Literatur.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Im Klubbessel.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater. Zum 75. Mal: Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die alte Vorstellung.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustigen Hibelungen.
Sonn. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, den 27. April, 8 Uhr: Kasernenluft.
Morgen und folgende Tage: Kafkennluft.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Fernands Ehekontrakt.

Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
Schluss der Spielzeit:
Sonntag, den 30. April.
Biedereröffnung Donnerstag, den 3. August.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
Schausp. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt nach einer Erzählung von G. Courtis Rabier.

ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterjegen.
Schauspiel in 3 Akten v. Friedrich Freitag: Robert und Vertram.

Metropol-Theater.
Geschlossen.
Sonnabend, den 29. April 1911:
Zum erstenmal:
Roheit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Hellon.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schulz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Beyte Tage
des gr. Weststadt-Programms.
9 1/2 Uhr:
Heinrich Prang
in seiner besten
Ein Gemütsmenschen.

WINTERGARTEN
Letzte Woche!
Der sprechende Hund
„Don“
und weitere
12 Attraktionen 12
U. a.:
Roda Roda.
Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als
Mieze
im
Hosenrock

Casino-Theater
Lothringer Straße 37.
Von Presse und Publikum anerkannt!
Großartigster Lacherfolg!
„Zwei Wappen“
von Blumenthal und Habelburg.
Dazu: Tartakoffs Kasaken-Exerzition.
Sonnag 3 1/2 Uhr: „Marianne“
(ein Weib aus dem Volk).

Reederei Kahnt & Hertzner
Telephon: Amt VII, Nr. 2002.
Achtung! Dampfer-Extrahfahrt ab Waisenbrücke
nach Teupitz am Sonntag, den 30. April.
Abf. 7 1/2 Uhr vorm. den u. zurück 2 P. im Vorort. b. Sonnabend 1,50 P.
Außerdem: Abm. 3 Uhr nach Fraibad Grünau—Krampeburg—Ziegenhals.
Ein u. zurück 40 St. Sinder die Hälfte.

Freie Volksbühne
Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Schriftstellers Max Grunwald über: **Goethe.**
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
3. Revisionsbericht.

Antrag des Vorstands-Ausschusses und der Obleute:
Erweiterung der Verwaltung.
Eröffnung eines Verwaltungsbureaus in Berlin vom 15. August ab.
Diskussion und Abstimmung.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Neues Schauspielhaus: **Agnes Bernauer**
Thalia-Theater: **Moral.**
Herrnfeld-Theater: **An des Reiches Pforten**
Residenz-Theater: **Die 300 Tage.**

Gastkarten für Familienangehörige der Mitglieder sind bei den Obleuten im Theater erhältlich.
240/18 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 32. Zimmerstr. 90-91
Täglich nachmittags und abends
Große Konzerte
ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen
bei freiem Eintritt.
Vorzügliche Küche, Spezialauschank von Münchener Mathäuser Bräu.

Potsdamer Sport-Palast
Str. 72/72a Potsdamer Str. 72/72a
Auf vielseitigen Wunsch bleibt bis auf weiteres geöffnet als:
Größter Eispalast der Welt.
Allabendlich:
Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattung-Feerie
„Eisfest an der Nawa.“
Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
Nach 5 Uhr M. L., reservierter Platz M. 2.—.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnentstraße 16.
Der Flüchtling.
Schauspiel in 3 Akten. Roman des „Berl. Morgenpost“ v. G. Giller.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entree 30 St. bis 1 Mark.
Vorzugskarten, überall zu hab., gültig.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Bahstraße 58.
Donnerstag, den 27. April 1911:
Ehrenabend f. d. Kassierer D. Bärtsch
Schauspiel von Bernhard Kofe:
Die Millionenerbin.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
wird platzen!
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Reederei Kahnt & Hertzner
Telephon: Amt VII, Nr. 2002.
Achtung! Dampfer-Extrahfahrt ab Waisenbrücke
nach Teupitz am Sonntag, den 30. April.
Abf. 7 1/2 Uhr vorm. den u. zurück 2 P. im Vorort. b. Sonnabend 1,50 P.
Außerdem: Abm. 3 Uhr nach Fraibad Grünau—Krampeburg—Ziegenhals.
Ein u. zurück 40 St. Sinder die Hälfte.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Reederei Kahnt & Hertzner
Telephon: Amt VII, Nr. 2002.
Achtung! Dampfer-Extrahfahrt ab Waisenbrücke
nach Teupitz am Sonntag, den 30. April.
Abf. 7 1/2 Uhr vorm. den u. zurück 2 P. im Vorort. b. Sonnabend 1,50 P.
Außerdem: Abm. 3 Uhr nach Fraibad Grünau—Krampeburg—Ziegenhals.
Ein u. zurück 40 St. Sinder die Hälfte.

Reederei Kahnt & Hertzner
Telephon: Amt VII, Nr. 2002.
Achtung! Dampfer-Extrahfahrt ab Waisenbrücke
nach Teupitz am Sonntag, den 30. April.
Abf. 7 1/2 Uhr vorm. den u. zurück 2 P. im Vorort. b. Sonnabend 1,50 P.
Außerdem: Abm. 3 Uhr nach Fraibad Grünau—Krampeburg—Ziegenhals.
Ein u. zurück 40 St. Sinder die Hälfte.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungs-Park.
Hasenheide 108/114.
Neue Direktion. . . .
Neue Schaustellungen.
Neue Belustigungen. . . .
Eröffnung am 29. April.

Zirkus Busch.
Donnerstag, den 27. April 1911,
abends 8 Uhr:
Große Gala-Vorstellung!
Nur noch 3 Aufführungen des gr. Volks-Manege-Schaustücks
„Armin“.
Vorher das große Galaprogramm.
Sonnabend, 29. April,
abends 8 Uhr:
Premiere
der neuen großen Frühjahrs-Pantomime
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.
Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch.

Herrnfeld Theater
Sensations-Erfolg
der drei Nobilitäten
Das Scheidungs-Souper
von Julius Herf.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mella
die gefeierte russische Tänzerin.
Lina Loos
mit neuem Repertoire.
Patty Frank Truppe
Helfermeister d. Afrobauff
Willi Prager
u. d. gr. April-Variété-Programm.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Théodore & Cie.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 27. April 1911:
Die Lieder des Musikanten.
Lehrst. Winter: Dir. Hans Reich.
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommenbanten.
Abf. 8 Uhr. (Stache 77/78).
Das Aprilprogramm übertrifft alles Dagewesene.
Neu! Die schwedische Musik.

Königsstadt-Kasino.
Görlingstr. 72.
Täglich: Franz Sobanski,
Viktor Ritter, Lotte la Mass, Geschw. Waldow, Adolf Holländer als Gast, der berühmte Improvisator Tho Wodlows uim.
Der undankbare Sohn.
Vollständ. in 1 Akt von Hoffmann.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Heute Donnerstag:
Tanzkränzchen.
C. Nible.

Mila-Säle
Schönhäuser Allee 130.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Cavalier-Ball.
Entree, Garderobe u. Tanz 30 Pf.
Anf. 8 Uhr. Carl Eisner.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena
Nachmittags und abends
Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich das feenhaft ausgestattete Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Die Eisbahn ist für Schlittschuhläufer ununterbrochen von 10 Uhr vorm. geöffnet.
Mittags: Corso bei Musik.
Nachmittags: Militärmusik.
Abends: Einödshofer-Konzert
Bis 7 Uhr halbe Kassenerpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Todes-Anzeigen

Vom 25. April, vorm. 7/10 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Bruder und Schwager, der Gastwirt
Friedrich Rosin
 im 58. Lebensjahre.
 Um stilles Beileid bitte ich in tiefer Trauer
Lina Rosin, Lebuser Str. 2.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Frankfurter Viertel. Bezirk 309.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Fritz Rosin
 (Lebuser Str. 2) gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 218/9 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlreiche Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Friedrich Rosin
 Lebuser Straße 2 (Bezirk 3) verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung bitte ich
 74/16 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Straßauer Viertel. Bezirk 346 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Paul Berkhoff
 Gubener Str. 13 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Higdorf, Hermannstraße, aus statt.
 218/10 **Der Vorstand.**

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Walder Manasse für die trefflichen Worte am Sarge, sowie den Sängern, dem 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Deutschen Bauarbeiter-Verbande unseren herzlichsten Dank.
Witwe Kutzner
 nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns anlässlich des Todes unseres unvergesslichen Mannes und Vaters, des Restaurateurs
Karl Heuschkel
 geworden sind, sagen wir allen, dem Verein der Schankwirte, Charlottenburg, dem Wahlverein und dem Lotterieverein "Wies", sowie allen Gästen, Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Sohn.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Markthalle
 liefert an Jedermann elegante **Herren-Garderoben**
 nach Maß unter Garantie für tadelloste Sitz geg. wöchentl. Teilz. von 1 Mk. an. Büschelerei u. Wertstoff im Hause. Auf Wunsch Besuch d. Herrenben. n. neuelt. Stoffmuster.
Sonntags geöffnet.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands. Verwaltung Berlin.
 Gestern verstarb unser Mitglied, der Modelleur
Waldemar Rosemann
 im Alter von 36 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Elisabeth-Friedhof in der Pringen-Allee statt.
 Um Beteiligung ersucht
 20/6 **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.
 Durch den Tod ist uns einer unserer Kämpfer, der Kollege
Paul Findeisen
 von der 10. Revier-Inspektion entzogen worden.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Bestattung findet morgen Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Higdorf, Hermannstraße, aus statt.
 26/2 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf.
 Am 20. April starb unser Mitglied
August Brinkmann.
 Ehre seinem Andenken!
 82/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Junger
Theodor Heldt
 am 25. April an Augenleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes in Higdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 116/2 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegermutter, Großmutter, Tante und Cousine
Alwine Fagerstern geb. Niondorf
 am Dienstag früh nach längerem, schwerem, gebulbig ertragenem Leiden von uns geschieden ist.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Otto Fagerstern, Behmestr. 17.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 14965

Dankagung.
 Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes sage ich allen Verwandten, Bekannten und Freunden, sowie den Kollegen von der Wirtsch.-Genossenschaft und dem Transportarbeiter-Verband, dem Arbeiterklub Higdorf, dem Arbeiter-Klub Higdorf und dem Arbeiterklub "Botan", Kleber-Schulhaus, meinen tiefgefühlten Dank.
Anna Grell,
 geb. Krügenbrink.

Möbel
 kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Straße 57
 (Moritzplatz).
 Verkauf im Fabrikgebäude
R. Harnack
Tischlermeister.
 Zahlungsvereinfachungen.



Fescher Ulster
 aus Phantasiestoff
 (engl. Art)
 vorzüglicher Schnitt
10.50 Mk.

Warum

wir so billige Preise bieten können

Wir haben jetzt 10 Geschäfte in ebensoviele großen Städten des Continents.

Jedes einzelne, den ersten seiner Art ebenbürtig, hat einen immensen Bedarf an Damen-Konfektion.

Alle vereint aber haben einen Bedarf, wie er wohl von keinem anderen Hause unserer Art auch nur annähernd erreicht wird.

Daher werden uns bei unseren Grosskäufen von den Fabrikanten Preise eingeräumt, die weit unter dem Niveau des gewöhnlichen stehen, ein Vorteil der Ihnen zugute kommt!

Wie noch andere Faktoren dazu beitragen, unsere Preise so billig zu gestalten, wird eine unserer nächsten Annoncen erzählen,

C. & A. Brenninkmeyer
König-Str. 33
 am Alexander-Platz.

Unserem Genossen
Wilhelm Heinrich
 nebst Frau
 zur Silberhochzeit
 die aufrichtigsten Glückwünsche.
 Die Genossen des 217. Wahlbezirks, Teil III.

Seht nur — die Köchin Henne, — Wie sie die alte Platte Als Spiegel gebenuzt, Seit sie mit echtem
Dr. Landmann's
 Putz-Pulver putzt!
 in Paketen à 2, 10 u. 20 Pf.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Stoffe
 Fabrik-Reste u. Coupons sind eingetroffen. Neuesten Einfüge. Ulster Str. 3, 4, 5, 6. Tuchlager Koch & Seeland. G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 bis an der Bettrische.

Syphilis-Behandlung
 in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft, Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Harn (bes. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homayer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 129, im Kronen- und Robentstraße, I. 8724. Perf. Röntgen-Appar. u. Kostenl. Geöffnet von 9-8 Sonntags von 12-1.

Möbel
 liefert auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Disung für!
Kownoer
 aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard
 gegründet 1839.
 Tabac russe à priser, goût de Kowno.
 Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Betrifft Herren,
 welche elegant und gut gekleidet gehen wollen.
Neue Herren-Bekleidung
 oder
getragene Massgarderobe,
 letztere teils aus englischen Stoffen und in ersten Werkstätten gearbeitet, für jede Figur passend am Lager, zu folgenden Preisen:
 Jackett-Anzüge . 14 18 22 etc.
 Herren-Paletots . 12 16 22 "
 Rock-Anzüge . 18 20 27 "
 Gehrock-Anzüge 20 24 32 "
 Smoking-Anzüge 25 28 36 "
 Frack-Anzüge . 25 29 38 "
 Herren-Hosen . . . 5-12 "
 Abonnementen von 20 Mk. aufwärts.
 Fracks, Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.
Herren-Garderoben-Haus, Friedrichstraße 127.
 10-12 Sonn- u. Feiertags.
 27 Sonntags geöffnet!

Krankengeldzuseh-u. Begränskasse der Berliner Knopfarbeiter und verwandter Gewerbe.
 Am Sonnabend, 29. April 1911, abends 8 Uhr, bei Kirch, Berlin, Wangelstr. 105:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vierteljähriger Stoffbericht, 2. Annahme Rahmenangelegenheiten und Statutenänderung, 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Statutenänderung wegen ersucht um zahlreiche Beteiligung
 14705
Der Vorstand.
 3. V. Fr. Hoffmann, 2. Schriftführer.

Sensationelle Neuheit!
Calcutta
 Imitiert. Indert Teppich
 ganz dicken doppel-seitiges Gewebe auf creme, oliv, blau oder fraise Fond, von den echt Indert Teppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca.
 90x185 cm . . . M. 6,75
 130x195 8,75
 160x225 11,75
 190x295 22,50
 250x350 33,00
Fassende Bett- und Palt-Teppiche Stück M. 2, 3, 4 und 6,75.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158.**
Spezialkatalog
 mit zirka 650 Abbildungen gratis u. franko.

Hygienische Bedarfsartikel
Dr. Zarcuba,
 Weinbergweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Rundschau!

Arbeiter! Parteigenossen!

Protestiert durch Massenbesuch der heutigen Versammlungen gegen eine weitere Verschlechterung der ohnehin mageren Sozialgesetze!

Partei-Angelegenheiten.

Die Leiter der heutigen Protestversammlungen werden gebeten, der Redaktion des „Vorwärts“ sofort nach Schluß der Versammlung durch Boten einen kurzen Bericht über Zahl der Besucher, die Person des Referenten und etwaige Zwischenfälle zukommen zu lassen.

Vorrigwalde. Die Genossen werden ersucht, die Protestversammlung in Tegel zu besuchen.

Berliner Nachrichten.

Auf der Müggel.

In den ersten Vormittagsstunden trug uns der Zug nach Friedrichshagen. Hurtig wandern wir auf der breiten Hauptstraße Friedrichshagens dem See zu, der dann auch bald mit seiner mächtigen lichterfüllten Fläche vor uns liegt. Ungleich gewaltiger denn sein Partner, der Tegeler See, ist er bei gewissen Winden ein sehr böser Dursche, der schon sehr viele Opfer gefordert hat.

Unser Freund sah schon in seinem Segelboot und wartete auf uns. Heute wollten wir „ansegeln“, d. h. die erste Fahrt im Jahre machen. In der Regel findet ja die Eröffnung der Segelsaison erst am Himmelfahrtstage statt; aber angesichts eines so zeitig einsetzenden prächtigen Frühjahres konnten es auch die Segler nicht unterlassen, ebenfalls aus der Reihe zu tanzen, diesmal schon früher als sonst das „Zeug“ zu sehen und einen „Schlag“ zu machen.

Der Wind blies unterdessen immer steifer aus Nordwest. Weiter in den See hinein zeigten sich schon Schaumtämme auf den Wellen. Die in jungfräulicher Weise erstrahlenden Segel flatterten erwartungsvoll im Winde. Nach längerem Beraten wurde beschlossen, nur ein paar Ringe aus dem Großsegel wegzudrehen, den Klüver aber stehen zu lassen. Wir konnten unser Boot; es vertrieb eine gute Mühe Wind — und schließlich war ja das Wasser nicht mehr so kalt. Die Rettungsringe nahmen wir aber fürsorglich mit. Wir stießen ab; das Schwert wurde hinabgelassen.

Wald lagen wir hart am Winde; die ersten Spritzer gingen über das Boot weg. Doch mit unserem schweren Kiel und geballtem Schwert konnten wir schon einen Lanz wagen. Das Boot schob dahin, am Bug von einem Schaumkranz umfäumt. Je mehr wir nach Rahnsdorf, nach den berühmtesten Vergen zu kamen, desto schwerer wurden die Wellen. Wir sahen nicht mehr im Boot, sondern hockten auf der hoch aus dem Wasser herausragenden Lubbordkante. Jeder Nerv, jeder Muskel war aufs äußerste angepannt. Keiner von uns hatte noch einen trockenen Faden am Leibe! — Einemweis entluden sich die durchschnittenen Wogenämme über uns. Hier brauchte man einen sicheren Arm und Blick; vor allem Ruhe und Gelistesgegenwart. Der Wind wurde immer stärker. Es sah aus, als wolle ein Gewitter heraufziehen. Einer von uns mußte schon, mit der einen Hand sich festhaltend, Wasser aus dem Boote schöpfen. Wir näherten uns immer mehr der Rahnsdorfer Mole. In der „kleinen Müggel“ wollten wir Schutz vor dem herannahenden Sturm suchen. Um uns herum war es dunkel geworden. Fort war die strahlende Sonne. Schweres Gewölk jagte heran. Und hinter uns, ein tolles Rauschen, suchten mächtige schaumgekrönte Wellen unser Boot einzuholen. Doch vergeblich! Dessenungeachtet wurde unsere Lage immer kritischer. Bei dem starken, fast zum Sturme angewachsenen Winde konnten wir nicht auf unser einseitiges Ziel zuhalten, sondern mußten noch einmal über Stag gehen, wobei wir Gefahr liefen, daß uns die schweren Wellen das Boot voll Wasser schlugen. Wir hatten eben umgelegt, der Wind sich mit verstärkter Gewalt in das Zeug geworfen, als es einen starken Krach und Ruck gab. Leinwandflatterte in der Luft. — Der Klüver war weggebrochen. Schnell hieß es die Folgen der Sabotage beseitigen. Wir hielten nun dem Winde nicht mehr soviel Widerstand, was auch gerade höchste Zeit war, denn die Wellen trafen uns jetzt mit der ganzen Wucht. Und dennoch leuchtete eine wilde Lebensfreude aus aller Augen. Mit einer scharfen Wendung bogen wir in den Spreereinfluß bei Rahnsdorf ein, wobei wir noch einen letzten Wasserguß als Abschiedsgruß mit auf den Weg bekamen.

In selbstvergessener, träumerischer Ruhe lag die waldumgebene „kleine Müggel“, da, in der wir uns einen geeigneten Landungsplatz suchten. Der Wind spielte in gewaltigen Chören sein ewiges Lied auf den Fäden und Tuben der Riesen. Die im übermäßigen Rhythmus sich wiegenden weichtüchtigen Birken hüllten sich verschämt in noch sehr durchsichtige zartgrüne Schleier, als sie sich von den Menschenkindern dort unten am See belauscht sahen. Denen aber hat der See, der Frühjahrssturm alle die Alltagsorgen aus den abgekehrten Seelen gespült.

Die Sonne bricht wieder wärmer hervor. Überall ein Regen und Leben; nur ein zögerlicher Wachholderbusch hüllt sich in philosophisches Schweigen.

Der Wiederaufbau der Königskolonnaden auf dem Gelände des alten Botanischen Gartens hat dank der im ganzen günstigen Witterungsverhältnisse des verflochtenen Winters so bedeutende Fortschritte gemacht, daß die Fertigstellung in „icht zu langer Zeit, etwa in drei Monaten, zu erwarten sein dürfte. Zwar hat die Verankerung der aus ihren alten Lagern gelösten Werkstücke namentlich bei den Gebälken mit ganz besonderer Sorgfalt erfolgen müssen und der Zeitaufwand bei diesem Teil der Arbeiten war auch ein dementsprechend bedeutender; im allgemeinen sind aber Mäandere Schwierigkeiten nicht eingetreten und namentlich sind glücklicherweise nur sehr wenige der reich ornamentierten Werkstücke derartig beschädigt worden, daß sie durch neue ersetzt werden mußten. Das vorläufig noch etwas fleckige Aussehen des Bauwerks rührt daher, daß bei der jetzigen freien Aufstellung der früher doch in einer Straße eingebauten Kolonnaden die Rückfronten mit neuem Material ausgefüllt werden mußten in der Art, wie es ja

mit einem Teile der Kolonnaden bereits bei der Anlage der Gontardstraße in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geschehen war. Diese neu ausgeführten Teile werden jedoch künstlich patiniert werden, um dem Bauwerk nichts von den Eigenschaften der äußeren Erscheinung zu nehmen, welche durch das Alter und die Zeit entstanden sind und ihm seinen bisherigen Charakter verliehen. Die zur Anpflanzung an die neue Umgebung erforderlichen Architekturstücke wie Gitter und Steinbalustraden werden nach der vor kurzem erfolgten Genehmigung des Entwurfs durch die städtischen Behörden demnächst zur Ausführung gebracht, so daß voraussichtlich auch diese Teile der zu schaffenden Gesamtanlage zusammen mit den Kolonnaden fertiggestellt und dann gleichzeitig mit dem zu einem öffentlichen Park umgestalteten alten Botanischen Garten der Öffentlichkeit übergeben werden können.

Waldverschönerung.

Eine volle Woche hat sich Mutter auf den Sonntagsausflug gefreut. Am Sonnabend, wenn vom Wochenlohn alle die kleinen laufenden Ausgaben beglichen sind, rechnet man noch einmal nach, was übrig geblieben ist, um sich den Luxus einer Landpartie zu gestatten, und am nächsten Morgen wird der bekannte Berliner „Frohlober“ gepackt bis zum Blauen. Eine Unmenge dicker, belegter Stullen für die emsighungerigen Göttern, als Delikatessen eine halbe Mandel hart gekochter Eier, für Vatern ein paar Karbonaden, nach denen er sich „aufhängt“, alles fein säuberlich in Zeitungspapier verpackt. Und eine kleine Flaschenbatterie mit Kaffee, Milch, Limonade oder auch einem schärferen guten Tropfen zum Nachspülen darf nicht fehlen. Herrgott, ist das ein Gewoge auf dem Bahnhof. Wie die Mauern stehen die naturgeprägten Berliner. Und dabei ist man so früh aufgestanden. Aber andere waren genau so schlau und noch früher auf dem Posten. Natürlich — bloß Vater ist wieder daran schuld, der in den ungewohnten Sonntagsbratenrock nicht schnell genug hineinkam. Und Auguste, deren Bräutigam unten wartete, konnte sich auch eine Viertelstunde früher vom Spiegel wegscheren. Nein, was doch die Kinder von heute für eisse Krabben sind. Mutterns Redefuß wird jäh unterbrochen, als zischend und fauchend der Zug einläuft. In die festgeleitete Masse kommt eine schubende, drängende, polternde Bewegung. Man glaubt zu schieben und wird geschoben... und sitzt endlich, nein... steht, hängt, schwebt in einem Loch mit unbeschreiblicher Atmosphäre. Daran ist der Berliner schon gewöhnt und die Eisenbahnverwaltung hat ein dickes Fell, an dem Schimpfen abprallt. Menschen, Wagen, Häuser fliegen vorbei. Jetzt noch vier, noch zwei Stationen bis zur Aussperrung. Die ersten Bäume hüpfen gleich lerkengraden Schatten am Fenster vorbei, verdichten sich allmählich zu einem festen, grünlichgrünen Gefüge. Das ist der Wald, der Berliner Wald... und vergessen sind im Umsehen die Strapazen einer sonntäglichen Berliner Eisenbahnpöbele. Zug um Zug entleert seine aufatmende, kribbelnde, dem dunstigen Steinmeer für kurze Stunden entronnene Last. Und bald sitzen, liegen, träumen Tausende, Zehntausende unter den hohen märkischen Fichten, laden sich an köstlichem Waldesduft und noch mehr an den schnuddeligen Herrlichkeiten, die des Hauses treue Führerin auf dem grünen Teppich ausbreitet. Wie das doch im Freien noch einmal so gut munde! Und wie die Stullenpakete zusehends den Weg allen Brotes gehen! Aber hat man denn den Wald wirklich so lieb, daß man auch an ihn und sein Wohlbehagen denkt? „Nein, da drüben nicht“, hat wohlhin Vater gesagt, „da liegt soviel Stullenpapier... und an den Flaschen-scherben dazwischen können sich die Kinder leicht Schaden tun.“ Man sucht und sucht und findet endlich ein papierfreies, smaragdgrünes, einladendes Plätzchen. Was du nicht willst, das man dir tu, füg' auch keinem andern zu. Ja, wer denkt wohl daran? Die Familien und die Väterchen, die ihre Stullenpakete hübsch wieder in den leeren Korb packen oder in die Tasche stecken und die geleerte Flasche dazu, sind so selten wie im Walde die Rosen. Eine so kleine Mühe ist es, den Wald nicht als Universal-Müllkasten zu betrachten, aber aus reiner Bequemlichkeit wird Rücksicht hier nicht gefaßt. Zwei, drei Griffe nur, dann ist das fettige Papier im Korb und der Waldboden wieder schmutz. Die paar leeren Flaschen sind doch keinen halben Zentner schwer und sollten ruhig mit nach Hause genommen werden. Nein, es ist zur Manie geworden, seine Abgüsse dem Walde zu vererben. Als ob man so recht zeigen will, welche unsauberen Gäste hier eingeleitet waren.

Der den deutschen Wald ehrlich liebt, soll ihn rein halten, so rein, wie ihn Allmutter Natur uns hinzubereit. Es ist genug daran, daß die Art der Spelusanthen den ozonduftigen Weltstädtern die „Lungen Berlins“ beschneidet und verschandelt. Sorgen daher wir alle, die wir die schöne, freie Natur fast nur am Sonntag für uns haben, rücksichtsvoll dafür, daß nicht der Rest des Waldgürtels um Berlin sich nicht in eine einzige große Müllkute wandelt.

Kriegervereinspielerei.

In Berlin bestehen zahlreiche Kriegervereine, die sich die Pflege guter Beziehungen „zwischen Kaiser und Reich“, wie es in den Satzungen so schön heißt, zur Aufgabe gestellt haben. Diese Vereine sind bestrebt, ihre Mitgliederzahl nach Möglichkeit zu vergrößern. Das tun sie, indem sie von Zeit zu Zeit Anschriften an ehemalige Regimentskameraden ergehen lassen. Wir haben schon früher einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Kriegervereinsvorstände in den Besitz der Adressen ehemaliger Regimentsangehöriger gelangen, die schon seit Jahren im Jivillenden leben, und daß diese Tatsache nur auf behördliche Hilfeleistung zurückgeführt werden kann. Bei ihren Einladungen zu Kriegervereinsveranstaltungen sind die Herrschaften nicht wählerisch, denn sie wenden sich an alle ihnen bekannt gewordenen Adressen. Dabei passiert es ihnen, daß viele solcher Zirkulare an Leute kommen, die längst Sozialdemokraten geworden sind und sich über den ganzen Agitationsapparat zur Lustig machen. Uns liegen solche Zirkulare vor, die der Badische Kriegerverein an ehemalige Kameraden der badischen Truppen, XIV. Armeekorps, versendet und in denen zum Beitritt in den Kriegerverein aufgefordert wird. Besonderen Anlaß zu dieser Aktion sollte die 40jährige Wiederkehr der Errichtung des Deutschen Reiches geben. Ein Generalappell als

Herrenkommers sollte im Kriegervereinshaus stattfinden, der natürlich nichts weiter ist, als eine große Sauferei.

Wie so ein Kriegervereinsprogramm überhaupt aussieht, dürfte das Programm für 1911 beweisen. Da lesen wir:

Festlichkeiten, Ausflüge usw. 31. Januar: Kaiser Geburtstagfeier, gemeinsam mit den süddeutschen Kriegervereinen (Familien). 29. Februar (Sonntag): Familien-Abend. 4. März: Eisbeinessen (Herren). 22. April: Großer Veteranen- und Kameraden-Appell, 40jährige Erinnerungsfeier an die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches und Stiftungsfest. 25. Mai (Himmelfahrtstag): Herren-Ausflug. Juni: Dampferpartie mit Familien. 8. Juli: Großherzog-Geburtstagfeier mit Familien (Gartensfest). 14. Oktober: Familien-Abend mit Lichtbilder-Vortrag. 15. November: Geburtstagsfeier der Großherzogin. 10. Dezember: Weihnachtsfeier.

Wehr kann man wirklich nicht verlangen. Und alles das ist bestimmt, die Treue und Liebe zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland zu betonen.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Die „sozialdemokratische Herrschaft auf der Straße“ hat die scharfmacherische „Post“ wieder einmal entdeckt und die „Deutsche Tageszeitung“ macht zum Teil die Posterei zu der ihrigen. Schon früher, anlässlich unserer Wahlrechtsdemonstrationen, haben wir dieselben Redensarten in den genannten Blättern gelesen. Jetzt soll aus Anlaß der Verdrigung des Genossen Borgmann diese Herrschaft von neuem in die Erscheinung getreten sein. Die „Post“ erzählt darüber folgende Gruselgeschichte:

„An der Gudenrathstraße ist eine Kette von sozialdemokratischen Ordnern aufgestellt, die den Verkehr auf dem westlichen Bürgersteige verboten. Jedem, der es vermute, den westlichen Bürgersteig zu benutzen, wurde die Frage vorgelegt, ob er eine Karte habe. Auf die Gegenfrage, was für eine Karte gemeint sei, wurde geantwortet: „Eine Karte von der sozialdemokratischen Parteileitung“. Den Leuten, die eine solche Karte nicht hatten, wurde verboten, den Bürgersteig zu benutzen. Auf dem Friedhofe wollten, als die Leiche von der Kapelle nach der Gruft getragen wurde, verschiedene Männer und Frauen über den Weg nach der anderen Seite. Diese sollen von den Ordnern angefaßt und mit Gewalt zurückgestoßen worden sein. Eine alte Frau wurde auf diese Weise weggewiesen, und als sie nicht ging, von einem Genossen durch einen Stoß ins Genick weggetrieben.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu dieser Erzählung:

„Soweit die Mitteilungen der „Post“, die gewiß nicht von dem genannten Blatte veröffentlicht worden wären, wenn der Gewährsmann nicht zuverlässig wäre. Wir sind nun der Meinung, daß die Polizeibehörden und die Strafenassistenten gewiß Rücksicht auf ein Leidenbegangnis nehmen müssen, auch dann, wenn es sich um das eines sozialdemokratischen Führers handelt. Diese Rücksicht darf aber nicht so weit gehen, daß der Straßenverkehr unterbrochen wird. Insbesondere darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob die sogenannten Ordner irgend welche Polizeigewalt hätten. Wir halten es für geboten, daß die Polizeibehörde sich mit der Angelegenheit befasse und gegebenenfalls darüber äußere.“

Gegen die Behauptungen der „Post“ möchten wir folgenden feststellen: Die sozialdemokratischen Ordner haben sich überall bemüht, für den Leichenzug möglichst freie Bahn zu schaffen, ohne dem Verkehr Schwierigkeiten zu machen; im Gegenteil war maßgebend das Bestreben, das Passieren des Leichenzuges zu ermöglichen ohne Verkehrsbehinderung. Diese Bemühungen wurden an einigen Straßenübergängen von Polizeibeamten unterstützt, und es kann gesagt werden, daß der Leichenzug ohne die geringste Störung des öffentlichen Verkehrs an sein Ziel gelangt ist. Was die Behauptung betrifft, in der Gudenrathstraße sei von sozialdemokratischen Ordnern der Verkehr auf dem westlichen Bürgersteige verboten worden, so ist das eine der sonst üblichen „Post“-Entstellungen. Wer die Gudenrathstraße kennt, weiß, daß diese Straße eine recht verkehrsarme Straße ist, die nur bei größeren Begräbnissen stärker frequentiert wird. Die Ordner haben deshalb die den Leichenzug begleitenden Zuschauer — und nur um solche handelte es sich an dem Tage — nach der rechten Straßenseite hinübergeleitet. Dort konnte jeder Passant ungehindert passieren. Daß an jener Stelle die Vorzeigung von Karten verlangt worden sein soll, ist neu und auch innerlich unwahrscheinlich, da ja das Publikum auf der anderen Seite ruhig seine Wege gehen konnte. Von derselben Qualität ist auch die Behauptung, daß auf dem Friedhofe verschiedene Personen von den Ordnern roh angefaßt und mit Gewalt zurückgestoßen worden seien, insbesondere auch eine alte Frau einen Stoß ins Genick erhalten habe. Das ist wieder eine Uebertreibung der „Post“. Wer da weiß, in welcher Weise gerade bei Leichenbegängnissen sich Keuglerige zwischen die Leidtragenden drängen, der wird verstehen, wenn Ordner die Keuglerigen zurückdrängen, um den nächsten Angehörigen und den übrigen Teilnehmern der Trauerfeierlichkeiten, im vorliegenden Falle selbst zahlreichen Vertretern städtischer Behörden und Korporationen, freie Bahn und Raum in der Nähe der Gruft zu verschaffen. Das ist oft keine leichte Aufgabe, wie jeder Friedhofsinsektor der „Post“ und der „Deutschen Tageszeitung“ verraten kann. Daß aber am Sonntag bei der Verdrigung des Genossen Borgmann von sozialdemokratischen Ordnern die Grenzen des Kaltes überschritten sein sollen — die „Post“ spricht selbst von „sollen“ — das ist nur der Sucht der scharfmacherischen Presse zuzuschreiben, der Sozialdemokratie durchaus etwas am Zeuge zu fällen. Der vorliegende Anlaß war so gar nicht dazu angetan, diese Verleumdungssucht auf ihre Rechnung kommen zu lassen.

Tragödie eines Rittergutsbesizers.

Im Hause Lühotauer 19a im Westen Berlins hat sich in einer der letzten Nächte eine erschütternde Tragödie abgepielt. Aus noch unbekanntem Grund verübten der Rittergutsbesizer und Wittwe a. D. Fritz W. und seine Gattin Selbstmord durch Erschießen. Wie es scheint, hat erst die Frau und dann der Mann gegen sich die Waffe gerichtet. Als die Tat entdeckt wurde, waren beide bereits tot. Im einzelnen wird uns über die Tragödie folgendes mitgeteilt: Rittergutsbesizer W., der etwa fünfzig Jahre alt war, bewohnte seit sechs Jahren im Parterre des Hauses am Lühotauer 19a eine Sechszimmerwohnung. Er war in zweiter Ehe verheiratet und hatte die Tochter eines wohlhabenden Weinhandlers zur Frau, die erst zweiundzwanzig Jahre alt war. Aus der ersten Ehe stammt eine siebzehn Jahre alte Tochter, die sich zurzeit bei den Eltern ihrer

